

TAGESSCHAU

POLITIK

Hessen: Die Wiederaufnahme der parlamentarischen Zusammenarbeit mit den Grünen hat der Sonderpartei der hessischen SPD gebilligt. Sie schließt auch die Möglichkeit einer rot-grünen Koalition ein. (S. 4)

Berlin: Zum neuen Landesvorsitzenden der SPD wurde der Bundestagsabgeordnete Jürgen Egert gewählt. Er tritt die Nachfolge von Peter Ulrich an, der nach der Wahlniederlage der Berliner SPD am 10. März sein Amt zur Verfügung stellte. (S. 4)

Atomversuch: Die Sowjetunion hat in der Nacht zum Sonntag einen unterirdischen Atomversuch unternommen. Die Explosion verursachte nach Angaben des Observatoriums im schwedischen Uppsala einen Erdstoß der Stärke 5,7 auf der Richter-Skala. Seit Anfang des Jahres war es der vierte sowjetische Atomversuch.

Schwarz-Schilling: Den Rücktritt des Bundespostministers wegen der Vorgänge um die Berliner Batteriefabrik „Sonnenschein“ hat der CSU-Bundestagsabgeordnete Günther Müller gefordert. „Schwarz-Schilling ist das Senkblei der Regierung“, sagte der Politiker.

Pertini: Damit sein Nachfolger Cossiga so bald wie möglich das Amt übernehmen kann, ist der italienische Staatspräsident Pertini bereits zehn Tage vor Ablauf seiner Amtszeit zurückgetreten.

Polen: Die Regierung hat offenbar wegen des für heute geplanten einseitigen Generalstreiks, mit dem die verbotene Gewerkschaft „Solidarität“ gegen die Erhöhung der Fleischpreise protestieren will, die Sicherheitsmaßnahmen in vielen Betrieben verstärkt. Außerdem wurden die Sicherheitskräfte in Alarmbereitschaft versetzt.

Moskau: Die UdSSR und Vietnam vertiefen ihre wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit. Moskau gewährt den Vietnamern einen neuen Vorzugskredit für die Jahre 1985 bis 1990 und eine Stundung aller Schulden.

Großbritannien: Nach einer Umfrage des MORI-Instituts kam die Labour-Partei wenige Tage vor der Wahl in einem wahllosen Wahlkreis mit 40 Prozent der Stimmen auf einen deutlich höheren Anteil als die Konservativen (32) und die Allianz von Sozialdemokraten und Liberalen (26 Prozent).

ZITAT DES TAGES



99 Bei der Durchforschung des Unergründlichen warten die Völker bei jedem Fortschritt auf die Stimme Gottes, den Ruf der Schönheit und das Schema unzerstörbarer Vernunft, die aus uns Wesen göttlicher Aspiration machen.

99 Spaniens König Juan Carlos bei der Eröffnung des Sommertheaters auf dem Karnatischen Inseln (S. 14)

FOTO: SYGMA/PANDIS

WIRTSCHAFT

Bankgeheimnis: Bei den Beratungen des OECD-Exekutivrates über den Mißbrauch des Bankgeheimnisses hat die Bundesregierung eine vermittelnde Position eingenommen, um einen Kompromiß zu erreichen, den auch die „Steuerparadiise“ Schweiz, Österreich und Luxemburg zustimmen können. (S. 7)

US-Handelsbilanz: Im Warenverkehr mit dem Ausland geraten die Vereinigten Staaten immer tiefer in die roten Zahlen. Nach der europäischen Cif-Rechnung erreichte das Defizit in der Handelsbilanz im Mai 12,7 Milliarden Dollar - 816 Millionen Dollar mehr als im April. (S. 7)

Lufthansa: Insgesamt 22 Flugzeuge hat die Deutsche Lufthansa bei der Airbus-Industrie bestellt. Der Vertrag sieht die Lieferung von 15 Jets des Typs A 320 und sieben Airbusen A 300-600 vor. Außerdem wurden von der Lufthansa Optionen auf 28 weitere Airbus-Flugzeuge abgegeben. (S. 7)

Maschinenbau: Im Mai ist der Auftragsbestand im Maschinen- und Anlagenbau in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zum Vorjahresmonat um zehn Prozent gestiegen. Die Bestellungen aus dem Inland erhöhten sich um drei Prozent, während aus dem Ausland 16 Prozent mehr Aufträge eingingen.

KULTUR

Preisverteilung: Beim Münchner Filmfest wurden Maria Breyer für ihre überdramatische Rolle der Maria in „Heimat“ und Götz George als „Tatort“-Kommissar Schimanski mit den Darstellern des Bundesverbandes der Fernseh- und Filmregisseure ausgezeichnet. (S. 13)

Theater: Selbst Rolf Hochhuth war erstaunt, daß bei der deutschen Erstaufführung seiner „Judith“ kein einziges Buß zu hören war. Galt die Glasgower Uraufführung des Stückes über Widerstand gegen Tyrannie noch als Katastrophe, so war die Premiere in Kiel ein voller Erfolg. (S. 13)

SPORT

Schwimmen: Michael Groß - und sonst wenig, das ist das Fazit der deutschen Meisterschaften. Groß stellte im Renscheid über 200 m Schmetterling den neunten Weltrekord seiner Laufbahn auf. (S. 10)

Tennis: Im Schatten von Boris Becker erreichte Andreas Maurer fast unbemerkt das Achtelfinale beim Turnier von Wimbledon (Sieg über Johan Kriek) und trifft nun wahrscheinlich auf John McEnroe. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Rekordpreis: Ein Rolls-Royce der englischen Musikgruppe „The Beatles“, Baujahr 1965, erzielte bei einer Auktion in New York die Rekordsumme von 2,29 Millionen Dollar (rund sieben Millionen Mark). Der bisherige Höchstpreis für ein Automobil von 440 000 Dollar wurde 1979 bei einer Versteigerung in Los Angeles für ein Mercedes-Cabrio aus dem Jahre 1936 gezahlt.

Glücksspiel: Nicht nur Glanz war bei der Gala-Premiere der dritten Spielbank in Nordrhein-Westfalen zu sehen. Einige Hundert Arbeitslose hatten sich in Dortmund zu einer Kundgebung versammelt und gegen die Verschwendungssucht der Reichen protestiert. (S. 14)

Wetter: Heiter bis wolkig, 20 bis 26 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Melungen: Von der Fähigkeit zu befrieden - Richard von Weizsäcker's erstes Jahr im Amt S. 2

Großbritannien: Kreditkarten - Mehr als 13 Millionen benutzen das Plastikgeld S. 8

Hessen: Sonderpartei der SPD stärkt Börner - Zusammenarbeit mit Grünen gebilligt S. 4

Leichtathletik: Wort zur Blamage: „Ich kann nicht mehr, denn mehr kann ich nicht“ S. 10

Burt: Senatoren verzögern die Bestätigung des amerikanischen Botschafters in Bonn S. 5

Fernsehen: Die „Mainzer Talentbörse“ - Chance für den künstlerischen Nachwuchs? S. 12

Forman: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT Wort des Tages S. 5

Kultur: „Ich weiß, daß Männer nicht lesen“ - Gespräch mit dem Schriftsteller K. Vonnegut S. 13

Verkehr: Jede zweite Mark für Investitionen - Steigerung um 1,1 Prozent S. 7

Aus aller Welt: Hoch über den Wolken der Ewigkeit auf der Spur - Von Rolf Götz S. 14

Gorbatschow läßt U-Boot-Flotte vor Amerikas Küste operieren

Diplomaten: Militärische Machtdemonstration zeigt härteren Kreml-Kurs

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die Sowjetunion hat eine ganze Flotte von Atom-U-Booten vor der amerikanischen Ostküste zu einem Seemannsmanöver aufmarschieren lassen, verläuft von informierter westlicher Seite. Es handelt sich um die ungewöhnlichste und jeden bisher bekannten Rahmen sprengende Übung in der Geschichte der sowjetischen Seestreitkräfte. In ersten Bewertungen ist die Rede von einer massiven Militärdemonstration der Sowjetunion direkt vor der amerikanischen Küste, die womöglich die Handlungsspielräume der sowjetischen Paratchests Michail Gorbatschow trage.

Nach diesen Berichten sind in den zurückliegenden Tagen bis zu 24 sowjetische U-Boote in den Atlantik eingedrungen und zum großen Teil bis an die amerikanische Ostküste gelangt. Abgesehen von drei oder vier Schiffen mit konventionellem Antrieb habe es sich um moderne sowjetische Atom-U-Boote gehandelt. Diese strategischen U-Boote der Delta-Klasse und der Yankee-Klasse seien mit Nuklear-Raketen ausgerüstet und würden von sechs bis acht „Hunter-

Killer“-Atom-U-Booten der Victor-Klasse begleitet. Zugleich wurde eine ungewöhnliche Anzahl sowjetischer Flüge entlang der amerikanischen Küste festgestellt. Die sowjetischen Flugzeuge seien größtenteils in Kuba gestartet.

Westliche Experten rätseln über den militärischen Sinn des Manövers. Sie sind bisher zu keinem einseitigen Schluß gekommen. Übungen dieser Art könnten die Sowjets auch in anderen Seeregionen vornehmen, einschließlich des Nordmeers. Der militärische Zweck könnte dort genau so gut erfüllt werden. Als bemerkenswert wurde die Teilnahme strategischer Raketen-Atom-U-Boote betrachtet. Diese könnten größtenteils sicherer in arktischen Regionen operieren. Direkt unter der amerikanischen Küste seien sie im Ernstfall stärker gefährdet. So stellt man sich die Frage, was die Sowjets rein militärisch durch eine solche Aktion gewonnen hätten.

Am wahrscheinlichsten hielten westliche Fachleute die Überlegung, daß die Sowjetunion ihre militärische Macht in herausfordernder Weise di-

rekt vor der amerikanischen Küste zur Schau stellen wollte, um das Signal zu setzen: „Wir sind eine Weltmacht geworden, niemand schreckt uns mehr ein. Amerikas Küstengewässer außerhalb der Territorialgrenze sind auch sowjetische Gewässer.“ Dies füge sich in die bisher bei Gorbatschow erkennbare Linie ein.

Westliche Diplomaten bemerkten, die ungewöhnliche Übung der Atom-U-Boote reflektiere auf ihre Weise die auf der ganzen Breite zu registrierende Verhärtung des sowjetischen außenpolitischen Kurses, insbesondere bei den Genfer Rüstungskontroll-Verhandlungen. Dort habe die Sowjetunion in geradezu ultimativer Form auf der Einstellung der amerikanischen SDI-Forschung zur Raketenabwehr bestanden, ehe die Verhandlungen überhaupt weitergeführt werden könnten.

Für die amerikanische Marine ergab das Manöver der Atom-U-Boote die Gelegenheit zu ausgedehnten praktischen Übungen. Dem Vernehmen nach überwachen die Amerikaner die Übung Tag und Nacht.

(SAD)

Thatcher kritisiert Kohl und Mitterrand. EG-Gipfel beschließt Nachfolgetreffen

Bundeskanzler: An einem Punkt angelangt, von dem es kein Zurück mehr gibt

F. MEICHSNERSAD, Rom

Die Einleitung eines Klärungs- und Reformprozesses zur Reaktivierung der europäischen Einigungspolitik und die innere Spaltung der EG in zwei Lager sind die herausragenden Ergebnisse der zweitägigen Diskussionen des Europäischen Rates im Mailänder Castello Sforzesco. Gegen den erklärten Willen der Regierungschefs von Griechenland, Dänemark und Großbritannien wurde die Einberufung einer Regierungskonferenz beschlossen, die in den nächsten Monaten über die Reform der Ratschancen Verträge beraten und dem Rat der Regierungschefs bis Ende des Jahres ihre Vorschläge zur Entscheidung vorlegen soll.

„Wir sind an einem bestimmten Punkt angelangt, von dem es kein Zurück mehr gibt“, erklärte Bundeskanzler Kohl nach Beendigung der zeitweise dramatisch verlaufenden Ratsitzung. So wie bisher könne es nicht weitergehen. Die EG könne nicht nach dem „Prinzip des Geleit-

zuges“ verfahren, in dem das langsamste Schiff das Tempo bestimmt. Die Verträge müßten modifiziert werden, und wenn einige nicht mitmachen wollten, müßten diejenigen, die dazu entschlossen seien, allein vorgehen.

Die Entscheidung über die Einberufung der Regierungskonferenz wurde nicht nur mit der Aufspaltung des Rates, sondern auch mit

felkonferenz mit den Worten hin: „Man hat es vorgezogen, eine Konferenz einzuberufen, anstatt heute über konkrete Dinge zu entscheiden, die auf der Grundlage der bestehenden Verträge hätten beschlossen werden können. Wir wollten den sofortigen Fortschritt in Richtung Europa, die anderen haben es vorgezogen, die Probleme zu vertagen.“

Über Kohl und Präsident François Mitterrand sagte Frau Thatcher in einem BBC-Interview mit vor Erregung zitierender Stimme: „Ich kann Leute nicht ausstehen, die sich in grandiosen Projekten und Gerede verlieren. Ich bin mit Hoffnung und praktischen Plänen gekommen, bezuht auf Entscheidungen über die Zukunft der Gemeinschaft. Aber sie drücken sich. Sie wollen irgendeine große, endlose Konferenz, und diese Ansicht hat sich durchgesetzt.“ Eine solche Konferenz sei nur „Zeiterverschwendung“ und nur „ein Rezept, um die Dinge auf die lange Bank zu schieben.“

SEITE 3:
Europas-Zug
SEITE 4:
Die Stunde der Wahrheit

dem Verzicht auf eine sofortige, ohne Vertragsänderung mögliche Vereinbarung über die Einschränkung des Vetorechtes in der EG erkaufte, die Engländer Premierministerin Margaret Thatcher vorgeschlagen, der griechische Ministerpräsident Papandreu aber hockierte hatte.

Die britische Regierungschefin wies darauf nach Abschluß der Gip-

Verwirrspiel um die Geiseln von Beirut

Rotes Kreuz bestätigt Übernahme / Berri: Amerika und Syrien gaben uns Garantien

DW, Beirut/Washington

Der Führer der Amal-Milizen und libanesische Justizminister Nabih Berri hat die Freilassung von 39 amerikanischen Flugzeuggeiseln angekündigt und von ihrer Abfahrt nach Damaskus gesprochen. Das internationale Komitee vom Roten Kreuz bestätigte, daß die Übergabe begonnen habe. Die Erklärungen Berri wurden allerdings mit Skepsis aufgenommen, da sich die Beiruter Geiseln auch noch eine Stunde nach seiner Mitteilung am späten Sonntag nachmittag noch in Beirut befanden. Bereits am Samstag hatten sich Berichte über eine Freilassung der Geiseln als unzutreffend erwiesen.

Berri erklärte in Beirut, die Freilassung der Geiseln am Samstag sei verzögert worden, weil es keine Garantien der USA und Israels gegeben habe, daß die Gefangenen von Israel freigelassen und die Geiselnahmer nicht bestraft würden. „Ich habe die Garantien heute erhalten“, sagte Berri. „Ich habe heute von Syrien Ver-

sprechungen und von den USA eine Erklärung erhalten.“ Nach Angaben der Amal-Milizen hatte Syriens Vizepräsident Chaddam Berri um die Freilassung der Geiseln gebittet.

Auch wenn es bis gestern noch unklar war, ob die Geiseln tatsächlich nach Damaskus gebracht werden,

SEITE 2:
Die Terror-Achse
SEITE 4:
Weitere Berichte

herrschte zumindest Ehrlichkeit, daß alle 39 Geiseln in Beirut versammelt waren. Vier der Geiseln, die von den übrigen abgetrennt und in einem Versteck in der ostlibanesischen Bekaa-Ebene festgehalten worden waren, wurden am Nachmittag in die Westbeiruter Wohnung Berri gebracht. Von dort aus gelangten sie nach einem kurzen Gespräch mit Berri zu den übrigen 35 Geiseln.

Was hat das Haus Genscher gegen SDI?

THOMAS KIELINGER, Bonn

Bei der in Köln-Forz zuende gegangenen gemeinsamen Tagung des „Deutschen Strategie-Forums e. V.“ und des in Washington beheimateten „Center for Strategic Concept“ (WELT vom 28.6.) sind zum Thema der amerikanischen „Strategischen Verteidigungsinitiative“ (SDI) noch einmal die politischen Differenzen innerhalb der Bundesregierung zutage getreten. Deutlich wurde dies an dem Diskussionsbeitrag des Planungstabschefs im Außenministerium, Konrad Seitz, der nach einer „Europäischen Verteidigungsinitiative“ rief, die sich „begreiflich von den Amerikanern absetzen“ müßte.

Seitz warnte mit politischen Argumenten vor einer Einbindung der Europäer in das SDI-Projekt. Er wies auf die propagandistischen Möglichkeiten hin, die der Sowjetunion mit einer solchen Einbindung geboten würden und folgerte, daß „wir diese Schlacht nicht gewinnen“, wenn Europa mit Abwehr-Forschungen, die auf Bedro-

hungssituationen für sein Territorium abheben, nicht eine eigene Verteidigungsinitiative startet, abgehoben von der amerikanischen SDI.

Diese Darstellung entspricht offenbar nicht den Plänen des Kanzleramts, wo man inzwischen deutlich auf das Ziel einer offiziellen deutschen SDI-Beteiligung zusteuert. Gedacht ist an ein amtliches Rahmenabkommen (ein „Memorandum of Understanding“), das den Firmen größere Verantwortlichkeit bei ihrer Kooperation mit amerikanischen SDI-Partnern bieten und in den beiden entscheidenden Fragen der Sicherheitsüberprüfung und der Datenfreigabe offiziell garantierte und mitgetragene Geschäftsvorgänge schaffen würde. Daß die deutsche Industrie einen solchen Rahmen ausdrücklich wünscht, ja, als Kondition ihrer Mitarbeit bei SDI zum Teil geradezu verlangt, wurde auf der vertraulichen Tagung in Köln-Forz überdeutlich.

Aber auch politisch wurde der Bei-

trag von Seitz auf dem Strategie-Forum vehement zurückgewiesen. Amerikaner wie deutsche Teilnehmer erhoben gewichtige Einwände gegen eine Aufspaltung der NATO in „unterschiedliche Bedrohungsräume“ (Lothar Domrose). Die „strategische Einheit der Allianz“ (Franz-Joseph Schulze) habe Vorrang vor allen anderen Erwägungen. Im Übrigen sei eine Trennung der beiden NATO-Räume nach spezifischen Bedrohungsszenarien auch technisch nicht aufrechtzuerhalten. Die USA sind heute, wie mehrere Teilnehmer des Symposiums hervorhoben, durch die vor ihrer Küste patrouillierenden sowjetischen U-Boote auch im Mittelstreckenbereich bedroht.

Darüberhinaus müssen sie allein wegen ihrer in Europa stationierten Truppen und der „Triade“ der NATO-Abschreckung darauf achten, daß schon die untere Stufe - der taktische Bereich - intakt bleibt; eine Konzentration der Abwehrforschung

Fortsetzung Seite 6

DER KOMMENTAR

Ohne Feuer

FRIEDRICH MEICHSNER

Hat der Mailänder EG-Gipfel den Blick auf eine künftige Europäische Union freigebogen? Einige Teilnehmer der Konferenz im Renaissancecafé der traditionellen und ambivalenten mitteleuropäischen Stadt Italiens behaupten dies. Sie suggerieren, daß „der Zug nach Europa abgefahren“ sei. Solcher Optimismus basiert auf der unbestreitbaren Tatsache, daß auf einem Gipfeltreffen der Zehner-Gemeinschaft, die schon bald zur Zwölfer-Gemeinschaft werden soll, endlich einmal klare Fronten geschaffen worden sind zwischen den sehr unterschiedlich motivierten Gegnern einer institutionellen Weiterentwicklung der Gemeinschaft und den Befürwortern eines „Qualitätssprunges“ nach vorn mit dem Fernziel Vereinigte Staaten von Europa.

Oh diese Klärung allein schon ein Fortschritt ist, muß freilich bezweifelt werden. Die Entscheidung, eine Konferenz einzuberufen und ihr eine sehr allgemein formulierte Aufgabe zu stellen, bewegt zunächst noch gar nichts „in Richtung Europa“, die anderen haben es vorgezogen, die Probleme zu vertagen.“

Neuer Streit um Bindungswirkung der Ostverträge

DW, Bonn

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rübe, beharrt auf seinem Standpunkt, daß die Ostverträge eine politische Bindungswirkung für künftige deutsch-polnische Grenzen haben. Rübe differenziert zwischen einer Rechtslage, die unbeschädigt erhalten bleiben müsse, und einer „politischen Lage“, die dazu zwingt, „politische Vertrauensbildung“ zu betreiben, um den Weg zu öffnen für eine Friedenskonferenz.

Rübe erklärte in einem Interview der „Berliner Morgenpost“: „Es ist ja nicht damit getan, nur auf den Friedensvertragsvorbehalt hinzuweisen, sondern gerade diejenigen, die es tun, müssen sich fragen lassen, wie man dem dahinter kommt.“ Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, der sich gegen die Gedankenführung Rübes gewandt hatte, sprach jetzt auf einem CSU-Bezirksparteitag in Tirschenreuth den Ost-Verträgen Bonn kein verbindliches Bindungswort hinsichtlich einer endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenzen zu.

In dem „Morgenpost“-Interview versuchte Rübe seine Unterscheidung zwischen der rechtlichen und der politischen Lage mit Auszügen aus der Rede des Bundespräsidenten am 8. Mai zu untermauern. Rübe erinnerte an die Aussage Weizsäcker, daß die widerstreitenden Rechtsinstanzen überwältigt werden müßten durch ein Verständigungsgebot. Auch Strauß habe in der Vergangenheit „eine solche Unterscheidung vorgenommen zwischen der rechtlichen und politischen Lage“.

Farthmann: Brutreaktor von Kalkar einmotten

SPD-Politiker gegen Betriebsgenehmigung für Schnellen Brüter

DW, Hamburg

Gegen die Betriebsgenehmigung für den Schnellen Brüter in Kalkar hat sich der Fraktionsvorsitzende der SPD im nordrhein-westfälischen Landtag, Friedhelm Farthmann, ausgesprochen. Farthmann präzisierete jetzt frühere Erklärungen: Er plädierte nicht für das Abwracken der Anlage, er halte mehr davon, „sich die Option für später offenzuhalten und den Reaktor einzumotten“.

In einem Interview des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ sagte der frühere Düsseldorfer Arbeitsminister, der für die Genehmigung des Sieben-Milliarden-Mark-Projekts zuständig war, vor 20 Jahren hätten viele Sozialdemokraten in der Kernenergie „eine für die Menschheit notwendige technische Entwicklung“ gesehen. Inzwischen seien aber die Risiken und Nachteile vor allem bei der Entsorgung deutlich geworden.

Die Landesregierung habe den Brutreaktor „niemals als unser Kind betrachtet, sondern nur loyal in Auftragsverwaltung für den Bund das Genehmigungsverfahren durchgeführt“.

signalisieren, notfalls auch ohne England, Griechenland und Dänemark den engeren Zusammenschluß zu suchen. Diesen Willen zu bekunden, war angesichts der langjährigen Stagnation des europäischen Einigungsprozesses sicherlich notwendig, wenn es auch mit dem Verzicht auf mögliche Sofortentscheidungen - etwa in der Frage der Begrenzung des Vetorechtes - erkaufte werden mußte.

Welche Wirkung dieses in Mailand gesetzte Signal haben wird, bleibt abzuwarten. Fest steht dagegen heute schon, daß weit mehr als die Einberufung einer weiteren Europakonferenz erforderlich ist, wenn die europäische Einigung wirklich vorankommen soll. In Mailand mag in gewisser Hinsicht Klarheit geschaffen worden sein, eine Demonstration europäischer Stärke und europäischen Einheitswillens war auf diesem Gipfel jedoch ganz gewiß nicht erkennbar. Eher wurden einmal mehr europäische Schwäche und europäische Uneinigkeit demonstriert - Dinge also, an denen fürwahr kein Bedarf herrscht.

Neue Europabegeisterung in den zwölf Völkern der Gemeinschaft wird sich daran kaum entzünden lassen. Klarheit ohne Feuer jedoch ist politisch steril.

Moskau lobt Lafontaines Entscheidung

DW, Moskau

Mit sichtlich Befriedigung hat die sowjetische Parteizeitung „Pravda“ die saarländische Entscheidung über die Beschäftigung von Extremisten in öffentlichen Dienst kommentiert. Dies sei ein „mutiger Schritt“ der neuen saarländischen Regierung unter ihrem Ministerpräsidenten Oscar Lafontaine (SPD), schrieb das sowjetische Parteiorgan. Die Entscheidung gleiche einem „Lichtstrahl in einem dunklen Reich“. Damit sei eine erste Bresche in die verfassungswidrige Praxis der „Berufsverbote“ geschlagen.

Für die „reaktionären Kreise“ in der Bundesrepublik Deutschland sei die Anwendung der „Berufsverbote“ ein Mittel zur „Hetzjagd“ auf progressive Kräfte und Teilnehmer der Friedensbewegung, hieß es weiter. Die Vertreter dieses reaktionären Blocks forderten eine noch härtere „Inquisition gegen Andersdenkende“, obwohl dies nicht nur gegen Gesetze der Bundesrepublik sondern auch gegen die humanitären Bestimmungen der Schlussakte von Helsinki und gegen elementare Menschenrechte verstöße.

Lafontaine hatte am vergangenen Freitag erklärt, das Saarland wolle „totalitäre Regime vorleben, was praktizierte Demokratie heißt“. Die Opposition vertrat demgegenüber die Ansicht, die Politik der neuen SPD-Landesregierung in Saarbrücken laufe auf eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für Verfassungseindeutigkeit hinaus. Es könne jetzt der Eindruck entstehen, das Saarland sei „ein gelobtes Land für Extremisten“.

Farthmann: Brutreaktor von Kalkar einmotten

SPD-Politiker gegen Betriebsgenehmigung für Schnellen Brüter

Der Bau des Schnellen Brüters sei seinerzeit vor allem aus forschungspolitischen Gründen befürwortet worden. Wer sich zur Forschungspolitik der öffentlichen Hand bekenne, müsse aber auch den Mut haben zu sagen, daß ein solcher Versuch misslingen sein kann. Farthmann: „Wir alle müssen in der Lage sein, einen möglicherweise gemeinsamen Irrtum zu erkennen und gemeinsam die Konsequenzen daraus zu ziehen.“

Vor der Betriebsgenehmigung stehe voraussichtlich in diesem Jahr die „Einlagerungsgenehmigung“ an. Sie sei der entscheidende Schritt, der nicht mehr korrigierbar wäre. Wochenlang würden dann Schwerlasthochradioaktives Material nach Kalkar bringen. Die Einlagerungsgenehmigung sei auf dem Wege eines einstweiligen Verfahrens von Seiten des Bundes nicht machbar. Er rechne für diesen Fall mit einem Gerichtsstreit, der fünf bis sieben Jahre dauern werde. „Das wäre dann ohnehin der langsame, sanfte Tod des Schnellen Brüters.“

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Terror-Achse

Von Peter M. Ranke

Die drei schiitischen Geiselnahmer aus Libanon wurden in Iran für die Entführung der TWA-Boeing ausgebildet. Außerdem hat das Ayatollah-Regime mindestens 30 Millionen Dollar an radikale Schiiten-Organisationen in Beirut überwiesen. Wenn diese Geheiminformationen des amerikanischen Senators Jesse Helms zutreffen, sind sie ein neuer Beweis für die Existenz der Terror-Achse zwischen Libyen und Iran, während sich Syrien zur Zeit eher zurückhält.

Der enge Vertraute von Ayatollah Khomeini, Parlaments-Präsident Rafsanjani, war kürzlich bei Khadhafi in Tripolis, das er hochgemut und mit einigen Schecks verließ. In Damaskus war dann der Empfang etwas kühler. Rafsanjani erhielt von Khadhafi nicht nur die Zusicherung für die weitere Lieferung sowjetischer Boden-Boden-Raketen vom Modell „Scud“, sondern auch die Finanzierungszusage für eine gemeinsame „strategische Allianz“.

Die beiden Regime wollen gar eine „Befreiungsarmee“ für den Kampf gegen Israel und die Amerikaner in Nahost aufstellen. Der alte Streit um das Verschwinden des Schiitenführers Imam Mussa Sadr, der wahrscheinlich 1978 von Khadhafi ermordet wurde, ist erst einmal vergessen. Der Kampf gegen Israel und die USA steht jetzt im Vordergrund und soll der „Befreiung Jerusalems“ dienen.

Kanonenfutter für die „Befreiungsarmee“ zum Auslöschungskrieg gegen Israel sollen vor allem die libanesischen Schiiten stellen. Geld und Waffen liefert Khadhafi. Da Irak die einseitige Stellungnahme der Libyer im Golfkrieg zugunsten der Ayatollahs mißbilligt, hat Bagdad die diplomatischen Beziehungen zu Libyen abgebrochen.

Zur Eindämmung der Anschläge seitens der neuen Terror-Achse Libyen-Iran wird auch dem Westen etwas einfallen müssen. Sonst eskalieren die Aktionen von der Flugzeugentführung und der Autobombe bis zu Kriegshandlungen gegen Israel und die USA immer schneller. Das moslemische Beirut ist als Zentrum des „Heiligen Krieges“ gegen den Westen erkannt, Teheran und Tripolis kommen hinzu. Auch ein nicht diplomatisch erklärter Krieg ist ein Krieg.

Comeback für Ian Smith

Von Monika Germani

Zimbabwe offizielle Regierungszeitung „Herald“ machte am Samstag aus ihrem Herzen keine Mördergrube. Ihr Leitkommentar zürnte „Betrug“. Gemeint war der überraschende Wahlerfolg des politisch längst für tot erklärten Ex-Premiers Ian Smith. Mit seiner von „Rhodesierfront“ in „Konservative Allianz“ umbenannten Partei gelang es ihm, fünfzehn der zwanzig für Weiße reservierten Parlamentssitze zu erobern.

Auf ein Fährlein der sieben Aufrechten war seine Vertretung im Abgeordnetenhaus in den letzten Jahren zusammengeknipst. Dutzend Weiße hatten sich zur Zusammenarbeit mit Premier Mugabe bereit erklärt und waren teilweise mit Regierungsämtern belohnt worden. Unzweifelhaft hatte der Premierminister auf eine noch breitere Allianz mit den verbleibenden Weißen im Lande gehofft.

Der Erfolg von Smith ist mehr als eine Charisma-Frage. In wenigen Jahren geht der Minderheitenschutz zu Ende, der den Weißen zwanzig Parlamentssitze garantiert. Mugabe will einen Einparteiensystem, das macht nicht nur die Weißen besorgt; die Alleinvertretung soll sich aus Mugabes Maschona-Volk rekrutieren, zu Lasten vor allem der Matabele seines alten Rivalen Joshua Nkomo, aber eben auch der anderen Gruppen. Zeitweise haben breite Kreise der Weißen geglaubt, es werde schon mit Mugabe gehen. Schwindet dies Vertrauen?

Die Weißen haben „offen, schamlos und in gefährlicher Weise die ausgestreckte Hand der Versöhnung verschmäht“, heißt es im „Herald“ weiter. So ist das nicht. Ian Smith erklärt das Gegenteil: Wir sind zu einer breiten Zusammenarbeit mit Mugabe bereit. Die Weißen haben Ian Smith nicht gewählt, um Mugabe zu sabotieren, sondern weil sie Smith für einen stärkeren Verhandlungspartner halten. Hier sind keine Brücken abgebrochen. Es wäre weise von Mugabe, sie nicht abzubauen. Die Macht hat er und behält er; nun kommt es darauf an, was er für Zimbabwe daraus macht.

Ende einer Illusion

Von Günter Friedländer

Für Belisario Betancur schlägt die schwerste Stunde seiner Regierung. Die Guerrilleros der „Bewegung 19. April“ (M-19) verschwanden vor wenigen Tagen aus den Städten, in denen sie bei Beginn des Waffenstillstandes ihre Zelte aufgeschlagen hatten. Der Präsident betrachtete den Waffenstillstand mit drei aufständischen Bewegungen als seinen größten Erfolg, während die Kritiker dieser Politik vermuteten, der Waffenstillstand solle der Guerrilla nur dazu dienen, Stützpunkte in den Städten zu organisieren, neue Kämpfer anzuwerben und Waffen zu kaufen.

Das scheint sich nun zu bestätigen. Das M-19 gab bekannt, es sei zum bewaffneten Kampf zurückgekehrt. Das nächste Ziel sei, „befreite Regionen“ Kolumbiens zu errichten, offenbar um dort eine Gegenregierung auszurufen. „Das M-19 wird 1987 an der Macht sein“, sagte der Sprecher in der Erklärung, die am Tag eines von den Kommunisten ausgerufenen, aber gescheiterten Generalstreiks abgegeben wurde.

Mit der Rückkehr des M-19 in den bewaffneten Kampf, den es eigentlich nie aufgegeben, sondern nur abgeschwächt hatte, begann eine Welle von Attentaten, deren Zahl die Behörden während der letzten drei Tage mit 130 angaben. Ein bevorzugtes Ziel waren Elektrizitätsleitungen, von denen sechs in fünf Departements des Landes betroffen waren.

Die Entwicklung muß politische Konsequenzen haben. Die ersten, nur kargen Äußerungen kommen aus Kreisen der Liberalen Partei, die meinen, daß sie die Regierung aus den Händen der Konservativen zurückerobern müssen, während Betancur erneut die „verwirrten“ Rebellen zum „Friedensprozeß“ rief. Das Land steht zur gleichen Zeit vor schweren wirtschaftlichen Sorgen, für die der Präsident bisher keine Lösung fand.

Auch im übrigen Lateinamerika wird man Folgen sehen. Allmählich verliert, wer den „Dialog“ mit Revolutionären preist, die letzte noch vorhandene Glaubwürdigkeit. Dazu gehört die Contadora-Gruppe, deren markanteste Persönlichkeit Betancur ist. Dem Mißerfolg im eigenen Haus kann keine überzeugende Verhandlung in Mittelamerika mehr folgen, wo überdies Nicaragua soeben die neue Tagesordnung der Gruppe zurückgewiesen hat.



ZEICHNUNG: OHNAN/THE OREGONIAN

Sacharow durchs Guckloch

Von Enno v. Loewenstern

Was ist das für ein Staat, fragte Lew Kopelew erbittert, der einen Mitbürger beobachten läßt „wie ein Tier im Zoo?“

Ja, was wird das für ein Staat sein - ein „Sicherheitspartner“, dem man bescheinigt, mit Recht entzückt zu sein, wenn Präsident Reagan ihn „das Reich des Bösen“ nennt, mit Recht „besorgt“ zu sein über westliche Raketen.

Der aus der UdSSR emigrierte Schriftsteller Kopelew („Aufwachen für alle Zeit“ und andere Bücher) war vom Deutschen Fernsehen um eine Stellungnahme zu dem Film gebeten worden, den das KGB heimlich, ohne Wissen des Betroffenen, von einer „ärztlichen Untersuchung“ Professor Andrej Sacharow gedreht und dann in den Westen geschickt hat, als Beweis dafür, daß Sacharow lebe und gesund sei. Das Deutsche Fernsehen zeigte ihn, mit Recht; ein Lehrstück ist der Film zweifellos.

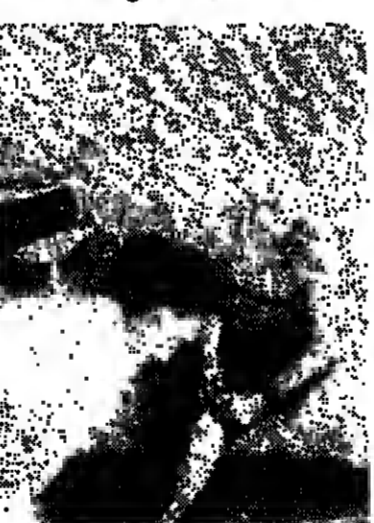
Die Frage ist nur, in welcher Hinsicht, Kopelews Zorn mag manchen Wohlstandsbürger ebenso verblüfft haben wie die Fernseh-mache selbst, die eben noch in wichtigem Ton mitgeteilt hatten, ein Arzt habe die Fachlichkeit der Untersuchungen bestätigt. Warum nicht, auch Dr. med. Josef Mengele aber daran sollte man hier ja eben nicht denken. Man sollte vielmehr den zweiten Hauptdarsteller des Films bestaunen, den immer wieder im Hintergrund auftauchenden Kalender - wiederum: irgendwelche Ähnlichkeiten mit Fotos, die Terroristen von ihren Entführungsoffern mit einer neuen Zeitung in der Hand als datiertes Lebenszeichen versenden, waren gewiß nicht von der Regie beabsichtigt.

So hat denn auch das Deutsche Fernsehen zwar in einem donnernden Abendkommentar derselben Sendung mitgeteilt, daß kein Bürger in Zukunft Ruhe geben dürfe; aber das bezog sich auf ein Erregungsthema aus des linken Spielers Wunderhorn, den Katalysator-Kompromiß, nicht auf den Einsamen von Gorki. Was wollen Sie, Sacharow lebt, ist das nicht genug? Den Rest muß stille Diplomatie besorgen.

Es war Kopelew, der uns nachdrücklich mahnte, daß eben nicht stille Diplomatie den gesulzten Menschen im jenem Staat hilft, sondern nur Lärm schlagen, Alarm

schlagen. Andrej Sacharow wäre längst tot, wenn es nicht wenigstens einige Stimmen im Westen gäbe, die allen Beschwichtigungsforderungen zum Trotz immer wieder an ihn erinnern. Viele im Sowjetreich Gefangene, leider viel zu wenige, haben huchstäblich am eigenen Leib erfahren, daß eine Erwähnung ihres Namens im Westen schon vierzehn Tage besseres Essen und bessere ärztliche Versorgung bedeutet. Aber dann wird der Westen eben immer wieder müde; Südafrika und Nicaragua sind viel unterhaltsamer, da hat man ja sogar die Kirchen dabei. Und so sterben unzählige Unbekannte, aber was wollen Sie, Sacharow lebt doch!

Ja, er lebt - aber wie. Das Fernsehen selbst, das uns den angeblickten Schnüffelstaat Bundesrepublik immer neu perhorresziert, nahm überaus gefäßt zur Kenntnis, daß einer der größten und berühmtesten Männer dieses Jahrhunderts, einer seiner wichtigsten Wissenschaftler, ein Märtyrer der Nächstenliebe und der Freiheit zugleich, von einer versteckten Kamera beobachtet wurde „wie ein Tier im Zoo“. Als Kopelew ausrief: „Wo bleibt Jelena Bonner?“, wurde er sanft darauf hingewiesen, daß Sacharow Frau doch im Bild erschienen sei; der deutsche Moderator hatte einfach nicht verstanden, daß die schwerkranke Frau Bonner in den Westen zu einer fachärztlichen Behandlung will, darum ging es Sacharow vor allem bei seinem letzten Hungerstreik.



Hinten ein Kalender: Sacharow im KGB-Film FOTO: AP

Der Nachrichtengehalt des Films liegt nicht allein darin, daß Sacharow von Ärzten untersucht wird, sondern daß es nicht Ärzte seiner Wahl sind, daß er sich nicht am Ort seiner Wahl befindet und daß er heimlich von Leuten gefilmt wird, die nicht von ihm erwählte Beobachter sind. Aber das ist alles schwer zu verstehen im Wahlfahrtsstaat, wo man jederzeit zum besten Arzt und nachher womöglich noch zu Kur und Nachkur gehen kann.

Wie soll man da die zornige Frage Kopelews verstehen, welches Vertrauen in den Friedenswillen eines Staates gesetzt werden könne, der seine Bürger so behandelt? Da kann ein Entspanner nur entzückt erwidern: Sacharow ist ein internes Problem; die Vertrauenswürdigkeit sowjetischer Zusicherungen an uns ist etwas anderes, und wenn Reagan sie mit neuen Zahlen zu SALT in Frage stellt oder Bush mittelt, daß die Sowjets trotz Gorbatschows „SS-20-Moratorium“ diese Mittelstreckenraketen weiter aufstellen, dann kann man beide verdächtigen, daß sie damit hoh den Kongreß zu neuen Bewilligungen drängen wollen.

Aber ist Andrej Sacharow wirklich „nur“ ein internes Problem? Ist es tatsächlich die Raison des Sowjetstaats, daß er zwar die Menschen in seinem Bereich wie Tiere im Zoo behandelt - und die in der eigenen Reichweite wie Tiere auf der freien Wildbahn, wenn sie etwa im abgelegenen Afghanistan leben -, daß er aber uns allemal ehrenhaft gegenübertritt? Es gibt Leute, die den KGB-Film so verstehen wollen - was wollen Sie, Sacharow lebt doch.

Es gibt wohl zu wenig andere, die den Film verstehen als die Mitteilung; so behandeln wir einen unserer Besten, weil wir seiner habhaft werden konnten; was glaubt ihr, was euch blüht, wenn wir eurer habhaft werden! „Aufwachen für alle Zeit“? Wir sind zu einem vierzigjährigen Jubiläum gefragt worden, ob wir die Züge in den Osten wirklich nicht gesehen haben; der Einwand lautet stets: aber die waren doch geheim. Heute sind die Dinge jedenfalls nicht mehr geheim. Heute ist es keine Frage des Sehens mehr, sondern des Wegsehens.

Von der Fähigkeit zu befrieden

Richard von Weizsäcker erstes Jahr im Amt / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Richard von Weizsäcker meint, für eine Zwischenbilanz seiner Bundespräsidentschaft sei es noch zu früh. Da hat er gewiß Recht. Gleichwohl nutzen die Medien gern den Einjahrestag seiner Amtsübernahme, um die Zwischenbilanz zu ziehen. Darüber, daß wir einen Bundespräsidenten von außergewöhnlicher Ausstrahlung haben, besteht Einigkeit. Vor allem werden die Reden, die er auf dem evangelischen Kirchentag in Düsseldorf und vorher zum 8. Mai gehalten hat, wie auch der Stil seines Auftretens im Ausland gewürdigt.

Worauf es ihm ankommt, hat von Weizsäcker in einem Gespräch mit der „WELT am Sonntag“ ohne Umschweife gesagt. Er weiß, daß die Bürger gegensätzliche Interessen, Meinungen und unterschiedliche Weltanschauungen haben; dennoch wissen sie alle, daß sie innerhalb unseres Gemeinwesens in einem Boot sitzen. Bei allem Zwist gibt es also die Basis für ein Mitein-

ander“. Der Bundespräsident verwendet seine ganze Beredsamkeit darauf, durch Standortbestimmung und Orientierung, nicht zuletzt auch durch geschichtliche Perspektiven, dem Miteinander den Boden zu bereiten. Auf diese Weise erfüllt er die vornehmste Aufgabe des Staatsoberhauptes, integrierende Kraft zu entfalten. Wenn Richard von Weizsäcker seine Aufgabe so versteht, dann liegt es in der Natur der Sache, daß er Aussagen zu machen trachtet, in die sich Menschen unterschiedlichster geistiger und politischer Façon eingebunden fühlen können. Solche Aussagen sind zwangsläufig deutungsfähig. Das ist das Wagnis des Bundespräsidenten, folglich auch sein Risiko.

Gewiß braucht ihn niemand in Schutz zu nehmen, wenn seine Rede zum 8. Mai von orthodox-sozialistischer Seite als „Angebot an die bundesdeutsche Nation“ interpretiert wird. Wer ihn als Spalter der einen deutschen Nation hinstellen

will, unterschreibt ihm dummdreist die Rolle Honeckers. Schon das Wort „bundesdeutsch“ würde Richard von Weizsäcker nicht in den Mund nehmen. Doch es hat subtilere Versuche gegeben, den Bundespräsidenten zur Legitimierung eines parteiischen Standpunkts in Anspruch zu nehmen.

So hatte Bundesaußenminister Genscher die beiden erwähnten Reden des Bundespräsidenten solcherart gedeutet, als enthielten sie „etwas, was eine Richtungsbestimmung auch für unsere Außenpolitik ist“, und der ehrwürdige Professor Theodor Eschenburg schrieb, in dieser Formulierung könne sich Genscher zu Recht auf die Reden des Bundespräsidenten berufen. Nur: Darum geht es gar nicht. Wichtig ist allein, ob der Eindruck entstanden ist, das Staatsoberhaupt werde in die aktuellen politischen Streitigkeiten hineingezogen.

Offenbar hatte Richard von Weizsäcker diesen Eindruck. Ge-

IM GESPRÄCH Ariel Merari

Die paranoiden Mörder

Von Rolf Tophoven

Sein Gebiet ist ein „Terror-Computer“ - seit 1979 führt der 45jährige israelische Wissenschaftler Ariel Merari von der Universität Tel Aviv mit einem Team junger Assistenten die Datenbank im Jaffe Center for Strategic Studies mit Einzelheiten zu diesem Thema.

Was die Rand Corporation in Kalifornien macht, machen in Tel Aviv Merari und seine Mitarbeiter: Sie etablieren sich als Denkfabrik für alle Fragen des Terrorismus. Merari wirkt äußerlich smart, seine sonore Stimme verleiht seinen Sätzen Gewicht. Er promovierte in Psychologie an der Berkeley-Universität in Kalifornien. Jetzt in Israel pendelt er zwischen der Arbeit am Computer im Center für Strategische Studien und seinen Vorlesungen an der Psychologischen Fakultät der Universität Tel Aviv hin und her.

Am Abend hockt der Forscher oft bis spät in die Nacht unter der holzgetäfelten Decke seines Arbeitszimmers in seinem Einfamilienhaus in einer Vorstadt von Tel Aviv. Dann arbeitet Ariel Merari an psychologischen Studien und Programmen für die israelische Armee. Einst diente er in ihr als Offizier. Seine Frau und die beiden Kinder stört diese viele Arbeit natürlich ein wenig.

Ariel Meraris jüngstes Forschungsprojekt sind die Schützen und ihr Terrorismus. Als Psychologe interessiert ihn besonders Terroristen mit hoher Risikobereitschaft. Eine seiner Thesen zu diesem Komplex: „Manche von ihnen sind depressiv, andere paranoid und einige selbstmörderisch.“ Über die Rolle der Sowjetunion im Umfeld des Terrorismus vertritt Merari die These: Für die Sowjets ist die Unterstützung des Terrors eine Art Ersatzkrieg, um andere Staaten zu destabilisieren.

Weitere Forschungsprojekte sind eine Studie über „Westeuropäische Regierungen und ihre Haltung zum



Forscher in Sachen Terrorismus: Merari FOTO: IFA

Terrorismus“. „Der armenische Terrorismus“ sowie „Der Terror der FLO“. Merari ist ein Verfechter interdisziplinärer Erforschung des Terrors: „Dazu gehören der politische, psychologische, soziologische und militärische Aspekt“.

Lob von seinem Chef, dem früheren Generalmajor Aharon Yariv, dem Leiter des Centers für Strategische Studien, hört Merari oft; er bleibt bescheiden. Aber kaum eine große internationale Veranstaltung zum Thema Terrorismus läuft ohne seine Beteiligung - ob in den USA, in der Schweiz oder vor dem Europarat in Straßburg. In dieser Woche ist er selbst Gastgeber, wenn sein Institut zu einer Fachkonferenz über Trends im Weiterterrorismus Experten aus aller Welt nach Tel Aviv bittet: „Aktuelle könnten wir - leider - kaum sein!“

„Viele Staaten“, bemerkt Merari, „haben immer noch nicht begriffen, daß es sich dabei um eine Art Krieg gegen sie handelt.“ Und um den Wurzeln und Spielarten dieses Krieges weiter auf die Spur zu kommen, führt Merari und sein Team ihren Computer.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE OBSERVER

Die britische Wochenzeitung beschäftigt sich mit dem Scheitern in Beirut.

Keine noch so große Freude über die versprochene Freilassung der Geiseln darf über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Terrorismus einen Sieg errungen und die internationale Ordnung einen ersten Rückschlag erlitten hat. Wie groß die Ungerechtigkeit der Deportation von über 700 Schiiten aus Südbanban durch die Israelis auch gewesen sein mag, die Drohung, 39 unschuldige Passagiere einer Fluggesellschaft zu ermorden, war nicht der richtige Weg der Rechtfertigung. Jedesmal, wenn eine Entführung erfolgreich ist - wie diese jetzt zu sein scheint - ist dies eine Abfuhr für die Zivilisation, und die Kräfte der Barbarei erleben noch mehr Höhenflüge.

Spiegel Zeitung

Sie meint zum Abgange-Kompromiß.

Es macht nun wenig Sinn, über Fehler seitens der Bundesregierung weiter zu rechten. Das Ziel muß sein, den nationalen Spielraum für umweltgerechte Maßnahmen im Automobilbereich so weit als irgendmöglich auszunutzen. Der Sprecher einer Autofirma brachte dies gestern auf den Punkt, als er sagte, es sei ja nicht verboten, Grenzwerke überzufüllen.



Das Wochenblatt kommentiert den Katalysator.

Es war geradezu peinlich, wie sich die Opposition gestern während Zimmermanns Bericht über den Katy-Kompromiß benahm: Mit Lachen

und Zwischenrufen zeigte sie, daß sie den Katybeschluss der EG ablehnt. Die SPD muß ja nicht gerade jubeln; dazu besteht kein Anlaß. Der Kompromiß erfüllt nicht alle Wünsche. Aber er ist wenigstens etwas. Die SPD tut so, als hätte Zimmermann die anderen EG-Partner auf die deutsche Linie prügeln können. Die meisten EG-Länder wollten überhaupt nichts für eine bessere Luft tun. So gesehen, hat Zimmermann eine ganze Menge erreicht.

Rhein-Zeitung

Das Koblenzer Blatt bemerkt zum Demonstrationsrecht.

Wie die Maskierten, Vermummten, mit Schlagwaffen und Würdgeschossen ausgerüsteten Gewalttäter, die seit langem durch die Lande ziehen, auf die Androhung von Strafe reagieren werden, bleibt abzuwarten. Der Erfolg, den sich die Verbot-Befürworter vom geänderten Gesetz versprechen, hängt wesentlich vom Verhalten der Polizei ab. Ihr hat der Gesetzgeber eine Menge Verantwortung aufgeladen.

STUTTGARTER ZEITUNG

Sie lehnt das neue Demonstrationsrecht ab.

Die Abgeordneten der Koalition, insbesondere die Mitglieder der FDP-Bundestagsfraktion, können am Freitag eigentlich nur mit einem schlechten Gewissen in die Parlamentarierkammer gehen. Das neue Demonstrationsrecht, das als letzte Tagesordnung vor der Sommerpause verabschiedet wurde, ist ein Skandal. Das gilt nicht nur für seinen Inhalt, sondern auch für die Art und Weise, wie es durch den Bundestag gepfeift wurde.

Gerade jene, die begeistert die Aussagekraft und Popularität dieses Bundespräsidenten rühmen, sollten sorgsam darauf achten, nicht das zu zerstören, was von Weizsäcker erreicht wurde: Er will integrieren und nicht den Streit schüren. Wer ihn in den Streit hineinzieht, leistet ihm einen Bärendienst. Der zerstört gerade diesem Bundespräsidenten die Möglichkeiten befriedender Wirkung, zu der Richard von Weizsäcker wie kaum ein anderer befähigt ist.

Stockend setzt der Europa-Zug seine Fahrt fort

Die Augen der EG-Partner waren - nach dem Getreidepreisveto und anderen Querelen - beim Mailänder Gipfel auf die Deutschen gerichtet. Kohl und Genscher wußten dies: Die vermeintlichen Bremsen bemühten sich, wieder Lokführer zu werden.

Von BERNT CONRAD

Am Anfang stand ein Schwur: Helmut Kohl wollte in Mailand durch den Quain europäischen Phrasen hindurchstoßen und die Stunde der Wahrheit einläuten. Daß daraus nicht etwa das Totenglockchen einer europäischen „Begegnungskonferenz“ werden könnte, wollte Formulierungskünstler Hans-Dietrich Genscher verhindern.

Beide kämpften im Renaissance-Gemäuer des Castello Sforzesco mit dem Rücken zur Wand. Denn ihnen haften, ob zu Recht oder Unrecht, unter den EG-Partnern seit dem Getreidepreis-Veto Ignaz Kieschles und anderer scheinbar schlüssiger Symptom der Verdacht an, Europa-müde oder gar Europas überdrüssig geworden zu sein. Zwar beteuerte der innen- und parteipolitisch in letzter Zeit arg gebeutelte Kanzler schon vor dem Aufgalopp in der lombardischen Industrie- und Handelsmetropole: „Es gibt bei mir keinen Defätismus und keine Entmutigung in Sachen europäischer Integration.“ Aber die anderen Gipfel-Kollegen wollten Beweise sehen.

Was die Glocken betraf, so läuteten sie in der zum Musikalienmuseum umgestalteten Mailänder Trutzburg zunächst einmal lediglich zum Mittag- und Abendessen. Die Diskussionen liefen höchst zähflüssig an. Man kennt das von zahllosen Europa-Gipfeln: Der Beginn ist immer dem einschläfernden Ritual von Statements gewidmet, die mehr der eigenen Befriedigung als dem Dialog mit den Partnern dienen. So auch am Freitag unter der stechenden Sonne der Po-Ebene.

Fortschritte für Europa wollten sie alle. Doch wieviel schlau berechnete Taktik, wieviel Tarnung und wieviel echter Enthusiasmus standen hinter den Worten? Wer war wirklich bereit, das auf Sand gelaufene Europa-Schiff hinaus auf die freie See zu den fernen Gestaden der politischen Union zu steuern? Genau das wollte der Kanzler feststellen. Klarheit über die Absichten jedes EG-Mitgliedes - daran ließ Kohl in nächstlicher Runde im Hotel Palace keinen Zweifel - war ihm mindestens ebenso wichtig, wie die Einberufung einer Regierungskonferenz mit dem unzweideutigen Mandat weiterer Integration.

Die Wende begann am Samstagmorgen in Genschers Badezimmer. Hier gebar der Bundesaußenminister unter dem Bauschen der Wasserleitung sozusagen als Ergänzung zum vielzitierten „Dooche-Bericht“ den „Duseb-Plan“. Genauer gesagt: Der zwar geographisch unsteuerte aber taktisch überaus geduldige Genscher geriet unversehens in gewaltigen Zorn, als er sich nach endlosen nächtlichen

Tauziehen in früher Morgenstunde vor Augen führte, welche vagen, nichtssagenden Formeln, verpackt in eine neunseitige Beschlussempfehlung der italienischen Präsidentschaft und einen auch nicht viel besseren Vorschlag von Experten, die Regierungschefs und Außenminister den ganzen Samstag über beschäftigten würden.

Da kam Genscher die Idee, endlich einmal die üblichen Formeln beiseite zu lassen, die Gipfelkollegen mit harschen Maximalforderungen zu konfrontieren. Schnell rief er eine Sekretärin herbei und diktierte ihr in zehn Minuten ein Papier, das ohne Umschweife feststellte: „Die Europäische Union beginnt. Die Mitgliedsstaaten werden über die Ausgestaltung der Union einen Vertrag schließen.“ Es folgte Zeile für Zeile all das, was sich Kohl und Genscher - den auch in Bonn hörbaren Unkernen über Europamüdigkeit zum Trotz - an Fortschritten für Mailand vorgestellt hatten.

Es war ein unrealistischer Text. Denn niemals würden alle Partner so weit gehen. Das wußte auch der Kanzler, als ihm sein Außenminister den Entwurf ins Hotelzimmer brachte. Aber der Pflizer erkannte sofort die Chancen des undiplomatischen Papiers: Es würde nicht nur die Partner zwingen, Farbe zu bekennen, sondern es konnte darüber hinaus die Bonner von ihrer Ausgangsposition an der Wand mit einem Schlag in den Mittelpunkt des Geschehens transportieren.

Also trug Kohl den Text beim traditionellen Frühstück mit François Mitterrand vor und gewann dessen grundsätzliche Zustimmung. Auch Tagungsleiter Bettino Craxi wurde gewonnen.

Dann begann die Redeschlacht in der von gewaltigen Mauern und Türmen umgebenen und von einem riesigen Polizeiaufgebot beschützten Sforza-Burg. Während Kohls Blick über die in der Mitte des Konferenztisches in einem Bassin schwimmenden Seerosen schweifte, formulierte er den langsehnten Satz: „Die Stunde der Wahrheit ist gekommen.“ Bonn habe seine Vorstellungen ohne



Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher: Sie kämpften mit dem Rücken zur Wand.

FOTO: DPA

Umschweife präsentiert. Jetzt müßten auch die anderen Partner offen bekommen, wie sie wirklich zu einer Weiterentwicklung Europas stünden.

Und die Stunde kam. Es wurde tatsächlich Klartext geredet. Einer nach dem anderen ergriffen die Regierungschefs der sechs EG-Gründungsstaaten (neben der Bundesrepublik Frankreich, Italien, Holland, Belgien und Luxemburg) das Wort, applaudierten den Deutschen und bejahten eine Regierungskonferenz für die Europäische Union. Auf einmal hatte sich das Thema gänzlich verändert: Kohl und Genscher standen plötzlich als Vorreiter da, hinter denen sich die integrationswilligen Partner gruppieren.

Vergessen war der noch am Vortag verbreitete Ärger über die viel zu späte Zustellung des deutsch-französischen Vertragsentwurfs über den Ausbau der europäischen politischen Zusammenarbeit (EPZ). Man wollte zusammenkommen und war heilfroh, daß sich die Bonner nicht als Bremsen nach Kieschles Beispiel betätigten, sondern sich wie in alten Zeiten als „Speerspitze“ (Originalton Kohl) betrahteten.

Der Grieche Andreas Papandreu sah das weniger gern. Er polterte gegen Änderungen der EG-Verträge und ließ, wie immer, die Frage mit-schwingen, was denn für sein Land aus der Mailänder Debatte heraus-

springen könne. Die sämtlichen europäischen Verfassungen abholde Britin Margaret Thatcher spielte ihren Part elegant. Ihr Kredo lautete: Man sollte jetzt sofort etwas für Europa tun, und zwar pragmatisch, und nicht kostbare Zeit durch überflüssige Konferenzen und Verfassungsindeklarationen verschwenden. Der durch eine ihm unfreundlich gesonnene Parlamentsmehrheit als dritter in den Bund der Neinsager gedrängte Däne Poul Schlüter argumentierte nobel und fair. Der Ire Garrett Fitzgerald ließ vorsichtige Zustimmung erkennen.

Doch der Streit blieb nicht gedämpft. Zeitweise überboten laute Stimmen das Dröhnen des über dem Castell kreisenden Hubschraubers. Daß die Wellen der Emotion dennoch nicht überboten, war im wesentlichen der geduldrigen Verhandlungsführung des italienischen Gastgeber Craxi zu verdanken. „Mit der Freundlichkeit einer fürsorglichen Mutter redete er auf die Diskutanten ein“, berichtete Kohl anerkennend.

Am Ende allerdings kam dann doch nicht soviel aus der „Stunde der Wahrheit“ heraus, wie mancher gehofft hatte. Immer neue Texte flatterten auf den Verhandlungstisch und wurden geändert und ergänzt. Schließlich stand fest: Aufgrund der vorhandenen Mehrheit würde Craxi die erstrebte Regierungskonferenz

einberufen. Thatcher, Papandreu und Schlüter mußten sehen, wo sie blieben. Das schriftliche Mandat dafür aber ließ manchen Wunsch offen. Von Genschers markigem Papier war nicht viel übriggeblieben.

Trotzdem wirkte der Kanzler zufrieden, ja geradezu aufgetaucht, als er um 21.00 Uhr vor den in einem engen Raum zusammengepreßt wartenden deutschen Korrespondenten Bilanz zog. „Der Europa-Zug“, so verkündete er strahlend, „ist in Bewegung gesetzt. Wir sind an einem Punkt angelangt, von dem es kein Zurück mehr gibt.“

Hinweise auf die Unzulänglichkeit der Abschlusserklärung zog Kohl unwillig beiseite. Viel schwerer wog für ihn das Erfolgsergebnis, alle Partner zu einer klaren Aussage veranlaßt zu haben. „Sieben zu drei für die Europäische Union“, lautete seine Prognose für den weiteren Lauf der Dinge. „Und nach dem formellen Beitritt Spaniens und Portugals ab 1. Januar 1986 wird die Mehrheit auf neun zu drei anwachsen.“ Aus Kohls Worten schimmernde der Wille, notfalls auch ohne die Briten, Griechen und Dänen zu neuen europäischen Ufern aufzubrechen.

Als die Luftwaffenmaschine Kohls kurz vor Mitternacht von Mailand abhob, flog ein offensichtlich in seinem Selbstbewußtsein gestärkter Kanzler nach Bonn zurück.

Die Krönungsmesse verzauberte den Petersdom

Von CONSTANTIN HARTMANN

Während der vergangenen sieben Jahre war es auf Grund eines päpstlichen Dekretes großen Sinfonieorchestern nicht gestattet, im größten Dom der Christenheit, im Petersdom, zu musizieren. Das sakrale Geschehen und die Andacht der Gläubigen sollten ausschließlich im Mittelpunkt stehen.

Zum katholischen Hochfest von St. Peter und Paul hob Papst Johannes Paul II. dieses Verbot seiner Vorgänger auf. Er erfüllte damit gleichzeitig einen langjährigen Wunsch des Katholiken Herbert von Karajan, der Mozarts 1779 komponierte Krönungsmesse zusammen mit den Wiener Philharmonikern, dem Wiener Singverein und den Solisten Kathleen

Battle, Trudiliese Schmidt, Gösta Wynbergh und Ferruccio Forlanetto darbot.

Das Pontifikalamt, das der Papst zusammen mit elf neuernannten Erzbischöfen zelebrierte, erlebten etwa 10 000 geladene Gäste im Petersdom und zahlreiche Fernsehzuschauer aus der ganzen Welt live mit. Mehr als 100 000 hatten sich beim Vatikan um eine Einladung bemüht.

Einer jahrhundertalten Tradition gemäß war die Bronzestatue des Heiligen Petrus mit einem alten, prächtigen Brokatgewand und einer goldenen, edelsteinbesetzten Tiara geschmückt, sein Grab zierte üppiger Blumenschmuck. Die würdevoll an-dächtige und warmherzige Ausstrah-

lung des Papstes waren der beherrschende Eindruck der Messe.

Die neuernannten Erzbischöfe erhielten vom Papst die Insignien ihres hohen Amtes. Kinder aller fünf Erdteile überreichten dem Papst Opfergaben und Geschenke ihrer Heimat, die Fürhütten wurden in allen Welt-sprachen gehalten.

Die musikalische Umrahmung des Hochamtes hatte mit den altbekanntesten akustischen Problemen des Petersdoms zu kämpfen. Gleichwohl verzauberte die Musik des Freimaurers Mozart die Gläubigen. Der Dirigent sparte dabei nicht mit ausdrucksstarken Gesten.

Die Aufführung hielt sich streng an die Aufteilung des Messetextes: Kyrie, Gloria, Credo, Sanctus und Agnus

Dei. Instrumentalisten der Sixtinischen Kapelle und der Päpstliche Chor führten die anderen Teile des Messritus aus, der insgesamt mehr als zwei Stunden dauerte.

Nach der Messe dankte der Papst spontan Herbert von Karajan für seine musikalische Assistenz mit herzlichen Worten. Zwei Jahre zuvor hatte der Papst nach einem familiären Hauskonzert in Castel Gandolfo dem weltberühmten Geiger und Dirigenten Yehudi Menuhin in gleicher Weise für sein musikalisches Geschenk gedankt und betont, daß unter allen Künstlern wohl die Musik am besten in der Lage sei, harmonischen und friedlichen Dialog zwischen den unterschiedlichsten Menschen zu schaffen.

Die Stadt des Jahres 2000 steht zu 90 Prozent

Abkehr von der Trabantenstadt, vom Schulzentrum, von der Großklinik und vom Supermarkt auf der Wiese. „Maßvolle Verdichtung“ und Ausnutzung von Banflücken in der Innenstadt heißt die Devise.

Von EBERHARD NITSCHKE

Rund 2,6 Milliarden Mark werden für Stadt- und Dorfsanierungsmaßnahmen frei werden, wenn die Bundesregierung getreu ihrem Koalitionsbeschluß zur Stützung der Baukonjunktur eine Milliarde Mark dafür ausgibt, und damit die prozentualen Anteile von Ländern und Gemeinden auslöst.

Vor dem Hintergrund allgemein feststellbarer Orientierungslosigkeit in Städtebau und Architektur, so der Beigeordnete der Stadt Köln, Rüdiger Götthardt, hielt das Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung unter Teilnahme namhafter Architekten und Stadtplaner ein Diskussionsforum „Leitbild Stadt“ im Stuttgarter Schloß ab. Fazit: Die Stadt des Jahres 2000 steht überall schon zu 90 Prozent, der Rest ist filigrane Kleinarbeit ohne großen Flächenverbrauch „draußen“, die Trabantenstadt kann man vergessen.

Jetzt, wo alle Städte Wanderungsverluste haben, sollen nach verschiedenen Modellen die einzelnen Quartiere umstrukturiert werden. Von kleinräumiger Erneuerung“ war in Stuttgart die Rede von „Verbesserung der Umfeldqualität“, von „Brachflächen von Wohnungen“ oder „städtetypischer Planung von Schrumpfungprozessen“. Bundeswohnungsbauminister Genscher Schneider in der Stuttgarter Veranstaltung: „Die ökologische Realisierung von Städten und Gemeinden ist vergleichbar mit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg.“

Abkehr also vom „Schulzentrum“, von der „Großklinik“, vom Supermarkt auf der grünen Wiese und von der so lange bockbegehrten monotonen Zentralverwaltung. Den größten Beifall erhielt von den in Stuttgart versammelten Experten der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth, als er die endliche Zusammenarbeit mit Verkehrs-, Wohnungs- und Stadtplanern forderte, weil sich die Nachteile abgegrenzten Arbeits auf diesen Feldern überall zeigten. Kein Wunder, wenn der Raumordnungsbericht 1982 feststellte, daß bereits in den 70er Jahren täglich eine Fläche von 113 Hektar Land für neue Siedlungszwecke in Anspruch genommen wurde. Schneider: „Der Verbrauch hat sich seither kaum vermindert.“ Jetzt aber will man sich auf die „Baulücke“ konzentrieren, auf die „maßvolle Verdichtung locker besiedelter Bereiche“, auf die „Umnutzung brachliegender Flächen und Gebäude“.

Was sagen die Architekten dazu? Die Trabantenstadt war für sie in den letzten Jahren schon vielfach Ersatz für die große innerstädtische Aufgabe. Der Architekt Professor Oswald Mathias Ungers, der zur Zeit unter anderem das als Struktur aufgebende Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung in Bremerhaven baut, stellte in Stuttgart in einem Vortrag seine Ideen für ein künftiges Berlin vor. Sein Plan ist „das Städte-Archipel Berlin“, in dem die „deutlich identifizierbaren Inseln“, die „Stadt in der

Stadt“ Schwerpunkte des Ausbaus werden sollen. Die Rechtfertigung für solchen Ausbau holt Ungers aus der Tatsache, daß bisher noch jede Generation mit ihrem für kurze Zeit gültigen „Leitplan“ der nächsten Generation ein „Puzzle“, eine Ansammlung von Fragmenten, hinterlassen hat; keine habe ihre Ideen zur Vervollständigung gebracht. Und er verwies zur Bestätigung seiner Idee auf das Beispiel Braunschweig, eine Stadt, die aus vier Städten besteht, deren Physiognomie man einzeln herausarbeiten müsse.

Zwar hatten die Teilnehmer an dem Stuttgarter Treffen, auf dessen Auswirkungen man große Hoffnungen setzt, eine durchaus verschiedene Meinung von den Segnungen des Denkmalschutzes (der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel hat da schon „Inflationierung“ festgestellt), aber Professor Heinrich Klotz vom Deutschen Architekturmuseum in Frankfurt verteidigte ihn nachhaltig. Erst durch den Denkmalschutz nämlich, stellte er fest, kam jene heute so gesuchte und wieder geforderte „Kleinräumigkeit“ beim Städtebau ins Gespräch. Jetzt beschäftigte man sich, unter dem Einfluß von Stadtteilinitiativen, mit der filigranen Konstruktion der Einzelfälle“. Klotz warnte: „Wir müssen die staatliche Förderung auf die Reparatur der Substanz des 20. Jahrhunderts in den Städten konzentrieren, wenn wir nicht bald auf eine Abbruchwelle zugehen wollen.“

Als Praktiker wies Professor Hardt-Walther Hämer von der Internationalen Bauausstellung in Berlin darauf hin, daß man nach holländischem Beispiel für das, was man jetzt im Städtebau wolle, ein Beispiel herstellen müsse, praktisch als Pilgerstätte für Stadtväter. Und er erinnerte daran, daß es in Israel Städtebaupläne gebe, die nur dann stattdessen gefördert würden, wenn vorher eine Abstimmung mit den Einwohnern der Kommune durchgeführt wurde. Ob nun die Summe der Einzelinteressen auch das Gemeininteresse widerspiegelt, darauf wollte man sich in Stuttgart so recht nicht einigen.

Was bei Äußerungen von so viel ausgeprägt eigenständigen Individualitäten bleibt, ist die von Professor Bruno Fritsch (Technische Hochschule Zürich) betonte Tatsache, daß im Jahre 2010 der größte Teil der Menschheit in Städten über 500 000 Einwohner leben wird. Bisher sei alles, was in solchen Agglomerationen stattfände, auf die technischen Erfordernisse hin konzipiert worden, das auf den Menschen hin Geplante sei im Hintergrund geblieben. Im Wechsels der Prioritäten sieht Fritsch die monumentale Wende.

Die wurde in ihrer Problematik bei einer mehr auf die Idee projektierten Veranstaltung mehr in Beiträgen geliefert, wie sie Professor Albert Speer (Universität Kaiserslautern) auf den Tisch legte. Nach einer Untersuchung des Kommunalverbandes Ruhr liegen, so der Architekt, schon heute in dieser Region von rund 16 000 Hektar Gewerbe- und Industriezonen etwa 6 000 Hektar brach - das sind 30 Prozent. Was soll damit geschehen? Kein Wunder, daß Oberbürgermeister Rommel zum Ende des Stuttgarter Treffens ein berühmtes Zitat aus dem Berner Großrat brachte: „Es wäre noch viel zu sagen, wenn man nur wüßte, was.“

Planen Sie mit uns Ihre Finanzen und Ihren Erfolg.

Deutsche Bank

Ihren Erfolg können Sie planen. Wir helfen Ihnen dabei. Mit unserem Finanz- und Erfolgsplanungs-Service.

Wer als Unternehmer systematisch plant, kann seinen Betrieb besser in eine erfolgreiche Zukunft steuern. Doch gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist dies eine Kosten- und Zeitfrage.

Damit Sie jetzt einfach, schnell und erfolgreich planen können, haben wir „db-plan“, unseren Finanz- und Erfolgsplanungs-Service, entwickelt. Ihr Vorteil: Ohne viel Aufwand gewinnen Sie wichtige Erkenntnisse über Ihr Unternehmen.

Lernen Sie das EDV-Service-Angebot unserer Finanz- und Erfolgsplanung kennen - kostenlos in der Einführungszeit bis zum 30. 9. 1985. Einen ersten Überblick gibt Ihnen unsere neue Mittelstandsbroschüre, die Sie von Ihrem Firmenkunden-Betreuer erhalten.

Oder wenden Sie sich direkt an die Deutsche Bank AG, Zentrale Firmenkunden-Abteilung, Postfach 10 06 01, 6000 Frankfurt 1.

Deutsche Bank

Steuervorteile für abgasarme Personenwagen

HH, Bonn
Abgasarme Personenwagen, die lediglich die am Freitag in Luxemburg vereinbarte schwächere EG-Norm erfüllen, sollen in der Bundesrepublik offenbar steuerlich genauso gefördert werden wie Fahrzeuge, die den strengen US-Abgasnormen (90 Prozent Schadstoffminderung) genügen. Das ergibt sich jedenfalls aus dem gegenwärtigen Verhandlungsstand im Bundesrat. Dessen Verkehrs- und Innenausschuss haben nämlich der Ländervertretung für die Sitzung am kommenden Freitag empfohlen, der 11. und 12. Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, wie im Entwurf vorgesehen, zuzustimmen. Nach diesem Entwurf soll ein die EG-Norm erfüllendes Fahrzeug als schadstoffarm eingestuft werden (WZLV v. 29. Juni).

Da die Grenzwerte der EG-Norm zumindest in einem Teil der Mittelklassefahrzeuge, also bei 1400 bis

Hessische SPD stärkt Börner den Rücken

Sonderparteitag billigt Zusammenarbeit mit den Grünen

D. GURATZSCH, Friedberg
Die hessische SPD hat mit überwältigender Mehrheit Holger Börners Politik des „Gegengewichts zu Bonn“ und der Zusammenarbeit mit den Grünen gebilligt. Auf einem Sonderparteitag in Friedberg stimmten am Sonntag nur zehn von 233 Delegierten gegen einen Antrag des Landesvorstands, in dem es heißt, es gebe „keine glaubwürdige Alternative zu einer Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen in Hessen“. Unter den Gegenstimmen war auch die des früheren Finanzministers Heribert Reitz. Zwei Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

In dem verabschiedeten Antrag halten sich die Sozialdemokraten ausdrücklich eine Koalition mit den Grünen offen, erklären es aber für „sachlich notwendig“, zur „Umsetzung und finanziellen Absicherung der vereinbarten Reformpolitik“ einen „Doppelhaushalt 1986/87“ zu verabschieden. Diese Bedingung für eine Koalition mit der SPD hatten die Grünen auf einer Landesmitgliederversammlung vor drei Wochen in Niederrheinhausen zwar abgelehnt. Unmittelbar vor dem SPD-Parteitag hatte die grüne Landtagsgruppe jedoch überraschend von einem „uneingeschränkten“ Koalitionsangebot an die SPD gesprochen. Anzahl der Ministerien und formeller Rahmen sollten in Verhandlungen entschieden werden.

In Friedberg bekräftigte seinerseits der SPD-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Börner, er halte eine Koalition „für die bessere Lösung“. Er schloß auch nicht aus, daß die Diskussion über eine mögliche Koalition mit den Grünen im Herbst weitergehe. Die Zusammenarbeit mit den Grünen halte er für notwendig, „um Arbeitsinteressen in Hessen und gegen Bonn optimal vertreten zu können“.

Mailänder Europagipfel demonstrierte Uneinigkeit Stunde der Wahrheit dauert an

WILHELM HADLER, Mailand
Der Mailänder Europagipfel hat nochmals die Uneinigkeit der EG-Partner über die künftige Entwicklung der Gemeinschaft demonstriert. Um so schwerer fand Gastgeber Bettino Craxi am Ende mit seiner Darstellung Glauben, die Beratungen der Staats- und Regierungschefs hätten einen „bedeutenden Fortschritt“ gebracht.

Nicht nur der italienische Ministerpräsident schien indes mit dem Ergebnis der Konferenz zufrieden zu sein, sondern auch Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand. Kohl meinte, er reise von Mailand „mit besserem Gefühl“ nach Hause, als er gekommen sei. Dabei lag offen zu Tage, daß es der Mehrheit des Europäischen Rates nicht gelungen war, die Griechen, Dänen und Briten von der Notwendigkeit vertraglich fixierter Bestimmungen zum weiteren Ausbau der europäischen Zusammenarbeit zu überzeugen.

Der augenscheinliche Widerspruch zwischen den mageren Sachausagen des Abschlußkommuniqués und den eher positiven politischen Bewertungen durch die Mehrheit der Regierungschefs läßt sich nur aufklären, wenn man das langwierige Hin und Her um die Sicherung der Funktionsfähigkeit der EG-Institutionen und um die Schwerpunkte der Reform der Gemeinschaft kennt. Der Mehrheitsbeschluß über die Einberufung einer Regierungskonferenz bedeutet eine klare Entscheidung der sechs Gründerstaaten und Irlands, notfalls auch allein weiter voranzugehen. Die zögernden oder ablehnenden Partner sind damit eindeutig in die Defensive gedrängt worden.

Vertragsänderung bedachten Partner vor der Entscheidung verbindlich kommen, wurde in Mailand deutlich spürbar. Damit ist allerdings noch keineswegs sicher, ob es in absehbarer Zeit auch wirklich zu dem erhofften „qualitativen Sprung“ auf dem Wege zur Europäischen Union kommen wird.

Der Ratspräsident hat zwar - wie es in dem Kommuniqué heißt - „festgestellt, daß die gemäß Artikel 236 des (Römischen) Vertrages für die Einberufung einer derartigen Konferenz erforderliche Mehrheit gegeben ist“, jedoch die Aufgabe, die dafür notwendigen „Vorkehrungen“ zu treffen, seinem Nachfolger hinterlassen müssen.

Dies bedeutet, daß über dem genauen Arbeitsauftrag der geplanten Konferenz erst Übereinstimmung gefunden werden muß. Die endgültige Entscheidung soll von den Staats- und Regierungschefs im Dezember in Luxemburg getroffen werden. Noch einmal bietet sich dann also Gelegenheit, den Zug zu verlangsamen oder gar aufzuhalten.

Das Kommuniqué zitiert als Mittel zur Herbeiführung konkreter Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Union einen Vertrag über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (auf der Grundlage des deutsch-französischen und des britischen Entwurfs) und die Änderungen des EWG-Vertrages, die zur Verbesserung des Beschlußverfahrens im Rat erforderlich sind sowie die Befugnisse des Europäischen Parlaments und die Erfassung neuer Tätigkeitsbereiche der Gemeinschaft.

Die Erleichterung, mit der Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Tatsache registrierten, daß sie sich als „ein Stück Speerspitze“ (Kohl) bewähren und ein Zurückweichen der ebenfalls auf

Neuer Streit um Paragraph 218 in der Koalition

hey, Bonn
Zwischen CDU/CSU und FDP droht es zu einer Neuaufgabe des Streits um den Abtreibungsparagraphen 218 zu kommen. Justizminister Engelhard (FDP) hat allen Versuchen aus der Union, das geltende Recht über den Schwangerschaftsbruch „direkt oder durch die Hintertür“ zu ändern, eine klare Absage erteilt. Derartige Vorstöße würden der Koalitionsvereinbarung von 1983 eindeutig widersprechen.

Der Minister kritisierte insbesondere die von Rheinland-Pfalz angekündigte und „offenbar von der CSU“ gewünschte Verfassungsklage, mit der die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch Krankenkassen verboten werden soll. Mit dem Bundesland als „Handlungsgehilfen“, so Engelhard, solle man bei den Karlsruhe Richtern „das durchgesetzte werden, wofür sich aus gutem Grund im Parlament keine Mehrheit“ finde. Er warnte, den nach langjährigen 218-Diskussionen erreichten Rechtsfrieden wieder zu stören und das Vertrauen der Frauen in den Gesetzgeber erneut zu erschüttern.

DekaDespa-Info Nr. 8
Despa-Auszahlplan*: Ihr Immobilien-Konto für ein „Zweites Einkommen“ mit DespaFonds*.
Zur Sicherung Ihres Lebensstandards oder Ergänzung Ihrer Altersvorsorge.
Mehr über den Despa-Auszahlplan erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.
Despa

„Einer, der Power hat und auf die Pauke haut“

Egert neuer SPD-Vorsitzender in Berlin / Knappe Mehrheit

F. DIEDERICHS, Berlin
Wendepunkt, Aufbruch, Erneuerung - diese drei Begriffe prägen am Wochenende den Landesparteitag der Berliner SPD, die den lähmenden Schock des mit 32,4 Prozent schlechtesten Wahlergebnisses seit 1907 mit personellen Konsequenzen zu überwinden trachtet.

Seit dem späten Samstagnachmittag haben die 28 780 eingeschriebenen Genossen an der Spree wieder einen Kopf, dem die knappe Mehrheit der Delegierten eine rasche Reanimation der finanziell wie programmatisch ausgebluteten Partei zuträut: Jürgen Egert (43), politisches Ziehhorn von Herbert Wehner, ehemals Unterkassierer der Abteilung 8 Ost Berlin-Charlottenburg, seit 1972 Mitglied des Bundestages und wortgewaltiger Exponent des linken Parteiflügels. Am treffendsten beschrieb wohl der Delegierte Knut Nevermann, einst Mitglied des Apelschen Schattenkabinetts, Wirkung und Wertigkeit des neuen Landesvorsitzenden: „Endlich einer, der noch Power hat und auf die Pauke haut.“

132 Delegiertenstimmen konnte der frühere Jungsozialist Egert für sich verbuchen, in dem von Genossen als „Kampfabstimmung“ titulierten Wahlkampf scheiterte der Mitte-Rechts-Bewerber Nils Diederich, wie Egert Bundestagsabgeordneter, mit 106 Stimmen nach einer rhetorisch wie inhaltlich wenig mitreisenden Selbstdarstellung. Das „Höchstmaß an Geschlossenheit“, das vor Beginn des Parteitages Willy Brandt in einem disziplinierend-mahnenden Grußwort („Von Euch wird erwartet, daß Ihr auf unserem Weg zurück in die politische Gesamtverantwortung nicht zurückbleibt“) gefordert hatte, erreichte die SPD auf dem Parteitag nicht - zu kontrovers verlief die Aussprache zu den Kandidaten, und eine Mehrheit von 26 Delegiertenstimmen gibt dem neuen Landeschef kaum die

Die Erklärung des Rats zu Eureka

DW, Mailand

Der Europäische Rat hat dem französischen Eureka-Projekt, mit dem ein Europa der Technologie geschaffen werden soll, sowie den in die gleiche Richtung zielenden Vorschlägen der EG-Kommission seine Unterstützung gegeben. In der Erklärung des Rats heißt es weiter: „Er brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß das Eureka-Projekt den Ländern außerhalb der Gemeinschaft offensteht, die bereits ihren Willen zur Teilnahme bekundet haben. Frankreich wird als Urheber des Projektes seine diesbezüglichen Schritte fortsetzen und in Verbindung mit dem Vorsitz und der Kommission vor dem 14. Juli einen Ad-hoc-Ausschuß einberufen, der über die europäische Technologie beraten soll.“

Der Europäische Rat ist der Auffassung, daß bei diesen Schritten die europäische Dimension genutzt werden sollte, um - zwischen der technologischen Entwicklung und den Bemühungen um die Verwirklichung des einheitlichen Binnenmarktes eine enge Verbindung herzustellen, beispielsweise durch praktische Förderungsmaßnahmen wie den „Eurotype“-Vorschlag - die Verzahnung der technologischen Anstrengungen mit den gemeinsamen Politiken, insbesondere der Handelspolitik gegenüber den wichtigsten Partnern, zu gewährleisten - bei den nationalen Anstrengungen die Risiken einer unünftigen Doppelarbeit zu verringern und bei den finanziellen und menschlichen Ressourcen eine kritische Masse zu erreichen - die sofort verfügbaren technischen und finanziellen Gemeinschaftsinstrumente, einschließlich der Instrumente der E.R.B., voll zur Geltung zu bringen.“

Thatcher kritisiert nach dem Gipfel Kohl und Mitterrand

Fortsetzung von Seite 1

„Frau Thatcher stellte in dem Interview ohne jeden Zweifel klar, daß ein an einer Aufgabe von Souveränitätsansprüchen nicht im geringsten liegt und für ihre Regierung das Prinzip der Nationalstaatlichkeit unverzichtbar bleibt. Dem Bundeskanzler Kohl warf sie in diesem Punkt Zweifelschnee vor. Die Deutschen hätten eine Einigung in der Agrarpolitik der EG blockiert, weil ihr nationales Eigeninteresse bekräftigt werden. Doch jetzt wünschten sie eine „von vagen Wunschkündeln“ bestimmte Konferenz zur Besetzung des Vetos. „Das ist es, was mir im Hals stecken geblieben ist: Sie glauben, sie stehen darüber, aber davon ist keine Rede.“ Wenn es darauf ankomme, ließen sich auch die Deutschen von nationalstaatlichen Interessen leiten.

In London waren sich die Beobachter einig: Nach dem Gipfel sind die Beziehungen Englands zu den meisten seiner EG-Partner wieder einmal auf einen Tiefpunkt gelangt. England wird, trotz dieser Haltung an der geplanten Regierungskonferenz auf Außenministerebene teilnehmen schon deshalb, weil es dort seine Auffassung zum Geltung bringen wolle, daß nicht ein neuer Vertrag, sondern die volle Nutzung des bestehenden notwendig sei.

Das Ziel der Befürworter einer Regierungskonferenz ist die Herbeiführung der grundsätzlichen Klärung, wer die Weiterentwicklung in Richtung Europäische Union in Form eines neuen Vertrages oder einer Modifizierung der Römischen Verträge will und wer nicht. Ihrer Meinung nach kommt man ohne einen neuen Vertrag oder die Abänderung des bestehenden nicht weiter.

In Mailand standen die sechs Grün-

CDU-Frauen attackieren FDP

hey, Bonn

Die Einführung eines Erziehungsgelds, eines Erziehungsurlaubs und einer Arbeitsplatzgarantie für Mütter drohen für die Koalition zu einem der Sommerpausen-Streitthemen zu werden. Nachdem die FDP-Bundestagsfraktion auf einer Sonder Sitzung von einem von den Parteispitzen geschlossenen Kompromiß abgerückt war, reagierte die Union mit scharfer Kritik. So verlangte die CDU-Frauenvereinigung von der FDP ihre „frauenfeindliche“ Einstellung „aufzugeben. Die CDU-Sozialausschüsse sprachen sogar von „einer ersten Belastung der Koalition“. FDP-Fraktionschef Wolfgang Mißnick wies die Vorwürfe aber mit dem Hinweis zurück, die Union habe ihre Forderung nach einem mit absoluten Kündigungsschutz verbundenen Erziehungsurlaub verkindert, „ohne daß vorher ein Wort mit uns darüber gesprochen worden ist“. Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble (CDU) bemühte sich dagegen um eine Beilegung des Konflikts. Er kündigte für den 24. Juli eine Kabinettsentscheidung zum Erziehungsgeld an.

AL-Antrag gegen Vetter abgelehnt

F.D. Berlin

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat am Samstag einen von der Alternativen Liste gegen den Berliner Umweltsenator Horst Vetter (FDP) eingereichten Mißtrauensantrag ergebnislos abgelehnt. Vetter war von der AL im Zusammenhang mit den Vorgängen um die Batteriefabrik „Sonnenschein“ Unfähigkeit und Versagen vorgeworfen worden, was der Politiker jedoch energisch zurückgewiesen hatte. Der Mißtrauensantrag wurde von allen 81 Parlamentariern der CDU/FDP-Koalition einstimmig abgelehnt, während die Oppositionsparteien SPD und AL geschlossen für den Antrag stimmten.

Mischnick sieht neue Ansätze bei SPD

hey, Bonn

Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mißnick, hat bei der SPD Ansätze für ein neuerliches Umdenken in der Außen- und Sicherheitspolitik ausgemacht. „Offensichtlich“ werde die Abkehr von der vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt verfochtenen „ursprünglichen Außen- und Sicherheitspolitik“ durch die SPD „langsam wieder revidiert“. Mißnick meinte gestern im Deutschlandfunk „vielleicht haben manche in der SPD inzwischen auch erkannt, daß der Weg in eine neutralistische Form wenig Sinn hat, sondern daß die Bindung in das westliche Bündnis Voraussetzung dafür ist, daß man auch eine aktive Ostpolitik treiben kann.“

Diese sich bei der SPD abzeichnenden Wandlungen würden „automatisch“ wieder zu einer Annäherung an die von der FDP „immer vertretenen“ Standpunkte führen, sagte Mißnick.

Zu den Auseinandersetzungen mit der CDU/CSU meinte er, daß es nur in bestimmten Punkten nuancierte und unterschiedliche Betrachtungsweisen gebe. Er verwies dabei ausdrücklich auf CSU-Chef Franz Josef Strauß, der die Weiterentwicklung des Verhältnisses zur Ost-Berlin „sehr positiv“ beeinflusst habe.

Geißler spricht von „Stimmungstief“

AP, Hamburg

Der Rücktritt von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler als Bundesfamilienminister wird nach seiner Auffassung von Bundeskanzler Helmut Kohl nicht zum Anlaß einer generellen Umbesetzung des Bundeskabinetts genommen werden. In einem Interview mit „dem Spiegel“ sagte Geißler: „Mein Rücktritt wird nicht zu einer Kabinettsumbildung führen.“

Die Frage eines Kabinettsrevirements sei jedoch keine Frage, die er beantworten könne, meinte der CDU-Generalsekretär. Er scheide aus dem Kabinett aus, „um - in der Situationsgespräch - die Luschen der SPD zu drücken.“ Geißler widersprach der Auffassung, daß sich die Unionsparteien und die Bonner Koalition in schlechter Verfassung befänden. „Die Lage ist gut, die Stimmung ist schlecht, aber unsere Leute dürfen sich einer solchen Stimmung nicht hingeben“, meinte Geißler. Das „Stimmungstief“ in der CDU sei lediglich ein „Zwischentief“. Er sei überzeugt, daß die Bürger 1987 nicht die Kuppelwähler von gestern wählen“, sagte Geißler. Die Erfolge der Regierung müßten nur in der Öffentlichkeit dargestellt werden.

Aufruf zu tätiger Hilfe

DW, Hamburg

Gewaltherrschaft und Völkermord sind mit dem Ende der NS-Herrschaft vor 40 Jahren nicht beendet worden, sondern bestimmen noch immer das internationale Geschehen. Diese bittere Erkenntnis prägte am Wochenende eine zweitägige Veranstaltungsreihe der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ in Hamburg. Auf einer Kundgebung im ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme erklärte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) als Schirmherr, das Motto „Vergangenheitsbewältigung heißt Verantwortung heute“ rufe zu tätiger Hilfe auf, wenn es um gegenwärtiges Unrecht gehe. „Die Verpflichtung aus der Geschichte bedeutet, politisches Asyl zu gewähren und Flüchtlinge zu unterstützen, wie auch Deutsche nach 1939 und 1945 Hilfe gefunden haben.“ Die Teilnehmer der Veranstaltung gedachten in Neuengamme der sechs Millionen Juden und der halben Million Sinti, die von den Nationalsozialisten ermordet worden waren. Zugleich wurde an den fortwährenden Völkermord heutiger Tage erinnert. Vor allem in den Ländern der Dritten Welt hätten sich die Leiden durch Krieg, Vertreibung, Massaker und rassistische Verfolgung brutal fortgesetzt. Die Veranstalter verwiesen auf Schrecknisse in Afrika und Asien. In einem Aufruf wurde die „Verfolgung der Menschen aus Südsudan, der Kurden, der Familien und der Maya in Guatemala“ verurteilt. „Erinnert wurde zugleich an die Millionen Kriegsgespieler in Afghanistan und Vietnam, Algerien, Angola und Bangladesch. Augenzeugenberichte von Grauelikten in den Kriegs- und Krisengebieten der Gegenwart. Oft hätten wirtschaftliche Interessen und Waffenexporte aus Ost und West zu diesen schrecklichen Ereignissen beigetragen.“

Spranger: Die Ausreise erleichtern

Appell an Moskau / 10 000 beim Bundestreffen der Rußland-Deutschen in Wiesbaden

XING-HU KUO, Wiesbaden
Die Bundesregierung hat die Sowjetunion aufgefordert, ihre immer restriktiver werdende Politik gegenüber den fast zwei Millionen Deutschen in Rußland aufzugeben und die Menschenrechte für diese Minderheit künftig zu respektieren. Auf dem 19. Bundestreffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland in Wiesbaden, an dem rund 10 000 Besucher aus dem In- und Ausland teilnahmen, sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, am Sonntag, er appelliere an die „Verantwortlichen in der Sowjetunion“. Geben Sie den ausreisewilligen Deutschen in ihrem Lande die Genehmigung zur Ausreise.“ Nach Angaben Sprangers sind dem Deutschen Roten Kreuz 80 000 Deutsche, die einen Ausreisearbeit gestellt haben, namentlich bekannt.

Das Problem der Ausreise der Rußlanddeutschen, die faktisch zum Er-

liegen gekommen ist (siehe die WELT v. 29.6.), ist für die Bundesregierung nach Angaben Sprangers „eines der bedrückendsten Probleme“. Wörtlich sagte der Unionspolitiker: „In keinem anderen Auslieferungsbereich ist das Verhältnis zwischen Größe der deutschen Volksgruppe, Zahl der aktuellen Ausreisewünsche und Verwirklichungschancen für die Auslieferung derart ungünstig, wie in der Sowjetunion.“ Unter großem Beifall der Kundgebungsteilnehmer in der Wiesbadener Rhein-Main-Halle richtete Spranger an die Adresse des Kreml die Warnung, er halte es für „verhängnisvoll“, wenn die sich neu formierende Führung in der Sowjetunion die Bedeutung dieser menschlichen Probleme für unsere zweiseitigen Beziehungen nicht in Zukunft falsch einschätzen würde.“ Spranger nutzte die Gelegenheit, die Verbundenheit der Bundesregierung mit den Vertriebenen und Rußlanddeutschen zu unterstreichen.

Blockade gegen Eisenbahnbrücke

dpa, Elsfleth

Demonstranten haben gestern die Eisenbahnbrücke über die Hunte bei Elsfleth in der Wesermarsch blockiert und den Zugverkehr unterbrochen, um gegen Munitionstransporte auf der Bahnstrecke Nordem-Hude zu protestieren. Wie die Polizei mitteilte, konnte die Brücke teilweise nicht geschlossen werden, weil die Demonstranten mit zwei Segelkähnen am Mittelpfeiler der Brücke festmachten. Ein Sprecher der Polizei betonte, daß Munitionstransporte auf der Strecke nicht erwartet würden.

DE WELT (USPS 405-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Tony Benn will Amnestie für die Bergarbeiter

SAD, London Eine Generalamnestie für alle britischen Bergarbeiter, die sich während des fast zwölfmonatigen Streiks strafbar gemacht haben, forderte der prominente Labour-Politiker Tony Benn. Alle Verurteilten sollen ihre Arbeitsplätze wiederbekommen und außerdem vom Staat Entschädigungszahlungen für die im Gefängnis verbrachte Zeit erhalten. Diese Forderungen brachte Tony Benn in einer Gesetzesvorlage im Unterhaus ein, die sofort von allen Parteien auf das schärfste verurteilt wurde. Benn hält für richtig, daß beispielsweise auch die beiden wegen Mordes verurteilten Bergarbeiter freigesetzt werden, die den Taxifahrer David Wilkie umbrachten. Sie hatten von einer Überführung einen Betonklotz in den Augenblick auf die Straße geworfen, als Wilkie mit seinem Taxi einen Streikbrecher zur Arbeit fuhr und die Brücke passierte. Dutzende von Bergarbeitern wurden wegen Gewalttaten während des Streiks zu Gefängnis verurteilt. Labour-Führer Neil Kinnock war bemüht - auch im Blick auf die kommende Woche anstehende Unterhauswahl im walisischen Brecon und Radnor - sich von dem Vorstoß Benns zu distanzieren. Benn betonte auf einer Pressekonferenz in Westminster, daß seine Vorlage keine Ausnahmen zulasse. Zu dem Einwand, daß davon auch Mörder profitieren würden, entgegnete er: "Die Gesetzesvorlage soll für alle gelten." Der Politiker gab zu, daß seine Initiative keine Erfolgsaussichten im Parlament habe. Das eigentliche Ziel seines Antrags: Er will für den Labour-Parteitag im Oktober in der Partei Stimmung machen für eine solche Forderung nach Generalamnestie. Benn brachte den Antrag als Sprecher der "Campaign Group" von ultralinken Labour-Abgeordneten ein, von denen fünf in Kinnocks Schattenkabinett sitzen. Margaret Thatchers Innenminister Leon Brittan verurteilte Benns Gesetzesvorlage als Ausdruck der "Moral des Terroristen und Revolutionärs". Der Führer der Liberalen, David Steel, bemerkte sarkastisch, in ihr zeige sich das wahre Gesicht von Labour.

Scargill läßt Bergarbeiter in Moskau schulen

SAD, London 20 britische Bergarbeiter, die sich bei dem jüngsten Streik durch Linientreue ausgezeichnet haben, reisen zu einer Spezialschulung nach Moskau. Sie wurden durch ein kompliziertes Verfahren ausgewählt. Für die Reisekosten und die Gebühren des vierwöchigen Kurses an der Moskauer Gewerkschaftsakademie kommen die Sowjets auf. Eine entsprechende Einladung war bei einem Moskau-Besuch Arthur Scargills, des Präsidenten der britischen Bergarbeitergewerkschaft (NUM), ausgesprochen worden. Die Entscheidung zur Entsendung der Kumpel nach Moskau löste scharfe Kritik der Regierung aus. Energieminister Peter Walker sagte: "Es sieht so aus, als habe sich Mr. Scargill seit Streikende mehr um seine Beziehungen zu marxistischen Ländern als um die Zukunft der Kohle-Industrie gekümmert. Er hat wiederholt seine Bewunderung für revolutionäre marxistische Regierungen kundgetan: Auch sie wurden in Moskau geschult." Bereits vor zwei Jahren hatten britische Bergarbeiter die Moskauer Gewerkschaftsakademie absolviert.

Türkische Populisten wechseln Parteichef

SAD, Athen Der Parteitag der Populistischen Partei (HP), die seit den Parlamentswahlen im November 1983 als gemäßigt links von der Mitte angesiedelte Hauptoppositionspartei auftritt, hat ihrem Chef Necdet Calp am Wochenende eine heftige Entlassungsbewegung vollzogen. Völlig unerwartet entzog die Mehrheit der 717 Delegierten Calp, der seit der Gründung Parteivorsitzender war, das Vertrauen. Zum neuen Parteichef wurde der Universitätsprofessor Aydin Güven Gürkan gewählt, der auf Betreiben Calps als Generalsekretär abgesetzt worden war. Auf Gürkan entfielen 424 Stimmen, während 228 Delegierte für Calp votierten. 65 Stimmen waren ungültig. Calp hatte sich erst kürzlich in einer Parlamentsdebatte über das neue ungesteuerte Polizeigesetz der Türkei positioniert. Er opponierte heftig gegen die Neuregelungen und wollte damit offenbar den Verdacht abschütteln, er sei ein übervorsichtiger Oppositionsführer, der die Konfrontation mit den Militärs scheue. Gürkans Wahl signalisiert den Willen der Populistischen Partei, einen neuen Anfang zu machen. Es dürfte zu einem Linksruck kommen, weil Gürkan eindeutig links von der Mitte angesiedelt ist. Er sympathisiert mit dem früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit, den das Militär mit einem zehnjährigen Tätigkeitsverbot belegt hat.

Senatoren verzögern die Bestätigung des US-Botschafters in Bonn



Richard Burt ist nominiert, aber noch nicht bestätigt. Über die Verzögerung seiner Entsendung als neuer US-Botschafter in Bonn macht sich der frühere Sicherheitsberater Ronald Reagan, Richard Allen, große Sorgen. In einem Gespräch mit der WELT wies er auf den möglichen Schaden für die deutsch-amerikanischen Beziehungen hin, wenn die Kreise um Senator Jesse Helms einem Diplomaten, dem Bonn bereits das Agrément erteilt hat, weiter Hindernisse in den Weg legen. Allen, der vor vier Jahren wesentlichen Anteil daran hatte, daß der damalige Außenminister Helms Richard Burt zum Leiter der politisch-militärischen Abteilung des State Department machte, steht aber polnische Folgen voraus, wenn dieser vom Weißen Haus gewünschte Kandidat aus ideologischen Gründen abgeblockt wird. FOTO: AP

Manöver gegen Burt sind Schelte für Shultz' pragmatische Politik

FRITZ WIRTH, Washington Die offizielle Bestätigung Richard Burts als neuen amerikanischen Botschafter in Bonn wird sich mindestens um 14 Tage verzögern. Burts Ernennung wurde, zusammen mit der anderer Diplomaten, von einer Gruppe konservativer Senatoren unter Führung von Jesse Helms abgeblockt. Die Beratungen in dieser Angelegenheit werden erst nach der Rückkehr des Kongresses aus einer zehntägigen Pause wieder aufgenommen. Die Gründe für die Verzögerungsmanöver der Gruppe um Jesse Helms beklagen, daß hier nationale Interessen gefährdet werden. Denn zu jenen Diplomaten, deren Bestätigung verzögert wurde, gehört auch Thomas Pickering, der die Botschaft in Israel vertritt. Die Hinhalteaktion der Senatoren hatte dazu geführt, daß die USA während der jüngsten Krise durch die Geiselnahme von Beirut in Israel ohne Botschafter waren. Die Gründe für die Verzögerungsmanöver Helms und seiner befreundeten Senatoren sind teils prinzipieller, teils persönlicher Natur. Helms, der dem auswärtigen Ausschuss des Senats angehört, ist ein ausgesprochener Gegner von Außenminister Shultz. Er wirft ihm eine zu pragmatische Außenpolitik und innerhalb seines Ministeriums eine betont anti-konservative Personalpolitik vor. Shultz ist seit langem bemüht, die vergleichsweise große Zahl von politischen Ernennungen auf wichtigen

Botschafterposten durch Karriere-Diplomaten zu ersetzen. Helms und seine Anhänger sehen dahinter den Versuch, den Einfluß konservativer Kräfte auf die amerikanische Außenpolitik zu reduzieren. Sie sprechen von einer "ideologischen Säuberungsaktion" durch Shultz im State Department. Außer der Nominierung von Burt und Pickering sind durch die Aktion der neun Senatoren die Bestätigungen weiterer 28 Diplomaten verzögert worden, unter ihnen die von John Whitehead, dem künftigen Stellvertreter von George Shultz, von Rozanne Ridgeway, der bisherigen Botschafterin in Ost-Berlin, die im State Department Nachfolgerin von Burt als Leiterin der Westeuropa-Abteilung werden soll, und von Elliott Abrams, der als Unterstaatssekretär für inter-amerikanische Angelegenheiten vorgesehen ist. Helms gab zu verstehen, daß er diese Bestätigungen so lange blockieren werde, bis adäquate Posten für jene ihm politisch nahestehenden Diplomaten gefunden werden, die durch das Revirement von Shultz ihre Ämter verlieren. Da ihm in dieser Hinsicht bis zum Wochenende keine verbindlichen Zusagen gegeben werden konnten, wurde die ganze Angelegenheit bis zum 10. Juli vertagt. Ein Kompromißvorschlag von Helms, vorab schon einmal die Hälfte der 30 Diplomaten in ihren neuen Ämtern zu bestätigen, wurde von Shultz zu-

rückgewiesen. Er beharrte darauf: "Entweder alle oder keinen." Der demokratische Senator Alan Cranston erklärte: "Seit den Zeiten Joe McCartys haben wir nicht mehr derartige Attacken gegen den professionellen diplomatischen Dienst gesehen." Eine Reihe der Argumente gegen die neuen Ernennungen sind persönlicher Natur. Helms hat seit Jahren eine Abneigung gegen Burt in seiner gegenwärtigen Rolle im State Department und hält auch die geplante Ernennung von Rozanne Ridgeway als seine Nachfolgerin für unglücklich. Rozanne Ridgeway gehörte zeitweilig zum außenpolitischen Beraterkreis von Präsident Carter. Sie genießt ungeachtet dessen bei George Shultz und unter den Karriere-Diplomaten des State Department hohes Ansehen. Gegen die Nominierung Burts als Botschafter in Bonn hat sich inzwischen eine Koalition zur Verhinderung der Bestätigung des Richard Burt unter Leitung von Milton Croome, dem ehemaligen Präsidenten der Organisation "Frieden durch Stärke", etabliert. Die Koalition behauptet unter anderem, Burt sei ein Gegner der Regierung Kohl. Bei einem kürzlich öffentlichen Vortrag von Burt stand ein Mitglied dieser Koalition auf und behauptete, Burt sei ein KGB-Agent. Ein bisher unbekannt gebliebener Zuhörer erhob sich daraufhin und schlug den Mann mit einem Kinnhaken k. o.

Die „schnelle Truppe“ der Franzosen steht Einsatz in Mitteleuropa / Kooperation mit den Deutschen

A. GRAF KAGENECK, Paris Im rechten Augenblick neuer europäischer Hochgefühle beiderseits des Rheins vollzieht Frankreich einen sinnfälligen Akt französisch-deutscher Solidarität. Es stellt heute in der ostfranzösischen Garnison Nancy offiziell die "Vierte Aeromobile Division" (4e DAM) auf und schiebt damit die seit 18 Monaten betriebene Aufstellung der "schnellen französischen Eingreiftruppe" (FAR) ab. Verteidigungsminister Charles Hernu wird am Donnerstag in Nancy die feierliche Indienststellung der Division vollziehen, begleitet von dem Generalen Imbot, Generalstabschef des Heeres, und Multin, Kommandierender der 1. Armee in Straßburg. Ein Vorbeiflug von 50 Hubschraubern wird der Öffentlichkeit zeigen, welches die künftige Aufgabe dieser neuen, bisher einmaligen Truppe sein wird: blitzschnelles Zuschlagen aus dem Himmel gegen durchgebrochene feindliche Panzer und Infanterie-Kette. Mit 6200 Mann, 220 Kampf- und Panzerabwehr-Hubschraubern und über 10 000 Panzerabwehr-Raketen stellt die 4e DAM das Herzstück der 47 000 Mann starken schnellen Eingreiftruppe dar. Sie ist in ein leichtes Infanterie-Regiment und drei Kampf-Hubschrauberregimenter gegliedert und kann in kürzester Zeit in allen denkbaren Brennpunkten sowohl in Mitteleuropa wie in Übersee eingesetzt werden. Das gleiche gilt für die vier übrigen Divisionen der FAR, die sämtlich auf dem gleichen Einsatztyp zugeschnitten und voll lufttransportfähig sind: eine leichte Panzerdivision, eine Fallschirmjäger-Division, eine Marineinfanterie-Division und eine Gebirgsdivision. Alle Soldaten sind Berufs- und Zeitsoldaten und verfügen somit über einen hohen Ausbildungsgrad. Die FAR-Divisionen sind ständig mobilisiert und rund um die Uhr einsatzfähig. Ihre Ausrüstung und Bewaffnung ist das modernste, was Frankreichs Rüstungsindustrie zur Stunde bietet. Hernu hatte die Aufstellung dieser neuen Truppe am 1. Oktober 1983 nach einem Ministerrat unter Präsident Mitterrand befohlen. Im Sep-

tember 1984 führte sie erste Manöver in Ostfrankreich durch. Ein knappes Jahr später ist sie vollständig aufgestellt. Warum diese Elite? Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß die französische Armee ihre Einsatzmöglichkeiten vergrößern und diversifizieren muß, um auf alle Eventualitäten in und außerhalb Europas vorbereitet zu sein", schreibt Generalstabschef Imbot im Bulletin "Armee heute". "Unsere ersten Manöver 'Damokles' haben gezeigt, daß sie einen Panzerabwehrschlag von bisher nie erreichter Brutalität verpassen kann und damit ein wertvolles Instrument in der Hand der Führung ist." Der General liest ein Zitat des Geheimnisses, das zunächst über der FAR lag: Sie ist in erster Linie als Eingreiftruppe der NATO in Mitteleuropa gegen den vorgedungenen Feind gedacht und wird in allen bisherigen Manövern auf diese Aufgabe vorbereitet. Schon im nächsten Jahr sollen FAR-Einheiten an der Seite vor allem deutscher Truppen und Hand in Hand mit den bereits auf deutschem Boden stationierten drei französischen Panzer-Divisionen. Minister Hernu hat dem von ihm geschaffenen "Damoklesschwert" vor einigen Tagen in Münsingen vor seinem deutschen Amtskollegen Wörner auch klar einen deutsch-französischen Sinn gegeben: Die FAR werde, wenn der Ernstfall dies fordere, auf deutschem Boden, "zusammen mit dem 3. Korps oder entlang anderer Achsen" eingesetzt, was nur heißen kann, daß sie von der Anfangsphase eines Konflikts an mit den Alliierten kämpfen wird. An anderer Stelle hieß es bei Hernu wiederholt, die FAR sei ein sichtbares Zeichen für die Solidarität Frankreichs mit seinen Verbündeten und Freunden. Solche Solidaritätskündigungen aus höchstem französischem Mund können nicht im luftleeren Raum abgeben werden. Sie gründen auf einem sich immer schneller vollziehenden Sinneswandel der Franzosen. Diese stehen heute nicht mehr hinter der Politik "splendid isolation" in Europa, die General de Gaulle Frankreich einst als die beste oktrozierte hatte. Viele Umfragen beweisen dies.

Sri Lanka sucht neuen Dialog mit den Tamilen

P. DIENEMANN, Neu-Delhi "Wir müssen jetzt abwarten, wie weit uns die Regierung entgegenkommt", sagt der seit Monaten im indischen Exil lebende Generalsekretär der zeylonesischen Tamilen-Partei Tulf, Amirthalingam, über die Waffenruhe zwischen seiner Organisation, tamilischen Extremistengruppen und der Armee Sri Lankas. Erstmals seit den schweren Unruhen auf der Insel im Sommer 1983 ist in dem Ferienparadies Ruhe eingetreten. Zwar haben sich nicht alle der zahlreichen Extremistengruppen der Vereinbarung über eine Waffenruhe angeschlossen, und eine politische Regelung des ethnischen Konfliktes zwischen der tamilischen Minderheit ist noch nicht in Sicht, aber es wurde ein Weg geöffnet, in eine neue Runde der Verhandlungen einzutreten. Sie sollen, wie aus Colombo verlautet, im Himalaya-Staat Bhutan zu einem allerdings noch nicht festgelegten Termin stattfinden. Monatlang hatte das Ringen um die Waffenruhe zwischen extremistischen Tamilen und der Armee gedauert, die jetzt schon knapp eine Woche ohne große Zwischenfälle anhält. In zahlreichen informellen und oft geheimgehaltenen Treffen hatten Vertreter von Sri Lankas Präsident Junius Jayewardene in der indischen Stadt Madras versucht, die Führer der Tulf und der drei größeren Extremistengruppen von der Notwendigkeit einer Waffenruhe für dann folgende politische Verhandlungen zu überzeugen. Erst als sich nach monatelangem Schweigen Indien wieder in Vermittlungsversuche eingeschaltet hatte - zuletzt besuchte Präsident Jayewardene den indischen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi in Neu-Delhi - ließen sich die Extremisten von einer Notwendigkeit der Waffenruhe überzeugen. Für die Regierung Jayewardene, deren Bestand zuletzt wegen ihrer Unfähigkeit, die Situation auf der von Terrorismus geschüttelten Insel unter Kontrolle zu bringen, stark gefährdet war, war es höchste Zeit, den Boden für einen erneuten Dialog mit der Tulf zu bereiten.

Der buddhistische Klerus, stärkste gesellschaftliche Macht auf der Insel, war nicht mehr bereit, tatenlos Tamilen-Attentate auf ihre Glaubensbrüder hinzunehmen. Er fand Unterstützung bei der Führerin der Sri-Lankafreiheitspartei, der früheren Ministerpräsidentin Sirimavo Bandaranaike, die Jayewardene immer wieder Unentschlossenheit und mangelndes Durchsetzungsvermögen gegenüber den Extremisten vorgeworfen hatte. Ihre Partei, ohnehin zweitstärkste im Lande, hatte an Anhängern gewonnen, Jayewardenes Rückhalt bei seiner Vereinigten Nationalen Partei begann zu bröckeln. Trotz Waffenruhe liegt eine politische Regelung des Konfliktes, die auch Sri Lankas Verbündete USA fördern, in weiter Ferne. Die Aufnahme der Gespräche hängt vor allem davon ab, ob es auf der einen Seite der Tulf gelingt, die übrigen Extremisten und Tamilen-Gruppen zum Einhalten der Waffenruhe zu bewegen, und auf der anderen Seite soll, so stellt es sich Amirthalingam vor, die Regierung in Colombo "eine normale Situation" schaffen. Das heißt: Aufhebung der Überwachungszone entlang der Küste, Aufhebung der Ausgangssperren, Rückzug der Armee in die Kasernen und Aufhebung der nächtlichen Ausgangssperren. "Die Situation im Norden und Osten der Insel kann jetzt, ohne Erfüllung dieser Forderungen, noch nicht als normal bezeichnet werden", meint der Tulf-Führer. Eine politische Regelung der Tamilen-Frage, so ist man sich in Colombo einig, kann auf der Basis des Ergebnisses der Allparteien-Konferenz vom Dezember vergangenen Jahres erfolgen. Einen eigenen Tamilen-Staat oder die Umwandlung Sri Lankas in einen föderativen Staat kann es demnach nicht geben. Möglich aber ist mehr Autonomie für die in der Nord- und Ostprovinz mehrheitlich lebenden Tamilen durch die Einführung regionaler Versammlungen mit bedingt legislativen und exekutiven Befugnissen. Dies hatten im September aber sowohl die Tulf als auch die buddhistischen Teilnehmer an der Allparteien-Konferenz abgelehnt.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Seelische Nöte und Abtreibung

"Das Leben hat Verrag": WELT vom 21. Juni Nur dies: Zustimmung und Dank für Ihren Artikel! P. Bannes, St. Augustin * Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode, Ich finde es sehr verdienstvoll, daß Sie in Ihrem Artikel das heiße Eisen der vereinfachten legalisierten Abtreibung angepackt haben. Viele greifen immer noch nicht, daß es sich dabei nicht nur um eine Schwangerschaftsunterbrechung, sondern um einen unwiderruflichen Schwangerschaftsabbruch handelt. Welch unvorstellbare seelische Nöte für viele der davon betroffenen Mädchen und Frauen mit einem solchen Eingriff verbunden sind, weiß ich aus 35jähriger Berufserfahrung als Seelsorger, Arzt und Psychotherapeut bis in die jüngste Gegenwart voll auf zu würdigen. Ich denke an das junge Mädchen, das kürzlich zu mir kam, das mehrere Selbstmordversuche hinter sich hat und mit dem Leben kaum mehr fertig wird, weil ihr Freund, der keine Kinder mag, und dessen Mutter sie zwingen, im sechsten Schwangerschaftsmonat, also als längst kräftige Kindswendung, ein langes Verhältnis zwischen Mutter und dem ungeborenen Kind geschaffen hatten, dieses Kind abzutreiben, wobei in einer ärztlichen Praxis die Fruchtblase gesprengt wurde und es eine Woche später zur stationären Aufnahme und dem Abort kam. Ich denke weiter an die werdende Mutter, die sich ebenfalls nach qualvollen inneren Ringen durch ihren Freund, den sie nicht verlieren wollte, zum legalen Schwangerschaftsabbruch gezwungen sah, und die mir weinend ihren Mütterpaß brachte, der schon ausgestellt war, damit ich wenigstens dieses Dokument für sie aufbewahren sollte, wenn sie schon das Kind nicht haben konnte. Wer macht es sich schon klar, wie eine Frau, die, wenn auch legal, abgetrieben hat, am errechneten Geburtstermin und den nachfolgenden Jahrestagen leidvoll empfindet, auch wenn sie dafür eine mildere Nomenklatur verwendet, dabei unterstützt vom helfenden medizinischen Personal, zu meist bestehend aus Männern. In unseren vom Christentum geprägten Breitengraden sollte es die "soziale Indikation" als Rechtfertigung für einen Schwangerschaftsabbruch einfach nicht geben. Legale Abtreibung auf Krankenschein, etwa wie die Extraktion eines schmerzenden Weisheitszahnes, scheint ein Ungding in sich selbst, und dies angesichts ungezügelter kinderloser Ehepaare, die sich dringend ein Kind zur Adoption wünschen. Vielleicht wäre es gut, sich wieder auf Albert Schweitzer, den Altvater der Ethik, zu beziehen und auf seine unüberhörbare Forderung nach mehr Ehrfurcht vor dem Leben. Oder, um mit Mutter Teresa zu sprechen, der mutigen Frau von Kalkutta: "Wie soll die Welt jemals besser werden, wenn eine Mutter sogar ihr eigenes Kind tötet?" Mit freundlichen Grüßen Dr. Dr. H. R. Flachsmeier, Hamburg 13

Sprach-Bastard

"Farbenblinde Afrikaner": WELT vom 22. Juni Sehr geehrte Damen und Herren, ein semantischer Bastard geistert wieder, "mutmaßlich" auf öffentlich-rechtliche Initiative hin, durch die Medien und hat nunmehr auch die WELT erreicht: die "Deutsch-Stämmigen" (neuerdings "Namibia"). Hinter diesem sprachlichen Unfug steckt, wenn nicht bewußt politische "Desinformation", Unkenntnis der seit langem bekannten und seriös erörterten Problematik des mehrdeutigen Begriffes der Nation. Die "Deutsch-Stämmigen" in Südwest sind, auch wenn sie seit Generationen dort leben, von ihnen zuerst eingewanderten Vorfahren her zweifellos richtige Deutsche, selbst wenn sie inzwischen eine namibianische oder namibianische Staatsangehörigkeit angenommen oder erhalten haben sollten. Warum also sie zu "Deutsch-Stämmigen" degradieren? Wie unnsinnig eine solche progressiv-geschichtliche "Sprachregelung" tatsächlich ist, wird deutlich, wenn man dieses Verfahren konsequent zu Ende denkt. Dann würden die Menschen, die wir bisher leichtfertig als Südtiroler bezeichneten, zu "Tirol-stämmigen Italienern" und die Angehörigen der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein wären in Wahrheit "dänisch-stämmige Deutsche". Beiden Volksgruppen kann man diesen Tort wohl kaum antun. Hochachtungsvoll Prof. Dr. R.-J. Sattler, Celle

Lager Remagen

"Die Gefangenen von Remagen": WELT vom 24. Juni Sehr geehrte Redaktion, es ist verdienstvoll, daß Sie in Ihrer Veröffentlichung an das Drama deutscher Kriegsgesangener im Lager Remagen-Singener erinnern. Die in Ihrem Artikel erwähnte Frage ehemaliger Lagerinsassen "Wir tragen niemandem mehr etwas nach. Aber warum hat man unsere Geschichte noch nicht erzählt?" verlangt indes nach einer klarstellenden Antwort: Bereits 1965 erschien in zweiter Auflage die Broschüre Fritz Mann: "Frühling am Rhein" - Verlag Bornheimer Brücke, Frankfurt/M. NO 14 -, die lt. Vorwort, "den Kameraden gewidmet ist, die im Chaos des großen Zusammenbruchs erbärmlich und verlassen im Schlamm der heimathlichen Erde zu Tausenden hinter Stacheldraht einen sinnlosen Tod starben". Ich hätte diesen eindrucksvollen Buch, das offenbar auch Ihnen nicht bekannt ist, eine größere Verbreitung gewünscht. Es liefert nämlich zugleich einen nicht hinreichend beachteten Beitrag zu der in diesem Jahr so ausgiebig diskutierten Frage "8. 5. 1945 - Tag der Befreiung?" Hochachtungsvoll R. Eickmeyer, Bonn 1

Wort des Tages

"Ich brauche das allgemeine Glück, um selbst glücklich zu sein." André Gide; franz. Autor (1869-1951)

Wahlerfolg des Ian Smith muß Mugabe irritieren

M. GERMANI, Johannesburg Der Sieg des früheren rhodesischen Ministerpräsidenten Ian Smith bei den Parlamentswahlen in Simbabwe war selbst für politische Beobachter eine Überraschung. Der in Konservative Allianz (CAZ) umbenannten ehemaligen Rhodesia Front gelang es, 15 der 20 für die Weibsen vorgesehenen Sitze im Parlament zu erobern. Zu der Wahl waren etwa 32 000 stimmberechtigte Weiße aufgerufen. Heute und morgen gehen die 2,9 Millionen schwarzen Bürger Simbawbes an die Wahlen. Bereits kurz nach der Unabhängigkeit Simbawbes im April 1980 hatten sich nach dem überwältigenden Wahlsieg von Robert Mugabe Zenu PF Partei ein Teil der weißen Abgeordneten unter Führung des jetzigen Ministers für öffentliche Dienste, Chris Anderson, als Unabhängige für eine engere Zusammenarbeit mit der schwarzen Regierung ausgesprochen und der Smith-Partei den Rücken

gekehrt. Lediglich sieben Abgeordnete waren noch im Parlament verblieben. Ein Wahlkampf ohne Höhepunkte, eine geringe Wählerregistrierung der noch im Lande verbliebenen etwa 100 000 Weiße hatte bei den Rebellen, die sich "unabhängige Simbabwe Gruppe" (IZG) nennt, die Hoffnung auf für sie günstige Wahlergebnisse genährt. Tatsächlich aber haben sie nur vier Sitze erhalten. Überraschend war auch die Wahlbeteiligung von mehr als 80 Prozent. Anderson selbst hat sich als "Unabhängiger" sowohl von CAZ als IZG im Kampf gegen den ehemaligen rhodesischen Verteidigungsminister Fletcher van der Byl behauptet. Als größte weiße Partei wird die Konservative Allianz zehn Senatoren nominieren, van der Byl als einer der Kandidaten angesehen. Bei der Wahl der schwarzen Abgeordneten stehen 80 Sitze zur Verfügung. Noch 1980 hatte Mugabe zu-

nu-PF 53 Sitze erhalten, die Zenu-PF seines Erzivalen und Führers der Matabele, Joshua Nkomo, neunzehn. Lediglich drei Sitze waren an den Sieger der international nicht anerkannten Wahlen von 1979, den ersten schwarzen Premier, Bischof Abel Muzorewa, gegangen. Dessen Aussichten, diese Mandate zu behalten oder gar neue hinzugewinnen, gelten als gering. Der Wahlkampf konzentrierte sich auf die beiden ethnischen Parteien, zwischen Mugabe Maschona und Nkomos Matabele. Ein Sieg Mugabes gilt als sicher. Nkomo, der "Vater Simbawbes", kann die Massaker nicht vergessen, die Mugabes Truppen seit vier Jahren im Matabeleland verübten. "Zwischen 10 000 und 20 000 Menschen wurden hauptsächlich in meiner Provinz, West-Matabeleland, umgebracht", erklärte er seinen Anhängern. Es sei die letzte Möglichkeit, dem drohenden Einparteiensstaat, und damit der endgültigen Vorherrschaft durch die

verachteten Maschonas, zu entgegen. Bei rund sechs Millionen Einwohnern sind die Matabele, die nur 20 Prozent ausmachen, schon zahlenmäßig unterlegen. Beschuldigungen über Wahlbehinderungen werden sowohl von Nkomos als auch von der Partei Muzorewa geäußert. Das wurde auch aus dem Verbot ersichtlich, das die Regierung über die Opposition verhängte: Sie durfte nicht den Adler als Wahlsymbol benutzen. Dieser sei das Symbol der Armee und würde somit Nkomos Partei einen Vorteil einräumen. Ein angreifender Stier, das Matabelewort für Nkomo, wurde zum neuen Wahlsymbol. Ian Smith und Nkomo lehnen den Einparteiensstaat ab, den Mugabe propagiert. "Zanu ist fest entschlossen, den Einparteiensstaat so bald wie möglich nach den Wahlen einzuführen. Wir sind eine Familie, die Regierung unterscheidet nicht nach Stamm oder Rasse."

Personalien

GEBURTSTAG Der Nestor der evangelischen Sozialethik, Professor Helms-Dietrich Wendland, feierte seinen 85. Geburtstag. Von 1955 bis 1969, einem Jahr nach seiner Emeritierung, leitete Wendland das Institut für christliche Gesellschaftslehre an der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Münster. Sein grundlegendes Werk über die evangelische Soziallehre ist "Die Kirche in der modernen Gesellschaft" (1956).

AUSZEICHNUNG Dem Lyriker Karl Krolow (70) hat die Bayerische Akademie der Schönen Künste in München ihren auf 20 000 Mark verdoelteten Literaturpreis verliehen. Damit erhielt erstmals ein Mitglied der Akademie diese Auszeichnung. Krolow wurde unter anderem für das hohe Sprachbewußtsein seiner Gedichte und in besonderer Anerkennung seines Spätwerkes geehrt. Der Dichter, der aus Hannover stammt, lebt seit 1956 in Darmstadt.

BERUFEN Professor Dr. Peter Wolf von der Neurochirurgisch-Neurologischen Klinik und Poliklinik der Freien Universität Berlin ist zum Leitenden Arzt der Klinik "Mara 1" in Bethel berufen worden und wird zum 1. Juli die Nachfolge von Dr. Erwin Stenzel antreten. Dr. neuberufene Mediziner ist ein Schüler von Paul Vogel und Dieter Jans und hat mehr als 50 wissenschaftliche Arbeiten über epileptologische Themen veröffentlicht und ist seit 1979 Ehrenmitglied der mexikanischen Epilepsie-Liga.

MILITÄR Neuer Präsident der Universität der Bundeswehr in Hamburg wird der Mathematiker Professor Horst Homuth. Er ist nach Professor Thomas Ellwein und Professor Horst Sammann der dritte Präsident der Hamburger Bundeswehr-Universität. Im Gründungsjahr der Hochschule 1973 war Homuth auf die

Der Kunstsammler Wilhelm Hack ist im Alter von 85 Jahren verstorben. Mit dem Kölner Kaufmann ist ein Kapitel lokaler Kunstgeschichte verbunden: Nicht ein Kölner, sondern das Museum in Ludwigshafen beherbergt Hacks Kunstsammlung und trägt seinen Namen. Hack hatte sich 1971 für die Schenkung nach Ludwigshafen entschieden, nachdem sich Köln wenig interessiert an der damals 25 Millionen Mark wertvollen Sammlung gezeigt hatte. Schwerpunkt der Sammlung bildet die kühle Kunst des Konstruktivismus mit Werken von Malewitsch, El Lissitzky und Mondrian.

Was hat Genschers Haus gegen das SDI-Projekt?

Fortsetzung von Seite 1

nur auf die strategische Dimension kann also nicht im amerikanischen Interesse liegen. Die Mehrheit der Teilnehmer an der SDI-Tagung war sich darin einig, daß es bei der SDI-Thematik - von den politischen Erfordernissen der strategischen Einheit des NATO-Territoriums ganz zu schweigen - technologisch keine „Abkoppelung“ Amerikas von Europa gibt. „Von Abkoppelung kann nur reden, wer sich nicht substantiell mit der Materie befaßt hat“, sagte in einem Pressegespräch der Atomwissenschaftler Edward Teller. Das politische Pendant dazu lieferte Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble, der am ersten Tag der Konferenz in einem Vortrag sagte: „Es gibt für den Westen eine Konfrontationssituation per se.“

Eine „Europäische Verteidigungsinitiative“ hatte vor einer Woche auf einem internationalen Symposium in Rotterdam auch der frühere Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel verlangt, doch sprach er von diesem Vorhaben als einem Projekt „innerhalb von SDI“, nicht abgehoben davon oder im Gegensatz dazu (vgl. WELT vom 22.6.).

Einen interessanten Einblick in das SDI-Interesse der anderen europäischen Bündnispartner gab der Staatssekretär für Sicherheitsfragen im State Department, William Schneider. So hat beispielsweise die britische Regierung an ihrer Botschaft in Washington fünf neue Militärattachés installiert, die sich speziell mit den fünf SDI-bezogenen Grundprogrammen beschäftigen und auf diesem Gebiet mit dem amerikanischen Projektleiter, General Abrahamson, und seinem Büro engsten Kontakt halten. Diese fünf Gebiete beziehen sich auf Überwachung und Früherkennung von Geschossen, auf Systeme der gerichteten Energie, der kinetischen Energie, auf das sogenannte „Battle Management“ und auf Fragen des Überlebens von Schlüsseltechnologien im Falle feindlicher Angriffe.

Namhafte Vorstandsvorsitzende deutscher Unternehmen erstanten auf der Strategie-Tagung der letzten Woche vor allem die amerikanischen Zuhörer mit Berichten, wie bedenklich und teilweise enttäuschend die Zusammenarbeit mit amerikanischen Firmen sein kann, wenn kein politischer Begleitrahmen Schutz gebietet. So berichtete ein Firmenvertreter von einem Wissenschaftler, der bei seiner Arbeit in den USA auf einem Forschungsgelände für den Gang in ein 300 Meter weiter gelegenes Institut erst eigens neue Erlaubnis einholen mußte.

Mehrfach beschworen die amerikanischen Konferenzteilnehmer ihre

deutschen Partner, von dem Mißtrauen Abstand zu nehmen, die Europäer würden bei der SDI-Kooperation besonders diskriminiert. Die in Betracht kommende Technologie bringe es mit sich, daß das Pentagon auch den amerikanischen Firmen strenge Sicherheitskontrollen auferlegen müsse. So gebe es Projekte, die „schubfächerhaft“ aufgeteilt seien, sodaß nur wenige Eingeweihte Einblick in das ganze Projekt bekommen können.

Die Konferenz war sich insgesamt darüber einig, daß die Strategische Verteidigungsinitiative auf absehbare Zeit die gültige Strategie der Abschreckung nicht werde ersetzen können. Vor Ende des Jahrhunderts werde es keine bündigen Antworten im Bereich neuer Verteidigungssysteme geben. Dennoch halten die Kenner es für wahrscheinlich, daß gerade im europäischen Schachfeld SDI-Technologien am ehesten anwendbar werden könnten. In diesem Bereich würde die Einführung neuer Defensivtechnologien auch keine Verletzung des ABM-Vertrages darstellen, der sich lediglich auf die strategischen Abwehrsysteme bezieht.

Der Atomphysiker Teller erläuterte in seinem Pressegespräch, warum die Mittelstreckenreichweiten für die Abwehr leichter zu handhaben seien. Er bezog sich dabei besonders auf bodengestützte Laser-Technik, die bei kürzeren Reichweiten von Offensivwaffen kaum „über den Horizont“ zu operieren habe und im Zusammenspiel mit optischen Spiegeln, die in Krisenzeiten rechtzeitig im Weltraum stationiert wären, rascher die feindliche Rakete treffen könnte, möglichst noch in ihrer Aufstiegsphase. Da Projektile der kurzen Reichweiten auf ihrer Flugbahn nur in den Randzonen der Erdatmosphäre bleiben, kann der Angreifer auch weniger mit Attractionen arbeiten, da diese sich in ihrem Flugverhalten sofort von wirklichen Sprengköpfen unterscheiden würden.

Teller schloß im Übrigen nicht aus, daß die SDI-Technik auch nuklear operieren könne, so im Bereich der „X-Ray Laser“, die mit Hilfe atomarer Explosionen besondere Energie entwickeln könnten. Andere Wissenschaftler wiesen auf den Anwendungsbereich auch bei konventionellen Waffen hin. So läßt sich etwa die „rail gun“, ein elektromagnetisches Waffensystem, auch auf Panzern denken. Viele Tagungsteilnehmer glaubten vorauszuweisen, daß der 1972 geschlossene ABM-Vertrag zwischen Moskau und Washington irgendwann zur Disposition gestellt werden müsse, da an der Raketenverteidigung auf beiden Seiten inzwischen mit Hochdruck gearbeitet werde.

Gorbatschow erneuert Parteiprogramm

DW, Moskau/Washington

Das Politbüro der sowjetischen KP hat Parteichef Michail Gorbatschow den Vorsitz einer Kommission übertragen, die ein neues Parteiprogramm entwerfen soll, meldete am Wochenende die sowjetische Nachrichtenagentur Tass. Das Programm dürfte im Februar 1986 auf dem 27. Parteitag verabschiedet werden. Das gegenwärtig gültige dritte Parteiprogramm stammt aus dem Jahr 1961.

Gorbatschow wird auf dem morgen beginnenden Tagung des Obersten Sowjets möglicherweise zum Staatspräsidenten gewählt werden. Allerdings halten sich in Moskau immer noch Spekulationen, wonach auch Außenminister Andrej Gromyko für das Amt des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets in Frage kommen könnte.

Wie die Londoner „Sunday Times“ unter Berufung auf gut unterrichtete diplomatische Kreise berichtet, sollen sich Washington und Moskau in Geheimverhandlungen geeinigt haben, daß Präsident Reagan und Gorbatschow vom 19. bis 21. November in Genf ein Gipfeltreffen abhalten. Das Weiße Haus ließ hingegen wissen, daß bisher weder Ort noch Zeit eines Gipfeltreffens feststünden. Reagans Sprecher Spokes betonte, Moskau zeige jedoch prinzipielles Interesse an einer solchen Begegnung. Reagan hatte Gorbatschow im März zu einem offiziellen Besuch in die USA eingeladen.

Ob das Treffen tatsächlich zustande kommt, soll erst in den nächsten vier Monaten entschieden werden, was von dem Ablauf „internationaler Ereignisse“ abhängt, meinte die britische Sonntagszeitung. Als wichtigstes Hindernis gilt gegenwärtig noch die verfahrenen Lage bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen, wo die Sowjets auf der Maximalforderung der Aufgabe des SDI-Projekts der Entwicklung von Weltraumwaffen bestehen. Gorbatschow hatte bei einer Rede in der ukrainischen Stadt Dnepropetrowsk indirekt mit dem Abbruch der Genfer Gespräche gedroht. Er forderte, die USA müßten die SDI-Forschung gleich von Anfang an aufgeben, um erfolgreiche Verhandlungen zu ermöglichen. Erst dann stünde der Weg für beträchtliche Rüstungsreduzierungen offen.

In Genf versuchte Georgij Arbatow, ein Berater der Kreml-Führung, den psychologischen Druck der Aussage Gorbatschows noch zu erhöhen. Arbatow: „Das erste Opfer von SDI wären die sowjetisch-amerikanischen Rüstungskontrollverhandlungen.“ SDI werde für alle Seiten ernste Probleme schaffen und den Ausbau strategischer Offensivwaffen beleben.

Machtkämpfe zwischen Schiiten verlängerten das Geiseldrama

Berris und Assads Position im libanesischen Lager ist offensichtlich geschwächt

PETER M. RANKE, Kairo

Die 39 amerikanischen Geiseln in Beirut sind zu unfreiwilligen Beteiligten in einem schweren Macht- und Einflußkampf unter den libanesischen Schiiten-Organisationen geworden. Ein Teil der Amal-Miliz sowie die noch radikaleren Gruppen der Hizbollah-Partei und des „Islamischen Heiligen Krieges“ widersetzten sich bis gestern den mündlichen Abmachungen, die Amal-Chef und Justizminister Nabih Berris mit den Syrern und Amerikanern über die Geiseln getroffen hatte.

Am Samstag hatten sich die „Kämpfer“ der Hizbollah-Partei unter Scheich Fadallah geweigert, vier in ihren Händen befindliche Geiseln herauszugeben. Trotz stundenlangen Wartens in Rot-Kreuz-Bussen konnten die 35 Geiseln einschließlich der drei TWA-Crew-Mitglieder nicht nach Damaskus gebracht werden.

Nabih Berris erwies sich als zu einflusslos, um die Abfahrt aller 39 Geiseln bereits am Samstag durchzusetzen. Von Damaskus aus sollten sie nach Frankfurt geflogen werden. Berris sagte zweimal am Samstag nachmittag eine Pressekonferenz ab. Schließlich wiederholte sein Vertreter Hussein die alten Forderungen: Gleichzeitige Freilassung der 735 Schiiten von Israel, keine Vergeltungsaktionen und Rückzug der US-Flotte von der Küste.

Berris hatte bei einem oder zwei Geheimtreffen in Damaskus mit Präsident Hafes El Assad auf dessen Drän-

gen eingewilligt, alle 39 Geiseln nach Damaskus zu bringen, wo sie syrischer Souveränität unterstellt und sofort freigelassen würden. Assad sieht in dieser Verfahrensweise eine Anerkennung seiner Vormachtrolle in Libanon durch Washington. Außerdem soll ihm die US-Regierung 300 bis 500 Millionen Dollar als Finanzhilfe zugesichert haben, wurde aus Schiiten-Kreisen in Beirut bekannt.

Sowohl von Assad als auch von der US-Regierung wird vorausgesetzt, daß die Israelis ihre Gefangenen freilassen, wenn die Geiseln frei sind. Geheime Absprachen darüber bestehen zweifellos. Die US-Regierung soll sich deshalb „einsichtig“ gezeigt haben, daß die im Vorjahr und in diesem Frühjahr entführten vier Franzosen und sieben Amerikaner jetzt nicht freigelassen werden können, weil sie sich in den Händen von Hizbollah und „Islamischer Heiliger Krieg“ befinden und Berris Amal-Miliz sie angeblich nicht aufspüren kann.

Die Stellung Nabih Berris ist durch die Ereignisse zweifellos geschwächt worden. Bei radikaleren Schiiten wird Berris als „Knecht der Amerikaner“ bezeichnet. Schon vor zwei Wochen mußte er in Damaskus einem Waffenstillstand mit den Palästinensern zustimmen, nachdem seine Amal-Miliz die Lager der PLO in West-Beirut trotz eines monatelangen Kampfes nicht einnehmen konnte. Diese Lager-Kämpfe hatten die arabische Welt und Iran gegen Berris und Assad auf-

gebracht, so daß Syrien die Amal-Miliz schließlich zurückpfeifen mußte.

Offenbar hatte Berris gehofft, durch eine schnelle „Vermittlung“ im Geiseldrama mit der Freilassung der 735 Schiiten aus israelischem Gewahrsam seine Position verbessern zu können. Daran sind die radikaleren Gruppen aber nicht interessiert. Sie bestehen auf einer möglichst langen und tiefgreifenden Demütigung des „amerikanischen Satans“. Beobachter in Beirut sprechen davon, daß das libanesischen Lager der Schiiten in eine pro-syrische Gruppe um Berris und eine zunehmend erstarkende Pro-Khomeini-Gruppe um Hizbollah gespalten ist.

Diese Konstellation hat Rückwirkungen auf das Verhältnis Syrien-Iran, die bisher wegen des gemeinsamen Gegners Irak Verbündete sind. Aber schon beim kürzlichen Besuch des iranischen Parlamentspräsidenten Rafsanjani verminderte Assad, sich der „strategischen Allianz“ Libyen-Iran anzuschließen.

Auf keinen Fall ist Assad daran gelegen, daß sich von Beirut bis Südlibanon ein radikaler Schiiten-Kanton unter Hizbollah-Führung etabliert, der die Herrschaft der Syrer nicht anerkennt und Damaskus in einen Krieg mit Israel zu verwickeln droht. Denn die Khomeini-Gefolgskräfte wie Scheich Fadallah oder „Islamische Amal“ und „Islamischer Heiliger Krieg“ wollen Jerusalem und Israel für den Islam erobern. (SAD)

Vor Entscheidung über „Fangunion“

Die Zukunft der deutschen Fischereiflotte steht auf dem Spiel / China will die Schiffe kaufen

W. WESSENDORF, Bremerhaven

Das Bundeskabinett wird voraussichtlich heute endgültig über die Zukunft der deutschen Fischereiflotte entscheiden. Im Rahmen des Bundeshaushalts 1986 werden die Minister über das umstrittene Startkapital für die sogenannte Fangunion befinden, in die die letzten vier Hochseefischer-Reedereien eingebracht werden sollen.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat nämlich klipp und klar erklärt, daß die angestrebte Fangunion bei weitem nicht mit der geforderten Subvention von 100 Millionen Mark rechnen könne. Der parlamentarische Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Wolfgang von Geldern, meinte, daß die über vier Jahre zu verteilende Soforthilfe deutlich unter 90 Millionen liegen werde.

hängt aber nicht nur von staatlichen Zuschüssen ab. Würde der Bund rund 40 Millionen bereitstellen, blieben ungeachtet des Bremer Engagements von 10 Millionen Mark noch zwischen 30 und 50 Millionen Mark zu finanzieren. Die sollen von den Reedereien selbst aufgebracht werden.

Auch Niedersachsen hat sich bereit erklärt, 10 Millionen für das neue Unternehmen zu geben, allerdings unter der Voraussetzung, daß es nach Cuxhaven kommt. Die Bremer Landesregierung stellte im nachhinein die gleiche Bedingung bezogen auf den Standort Bremerhaven.

Nach einem Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuarbeit, ist Bremerhaven der günstigere Standort für die Fangunion. Einmal werden in Bremerhaven doppelt so viele Fischmengen angeliefert wie in Cuxhaven; zum zweiten kommt die

Treuarbeit zu dem Ergebnis, daß der Standort Cuxhaven bei der jetzigen Struktur in der Marktbeschickung Zusatzkosten in Höhe von 476 000 DM zur Folge hätte.

„Wenn die Fangunion nicht kommt, dann bleibt uns nur die Liquidation“, erklärte der Direktor der Hanseatischen Hochseefischer in Bremerhaven, Dieter Koch, zwar besäßen die Deutschen eine der modernsten Fischereiflotten der Welt, aber das Korsett für den Fang sei zu eng geworden. Die Situation hat sich immer mehr zugespitzt, seit Mitte der siebziger die Nordatlantikstaaten die 200-Meilen-Wirtschaftszone einrichteten und die Fangmengen beschränkten.

Jetzt warten auch Chinesen und Norweger auf das Ergebnis der Kabinettsitzung, denn sie wollen die modernen Schiffe kaufen.

IG Metall kündigt harte Forderungen an

dpa, Stuttgart

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Überstunden sind die zentralen tarifpolitischen Ziele der IG Metall. Auf der Konferenz des IG Metall-Betriebsrats Stuttgart erklärten sowohl Bezirksleiter Ernst Eisenmann als auch der zweite Vorsitzende Franz Steinkühler in Balingen, die Wochenarbeitszeitverlängerung habe sich entsprechend den Prognosen der Gewerkschaft als Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen erwiesen.

Eisenmann sprach von 31 000 neuen Arbeitsplätzen im Land, Steinkühler bundesweit von rund 80 000 Neueinstellungen, die „ausschließlich das Ergebnis der Arbeitszeitverkürzung“ seien. Die 35,5-Stunden-Woche sei bei 95 Prozent aller Metallbeschäftigten verwirklicht. Steinkühler: „Wir müssen und werden diesen begonnenen Weg fortsetzen.“ Die 35-Stunden-Woche müsse rascher kommen als die in elf Jahren erreichte 40-Stunden-Woche.

Eisenmann meinte, durch Lohnverzicht in den letzten Tarifrunden, durch Sozialabbau und Steuerprogression sei Nachholbedarf bei den Realloöhnen der Arbeitnehmer entstanden, und kündigte an: „Die Forderung nach einer kräftigen Lohn- und Gehaltsberührung ist für das Frühjahr 1986 an erster Stelle zu sehen.“ Steinkühler kritisierte den Gegensatz zwischen „Gewinnrekorden in Milliardenhöhe und Arbeitslosenrekorde in Millionenhöhe“. Die Nettoeinkommen seien seit 1983 um nur 2,5 Prozent, die Nettogewinne jedoch um 25 Prozent gestiegen. Die Lohnkosten seien gesunken, doch zeige die Massenarbeitslosigkeit immer neue Rekorde.

SPD-Pläne für Steueränderungen

dpa, Bonn

Die Sozialdemokraten wollen den Abbau der Massenarbeitslosigkeit und die Bereitschaft der Unternehmen zu mehr produktiven Investitionen durch eine Fülle steuerlicher Änderungen erleichtern. Eine strengere Steuerkontrolle von Finanz- und Immobilienanlagen, bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Umweltschutzinvestitionen, eine Investitionsrücklage für kleine und mittlere Unternehmen, Entlastungen von der Vermögenssteuer der Betriebe sowie der Abbau von Steuersubventionen sind Vorschläge der vom SPD-Parteivorstand eingesetzten Arbeitsgruppe „Steuern und Abgaben“.

Super Tip: Rail & Road




z.B. Golf C z.B. Mercedes 190 E Aut.
Tagespauschale inkl. aller gefahrenen km. Bei 9 aktuellen PKW-Typen.

Ab sofort: Ihr Mietwagen-Direktanschluß am Intercity-Zug. interRent bietet zusammen mit der Bundesbahn jetzt an 28 Intercity-Bahnhöfen den Service „Rail & Road“. Natürlich exklusiv. Reservieren Sie „Rail & Road“. Dann steht Ihr gewünschter Mietwagen startbereit bei Ihrer Ankunft am Bahnhof. Und so einfach geht das: An über 350 interRent-Stationen. Am Fahrkartenschalter im Bahnhof. Im Reisebüro. Und natürlich im Intercity-Zug selbst. Oder per Telefon zum Ortstarif über die interRent-Service-Nummer 0130 22 11.



Die Bahn

interRent iR

Die Autovermietung

Die große WELT

Metall
digd hart
derungen

Montag, 1. Juli 1985
Nr. 149

Neue Realität

In London - Großbritannien gilt im Ausland immer noch als das Land der ungezählten Arbeitskämpfe. Dieses Bild war auch bis vor nicht allzu langer Zeit gar nicht so falsch. Und fast alle Streiks waren auch erfolgreich. Die Frage nach der Legalität erübrigte sich dabei von vornherein, weil gar kein Gewerkschaftsrecht bestand. Und sollten Unternehmen durch Streik erzwungene Zusagen an den Rand des Bankrotts gebracht werden sein, dann bediente sich in der Regel die Regierung, mit Steuergeldern das Loch zu stopfen.

Heute sieht die Sache grundlegend anders aus. Die Chancen für die Arbeitnehmer, bei Streiks zu verlieren, sind größer denn je zuvor. Auf dem Spiel steht der Ausfall von

Lohn und Gehalt über mehrere Wochen für ein Ergebnis, das nichts oder nur sehr wenig bringt. Sollte es zum Firmen-Bankrott kommen, wird man nun vergeblich auf den Rettungswagen aus Whitehall warten. Und dann hängt über jeder Streikaktion, der nicht eine geheime Urabstimmung voraussetzt oder bei der es zur massenhaften Aufstellung von Streikposten kommt, das Schwert schwerer Gerichtstrafen bis hin zur Beschlagnahme von Gewerkschaftsvermögen.

Kein Wunder folglich, daß sich bei den Gewerkschaften nach und nach ein neuer Realismus durchzusetzen scheint. Das anfangs verhasste bekämpfte neue Gewerkschaftsrecht der Regierung Thatcher wird, jedenfalls was die Abhaltung von Urabstimmungen betrifft, von immer mehr Gewerkschaften befürwortet. Großbritannien das streikärmste Land in Europa? Das ist durchaus keine Utopie mehr.

Flaute ohne Ende

Von LEO FISCHER

Schon seit Monaten bieten die Rohstoffmärkte das genaue Spiegelbild der Aktienbörse. Während hier beinahe täglich neue Höchststände erreicht werden, bestehen an den Commodity-Börsen überhaupt keine Anzeichen für eine Erholung. Der Konjunkturausschwung jedenfalls ist anders als bei den Aktien an den Rohstoffen beinahe völlig vorbegegangen. Seit dem vierten Quartal letzten Jahres befinden sich die Rohstoffnotierungen wieder auf dem Rückzug und es gibt kaum Ausnahmen, die das triste Bild aufhellen. Sowohl der auf Dollarpreisen basierende Moody's-Index wie auch der nach Pfundkursen berechnete Reuters-Index fielen weiter zurück. Der Moody's-Index ist zwischenzeitlich mit 920,9 auf das niedrigste Niveau seit Mitte 1978 zurückgefallen, und das britische Brokerhaus Phillips & Drew hält sogar einen Rückgang auf 800 für wahrscheinlich.

stöße wie die NE-Metalle und Kaffee und Kakao weggefallen. Die Dollar-Hausse in Verbindung mit der Pfundschwäche hatte bei einigen Rohstoffen zu optisch hohen Kursen geführt und teilweise die negativen fundamentalen Faktoren überkompensiert. Seitdem der Dollar leicht über drei Mark schwankt, sind auch solche Sonderbewegungen ausgeblieben.

Zu einem überraschenden Preisrückgang kam es bei Aluminium. Mit 78,75 Pfund je Tonne rutschte die Aluminium-Notiz auf das niedrigste Niveau seit Februar 1983. Ende des Vormonats kostete das Metall noch 1000 Pfund. Der viele Experten überraschende Preisrückgang wird auf den starken Anstieg der Aluminium-Vorräte in den Warenhäusern der London Metal Exchange zurückgeführt. Die Vorräte stiegen um 26 400 Tonnen (auf 122 500 Tonnen); dies war wohl die stärkste wöchentliche Zunahme der Vorräte, seit der Aluminium-Markt 1978 eröffnet wurde. Für die Marktbeobachter war die Zunahme besonders deshalb überraschend, weil damit der seit Wochen anhaltende Trend eines Lagerabbaus plötzlich beendet wurde.

Zwar ist es nicht das erste Mal, daß sich Aktien und Rohstoffe gegeneinander entwickeln. Zu unterschiedlich sind die Anlegergruppen, die sich auf den verschiedenen Märkten tummeln, zu unterschiedlich sind die Preisbestimmungsfaktoren, zu heterogen sind die Rohstoffmärkte. An der Aktienbörse heißt es „Gehet Käse, geht Butter“, will heißen, eine Hausse pflegt im allgemeinen den Markt in seiner ganzen Breite mit nach oben zu ziehen. Anders an den Rohstoffmärkten. So können zum Beispiel Rekordern bei Weizen und Kakao auf die Notierungen dieser Produkte drücken, während umgekehrt eine Mißernte zu Preissteigerungen führt.

Insgesamt hielten sich die NE-Metalle im letzten Monat recht gut, obwohl außer bei Aluminium auch bei Kupfer, Blei, und Zinn die Lagerbestände zunahm. Besonders bei Kupfer mußten die Lager in den vergangenen Monaten erheblich aufgestockt werden. Neben der abflauenden US-Konjunktur werden dafür auch saisonale Gründe genannt. Im Sommer, zur Zeit der Betriebsferien, leidet das rote Metall immer unter einer gewissen Nachfrageflaute.

Gleichwohl muß es wundern, daß diejenigen Faktoren, die die Aktienkurse in die Höhe treiben, an den Rohstoffmärkten ohne Wirkung bleiben. Der inzwischen allerdings wieder schwächer werdende Konjunkturausschwung in den USA, die sich verbessernde Investitionsneigung, die auch über eine Ausdehnung der Lagerhaltung die Nachfrage nach industriellen Rohstoffen steigern sollte, der starke Rückgang der Zinsen, die sich bescheiden Unternehmenserträge machen die Hausse an den Aktienmärkten aus und sollten eigentlich auch auf den Rohstoffbörsen Wirkung zeigen.

Keine Sommerflaute kennen die Kaffee-Märkte im allgemeinen nicht. Denn dann bedrohen Fröhe die Kaffee-Exporte in winterrischen Brasilien. Die ersten Fröhe haben sich auch das Jahresziel entsprechend eingestellt - sind aber offensichtlich glimpflicher abgelaufen als befürchtet. Zudem ist die Ernte weitgehend eingebracht, von einer Verstärkung der Fröhe würde allenfalls die nächste Ernte betroffen. Daher neigten die Kaffeenotierungen eher zur Schwäche.

Letztlich die niedrige Inflationsrate wirkt auf die Rohstoffbörsen anders als bei Aktien. Nicht nur Gold, sondern auch andere Rohstoffe werden vielfach als Schutz gegen die Inflation angesehen. Inzwischen ist auch ein weiterer Haussefaktor für die in Pfund Sterling notierten Roh-

Allerdings bergen die geringen Vorräte bei den Röstern durchaus die Gefahr eines plötzlichen Preisbruchs. Langfristig scheinen die Preisrückgänge aber eher gedämpft. Denn nach Schätzungen des US-Schatzministeriums wird die Produktion des Jahres 85/86 mit 99,1 Millionen Sack (ein Sack = 60 Kilo) die des Rekordjahres 1981/82 knapp und die des Vorjahres deutlich übertreffen.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Juni 1985	Ende Mai 1985	Hoch 1985	Tief 1985
Kupfer	L	\$/t	1089,5	1121,5	1342,5	1089,5
Zinn	L	\$/t	636	650,25	851	602,5
Zink	L	\$/t	9672,5	9480	10285	9142,5
Blei	L	\$/t	301,5	290,75	395	289
Aluminium	L	\$/t	708,25	818,5	1080,25	768,25
Nickel	L	\$/t	4132,5	4436,5	4927,5	4132,5
Gold	L	\$/Unze	316,25	313,15	329,9	285
Silber	L	\$/Unze	472,8	477,8	576,9	472,8
Platin	L	\$/Unze	206,3	206,85	252,4	206,3
Weizen	C	Cts/bu	321,37	314,87	373,37	312,62
Mais	C	Cts/bu	276,5	274,62	286,62	262
Kakao	L	\$/t	1706,5	1741,5	2266,5	1696,5
Kaffee	L	\$/t	1925	2013,5	2423,5	1935
Zucker	C	\$/t	85	89	122,5	83
Sojaöl	L	Cts/lb	30,27	30,07	33,03	25,99
Baumwolle	L	Cts/kg	61,90	62,28	71,95	60,33
Schweißwolle	S	Cts/kg	623,5	633	650,5	555
Kautschuk	L	p/kg	67,5	64,57	3,75	63,75

Indizes:
Moody's (31.12.31-100) New York 923,6 905,1 973,4 903,3
Reuters' (31.9.31-100) London 1759,9 1789,3 2101,4 1759,9
Zusätzliche Abkürzung: L = London C = Chicago S = Sydney LI = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

BANKGHEIMNIS / Vorschläge der OECD zur Bekämpfung der Steuerflucht

Auskunftspflicht gegenüber den Finanzämtern soll erweitert werden

Der Rat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird am Mittwoch über den brisanten Bericht seines Steuerausschusses zum „Mißbrauch des Bankgeheimnisses“ entscheiden. Denn darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Auskunftspflicht der Banken gegenüber den Steuerbehörden und den internationalen Austausch dieser Auskünfte zu verstärken, um eine korrekte Steueranverlangung sicherzustellen und der Steuerflucht besser entgegenzuwirken.

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Der Rat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird am Mittwoch über den brisanten Bericht seines Steuerausschusses zum „Mißbrauch des Bankgeheimnisses“ entscheiden. Denn darin werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Auskunftspflicht der Banken gegenüber den Steuerbehörden und den internationalen Austausch dieser Auskünfte zu verstärken, um eine korrekte Steueranverlangung sicherzustellen und der Steuerflucht besser entgegenzuwirken.

zufolge „wo immer möglich“ verzichtet werden. Denn der auskunftssuchende Staat sei normalerweise besser in der Lage als der Ersuchte, dem Steuerflüchtling auf die Spuren zu kommen. Deshalb sollten gegen die Übermittlung von Bankauskünften an ausländische Behörden grundsätzlich keine Bedenken erhoben werden, wenn diese Auskünfte bei den Behörden des auftraggebenden Landes bereits vorliegen.

Der noch unveröffentlichte Bericht geht auf eine schwedische Initiative zurück. Sie wurde vor allem von den amerikanischen und französischen Delegationen unterstützt und vorangetrieben. Washington und Paris kommt es darauf an, insbesondere die Schweiz sowie in zweiter Linie Luxemburg und Österreich zur Lockerung des Bankgeheimnisses zu bringen. Die Bundesregierung hatte gegen die Empfehlungsvorschläge des Ausschusses grundsätzlich nichts einzuwenden.

Die Bundesregierung hat sich gegenüber Bankkunden. Dem Staat gegenüber dürfte das Bankgeheimnis aber nicht „mißbräuchlich“ ausgenutzt werden. Als Beispiele werden die Steuerhinterziehung und die Steuerflucht genannt. Das Bankgeheimnis könne hier „unerwünschte“ Konsequenzen haben, insbesondere staatliche Einnahmeausfälle, und das übergeordnete Prinzip der Gleichbehandlung aller Steuerpflichtigen verletzen.

Im übrigen ist der Bericht des Steuerausschusses nicht sehr präzise formuliert. So erfolgt insbesondere keine klare Abgrenzung zwischen der illegalen Steuerhinterziehung beziehungsweise dem Steuerbetrug auf der einen und der Steuervermeidung auf der anderen Seite, die in der Bundesrepublik völlig legal ist. Bei einer extensiven Auslegung der Vorschläge könnten sich deshalb durchaus negative Konsequenzen, insbesondere für die deutsche Wirtschaft, ergeben.

Nachdem aber Bern entsprechende Ratsbeschlüsse durch sein Veto zu verhindern anstrebt, entschloß sich Bern am letzten Freitag im Exekutiv- und Ausschuss der OECD zu einer vermittelnden Position. Sie läuft darauf hinaus, die Vorschläge des Steuerausschusses so weit zu entschärfen, daß ein Kompromiß mit den drei „Steuerparadiesen“ möglich wird.

Darüber hinaus können einem Staat durch die Steuerflucht Wettbewerbsnachteile und Zahlungsbilanzschwierigkeiten entstehen, heißt es in dem Bericht. Die unterschiedlichen gesetzlichen Bestimmungen über die Auskunftspflicht der Banken müßten deshalb zwischen den einzelnen OECD-Staaten harmonisiert werden. Eine Verstärkung der deutschen Rechtsvorschriften stand in dem Ausschuss aber nicht zur Debatte.

Bei den der Ratssitzung vorausgegangenen Delegationsgesprächen überlagerte die Auffassung, daß sich vor allem die Schweiz mit ihrem besonders weitgehenden Bankgeheimnis öffnen sollte. Bern drohte damit in die Isolierung gedrängt zu werden. Andererseits kann der Rat der OECD, Beschlüsse nur einstimmig fassen. Bei einem Veto der Schweiz würde der ganze Bericht hinfällig, bei einer Stimmenthaltung wären seine Empfehlungen gegenüber der Schweiz nicht anwendbar.

In dem Bericht, dem die schweizerische und luxemburgische Delegation des Steuerausschusses nicht zugestimmt hat, wird zunächst festgestellt, daß das Bankgeheimnis grundsätzlich geschützt bleiben muß. Denn es sichere die notwendige Vertrau-

lichkeit gegenüber Bankkunden. Dem Staat gegenüber dürfte das Bankgeheimnis aber nicht „mißbräuchlich“ ausgenutzt werden. Als Beispiele werden die Steuerhinterziehung und die Steuerflucht genannt. Das Bankgeheimnis könne hier „unerwünschte“ Konsequenzen haben, insbesondere staatliche Einnahmeausfälle, und das übergeordnete Prinzip der Gleichbehandlung aller Steuerpflichtigen verletzen.

Außerdem setzt sich der Ausschuss für eine Verstärkung der gegenseitigen Amtshilfpflicht der Steuerbehörden ein. Auf das in den bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen verankerte Recht, Auskunftsbegehren abzulehnen, sollte dem Bericht

AUF EIN WORT



Die Wirtschaft einer Region wie Nordhessen wird den notwendigen Strukturwandel am besten bewältigen, wenn sie sich nicht nur auf Hilfe von außen verläßt, sondern sich auf ihre Stärken besinnt, sie sichtbar macht und gezielt in Kooperation untereinander und mit der Wissenschaft einsetzt.

Christian Deeken, Präsident der Industrie- und Handelskammer Kassel.
FOTO: LENGMANN

USA

Handelsdefizit auf 150 Mrd. Dollar?

H.A. SIEBERT, Washington
Im Warenverkehr mit dem Ausland geraten die USA immer tiefer in die roten Zahlen. Nach der europäischen Cif-Rechnung erreichte das Defizit in der Handelsbilanz im Mai 12,7 Mrd. Dollar - 816 Mill. Dollar mehr als im April. Bis Ende Mai schlug der Passivsaldo mit 57,3 Mrd. Dollar zu Buch, 51,3 Mrd. mehr als im Vorjahreszeitraum. Damit ist das Defizit auf Jahresbasis bereits auf 138 (1984: 123,3) Mrd. Dollar gestiegen. An einem neuen Rekord ist kaum zu zweifeln, da sich die Konjunktur beschleunigt, was den Importvorgang verstärkt.

AIRBUS

Großauftrag der Lufthansa

dpa/VWD, Frankfurt/Hamburg
Europas Flugzeugbauer haben einen neuen Großauftrag erhalten und damit im härter gewordenen Duell mit dem US-Branchenführer Boeing weiter an Boden gewonnen: Die Deutsche Lufthansa und die europäische Airbus-Industrie haben am Samstag einen Vertrag über 50 Verkehrsflugzeuge unterzeichnet. Die Lufthansa bestellte als achte Fluggesellschaft der Welt 15 Jets des neuen Typs Airbus A-320 und sieben Airbus A-300-600. Darüber hinaus wurden Optionen für 25 weitere A-320 und drei A-300-600 erteilt.

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street nimmt die Indikatoren nicht ernst

H.A. SIEBERT, Washington
Der gewaltige Sprung der führenden Konjunkturindikatoren - 0,7 Prozent im Mai nach minus 0,6 und 0,1 Prozent im April und März - hat die US-Aktienmärkte kaum beeindruckt. Zweifel an ihrer Verlässlichkeit und das zweithöchste monatliche Handelsdefizit in der Geschichte Amerikas warfen zu lange Schatten, um eine Flut von Kaufordern auszulösen. Anstöße kamen jedoch vom Rentenmarkt, an dem sinkende Zinsen für höhere Notierungen sorgten. Zuvor hatte er problemlos 17 Mrd. Dollar an neuen Treasury-Papieren aufgenommen, wobei Ausländer kräftig mithalfen.

überbewerteten Dollars trägt. Dagegen wird der mächtige Dienstleistungssektor, der inzwischen zwei Drittel des Sozialprodukts stellt, ungenügend berücksichtigt. Wenigstens solange das Wechselkurs-Gleichgewicht nicht wiederhergestellt ist, kommt es dadurch zu starken Verzerrungen. Außerdem wird der Index, der sich zunehmend erratisch verhält, immer öfter revidiert.

Am Freitag legte der Dow Jones-Industrie-Index nur bescheidene 3,25 Punkte zu. Zusammen mit einem Wochenplus von 10,98 Punkten reichte das jedoch für ein neues Hoch. Zieht man die Bilanz für das erste Halbjahr 1985, dann ist das populäre Barometer um 124 auf 1335,46 Punkte oder 10,2 Prozent gestiegen. Der umfassende Nyse-Index schloß die Woche mit 111,11 (0,39 und 1,27) Punkten - ebenfalls ein neuer Rekord. Seit dem 31. Dezember gewann er 15,3 Prozent, was die Breite der im Herbst 1984 begonnenen Hausse unterstreicht.

Offensichtlich vertraut die Börse auf diese Art „Akkomodierung“. Denn die meisten ernst zu nehmenden Broker setzen auf eine Fortsetzung der Hausse. So soll der „Dow“ nach einer Sommerpause auf 1380 bis 1445 Punkte klettern, wobei eine zweimalige Diskontinuität auf 6,5 (zur Zeit: 7,5) Prozent unterstellt wird. Industrie-Aktien gelten als unterbewertet, empfohlen werden Verbrauchernähe Papiere.

Unter den Wall-Street-Analysten hat der Index der führenden Konjunkturindikatoren erheblich an Wert verloren, weil er sich hauptsächlich auf die Daten des verarbeitenden Gewerbes stützt, das auf der Export- und Importseite die gesamte Last des

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Hüttenvertrag begrüßt

Bonn (Hf) - Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD begrüßen die zwischen Kohle und Stahl vereinbarte Anschlussregelung zum Ende 1988 auslaufenden Hüttenvertrag. Gerstein (CDU) hebt als wichtige Vereinbarungen die Vollversorgung der Stahlindustrie mit deutscher Steinkohle, den Wettbewerbspreis und die Vertragsdauer bis zum Jahr 2000 hervor. Wolfram (SPD) mahnt namentlich die Entscheidungen des „dritten und wichtigen Partners“ Bund über die flankierenden Maßnahmen, also die Fortführung der Kokshöfenbeihilfe an. Dieses Beihilfesystem müsse auch für den Kohleabsatz in die EG gelten. Eine Exportkürzung hätte dagegen weitere Zechenstillegungen zur Folge.

Investieren 1985



Das Investitionsklima in der Bundesrepublik ist gegenwärtig so gut wie seit langem nicht. Nach dem neuesten Ho-Investitionsindex wollen 65 Prozent der Industrieunternehmen in diesem Jahr mehr investieren als 1984. QUELLE: GLOBUS

Kredit für Kolumbien

New York (dpa/VWD) - Ein Bankenausschuß hat Kolumbien einen Neukredit in Höhe von einer Milliarde Dollar zugesagt. Das gab Finanzminister Roberto Junguito nach Verhandlungen mit Mitgliedern des Steuerungsausschusses eines internationalen Bankenkonsortiums bekannt. Es handelt sich um einen Kredit mit neun Jahren Laufzeit. Der Zinssatz wurde für die ersten vier Jahre auf 1-1/2 Prozent und für die verbleibenden fünf Jahre auf 1-3/8 Prozent über dem Londoner Interbankensatz (Libor) festgesetzt.

Hohe Zigarettenexporte

Hamburg (dpa/VWD) - Die deutschen Zigarettenhersteller werden in diesem Jahr voraussichtlich der zweitgrößte Exporteur mit einem Ausfuhrvolumen von über 50 Milliarden Stück. Dies geht aus Zahlen des Verbands der Zigarettenindustrie, Hamburg, hervor. Der größte Exporteur Bulgarien mit etwa 77 Milliarden Stück liefert allerdings hauptsächlich in Staatshandelsländern. Der Anteil der Exporte an der Zigarettenproduktion in der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren stetig gestiegen und steigt weiter. 1984 betrug er knapp 30 Prozent. Das gesamte Exportvolumen erreichte nach Angaben des Statistischen Bundesamts 44,3 Milliarden Stück.

Weniger Versteigerungen

Bonn (Hf) - Bei Zwangsversteigerungen von Eigenheimen und Eigentumswohnungen ist offensichtlich der Höhepunkt überschritten, hat Bauminister Schneider (CSU) auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion erklärt. Nach Angaben des Verbandes Deutscher Hypothekenbanken hätten die eingeleiteten Zwangsversteigerungsverfahren bei den Hypothekenbanken - gemessen an der Zahl der Deckungshypotheken von rund 850 000 - nur einen Anteil von etwa 0,8 Prozent; der durchgeführten Zwangsversteigerungen liege bei nur 0,2 Prozent.

Wechsel beim „Fed“

Washington (Sf) - Im Federal Reserve Board, der zusammen mit den zwölf regionalen Notenbanken über die amerikanische Geld- und Währungspolitik wacht, scheiden zwei von sieben Gouverneuren aus: Lyle E. Gramley wird am 1. September Chefökonom der Mortgage Bankers Association of America; im Januar läuft die Amtszeit von Charles Farnes aus. Vor allem mit Gramley verliert „Fed“-Chef Paul Volcker einen wichtigen Verbündeten im Kampf gegen die Inflation. Allgemein wird be-

VERKEHRSETAT / Steigerung liegt mit 1,1 Prozent unter Haushalts-Durchschnitt

Jede zweite Mark für Investitionen

HEINZ HECK, Bonn
Praktisch jede zweite Mark des Bonner Verkehrsetats fließt in Investitionen. Damit handelt es sich um den größten Sachinvestitionsausgaben im Bonner Etatentwurf, den die Bundesregierung am heutigen Montag in einer ganztägigen Sitzung verabschiedet.

Zwar steigt der Verkehrsetat laut Entwurf nur geringfügig um 1,1 Prozent auf 25,4 Milliarden Mark, während die durchschnittliche Steigerungsrate für den Bundeshaushalt 2,4 Prozent beträgt. Doch wird im Verkehrsministerium darauf hingewiesen, daß allein die erhöhten Personalausgaben und die Zinsen für die Kreditaufnahme rund 1,5 Prozentpunkte der Steigerung der Gesamtausgaben verzehren, so daß für den Rest 1988 nur eine Steigerungsrate von knapp einem Prozent verbleibe.

Den wie die Investitionszuschüsse an die Deutsche Bundesbahn um jährlich 100 Millionen Mark zu steigern. Das bedeutet bis einschließlich 1989 ein Plus von insgesamt 800 Millionen Mark. Auch für Investitionsausgaben unter anderem zugunsten des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und des kommunalen Straßenbaus sind bis 1989 weitere rund 100 Millionen Mark zusätzlich geplant.

Die Verpflichtungsmöglichkeiten im Verkehrsetat 1986 fallen mit 3,6 Milliarden Mark etwas geringer aus als im laufenden Etat (3,76). Die langfristigen Verkehrsinvestitionen machen langfristige Deckungsansprüche erforderlich, für die die Verpflichtungsmöglichkeiten die haushaltsmäßige Voraussetzung schaffen. Von diesen 3,6 Milliarden Mark dürfen 1987 gut 2,3 Milliarden und 1988 rund 932 Millionen Mark flüssig werden, also durch Ausgaben belegt werden.

Gegenüber dem Vorjahr wie dem bisher geltenden Finanzplan sollen die Investitionsausgaben bis 1989 jährlich um durchschnittlich 200 bis 300 Millionen Mark erhöht werden. Im einzelnen ist vorgesehen, die Investitionsausgaben für Bundesfernstra-

Den wie die Investitionszuschüsse an die Deutsche Bundesbahn um jährlich 100 Millionen Mark zu steigern. Das bedeutet bis einschließlich 1989 ein Plus von insgesamt 800 Millionen Mark. Auch für Investitionsausgaben unter anderem zugunsten des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und des kommunalen Straßenbaus sind bis 1989 weitere rund 100 Millionen Mark zusätzlich geplant.

Darüber hinaus ist der Investitionsanteil am Gesamtvolumen des Ver-

Gebräuchtwagen-Rekord

Flensburg (dpa/VWD) - Mit 579 550 Besitztumsbescheinigungen von Kraftfahrzeugen wurde im Mai dieses Jahres das Rekordergebnis vom Mai 1984 (579 382) geringfügig übertroffen. Das teilte das Kraftfahrt-Bundesamt (KfBA) in Flensburg mit. Beim Besitzwechsel von Pkw gab es ein geringfügiges Minus: 499 274 Pkw und Kombis gingen im Mai über den privaten und gewerblichen Gebrauchtwagenmarkt auf andere Halter über. Im Vorjahresmonat waren es knapp 503 000.

Das große WELT-Prämien-Angebot

Wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln, haben Sie freie Auswahl unter vielen wertvollen Prämien. Hier nur einige Beispiele:
Stereo-Radiorecorder,
4-teiliges Patchworkleder-Reisaset,
Schallplatten oder aktuelle Bücher.
Weitere Prämien im WELT-Katalog.

Bitte anfordern!

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Bitte informieren Sie mich über die wertvollen Prämien, die ich erhalte, wenn ich für die WELT neue Abonnenten gewinne.

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Vorw./Tel.: _____

JAPAN

Private Anleger kaufen mehr Gold

FRED de LA TROBE, Tokio
Immer mehr Japaner legen ihre Ersparnisse in Gold an. 1984 betragen die japanischen Goldkäufe 194,7 Tonnen. Damit war Japan der größte Importeur der Welt des gelben Edelmetalls. Es bezug 18 Prozent der insgesamt im vergangenen Jahr geförderten Goldmenge von 1100 Tonnen. Über ein Drittel der japanischen Einfuhren wurden von Privatpersonen erworben, der Rest wurde für die Herstellung von Schmuck und für den industriellen Gebrauch - besonders für Halbleiterbleche - verwendet.

PROVESTA

Ein neuer Fonds der DWS. Fragen Sie Ihre Bank.

Frauen. Häufig werden kleinere Mengen von jeweils 100 oder 200 Gramm erworben. Bei Hortungskäufen spielen auch Steuergründe eine entscheidende Rolle. Anders als bei der Anlage auf Spar- oder Depositionskonten - die steuerlich erfährt werden - können Golddepotes den Behörden verborgen bleiben. Die Importe und der Handel von Gold sind in Japan seit 1973 frei. Etwa zwei Drittel der Einfuhren kommen aus England und der Schweiz. Unter den restlichen Bezügen sind auch Direktkäufe in Südafrika und der Sowjetunion. In Japan selbst werden jährlich nur etwa fünf Tonnen gefördert. Seit 1982 gibt es in Tokio auch einen Goldterminmarkt, der neben Hongkong der zweite in Ostasien ist. Auch der Absatz von Diamanten ist in Japan kräftig gestiegen. Die Einfuhren erhöhten sich im vergangenen Jahr um 16 Prozent auf 1,2 Millionen Karat. Stark ist die Nachfrage nach Diamanten-Ringen. Auch der Bedarf der Industrie ist wächst. (SAD)

KREDITKARTEN / Von der britischen Öffentlichkeit besser angenommen als auf dem Kontinent

Mehr als 13 Millionen benutzen das Plastikgeld

WILHELM FURLER, London
„Plastikgeld“ hat in Großbritannien in den vergangenen Jahren einen bemerkenswerten Aufschwung erlebt. Aus den USA kommend sind Kreditkarten von der Öffentlichkeit rascher aufgenommen und zum festen Bestandteil des täglichen Lebens gemacht worden als irgendwo anders in Europa. Heute ist einer von vier Briten im Besitz einer Kreditkarte. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Kreditkarten auf 22,7 Millionen, 40 Prozent mehr als nur drei Jahre zuvor. Mehr als 13 Millionen Erwachsene nutzen heute die Vorteile, mit einer oder mehreren Plastikkarten nicht nur bargeldlos einzukaufen, tanken oder ins Restaurant gehen zu können, sondern damit auch einen zusätzlichen Kreditrahmen auszunutzen.

Der große Boom der Kreditkarten in Großbritannien ist ganz besonders von den führenden Banken unterstützt worden. Während sich die größte britische Geschäftsbank, Barclays, mit der Visa-Gruppe zusammen (Visa-Barclaycard), geben die drei anderen Großbanken, National Westminster, Midland und Lloyd's Bank, Access-Karten aus, die der internationalen Mastercard-Gruppe mit der ebenfalls angeschlossenen Eurocard-Organisation angehören. Sowohl bei Barclaycard als auch bei Access werden zudem Goldkarten an besonders einkommensstarke Personen ausgegeben. Entsprechend werden rund 75 Prozent aller Kredit- und Charge-Karten-Konten in Großbritannien von den Banken ausgestellt. Die absolute Spitze teilen sich Access und Barclaycard mit jeweils mehr als sieben Millionen Karten. Zur Visa-Gruppe zählen zudem noch 2,1 Millionen Kredit-

ITALIEN / OECD: Lira ist weiterhin überbewertet

Die Konjunktur belebt sich

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die italienische Wirtschaft hat sich in den letzten 18 Monaten „befriedigend“ entwickelt, stellt die OECD fest. Mit 2,6 Prozent erreichte ihre Expansionsrate 1984 wieder den Durchschnitt der westlichen Industriestaaten, wobei entgegen dem allgemeinen Trend die Arbeitslosigkeit leicht zurückging. Auch in der Inflationsbekämpfung erzielt Italien Fortschritte, übertrifft hier aber immer noch das OECD-Niveau erheblich. Andererseits hat sich die Lira seit ihrer letzten Abwertung vom März 1983 gegenüber den anderen europäischen Währungen sehr gut behauptet. Das führen die OECD-Experten vor allem auf die hohen italienischen Zinssätze zurück. Diese fortschreitende Abwertung der Lira schadet aber der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Italiens. Außerdem wird der Staatshaushalt durch die hohen Zinsen belastet. Aus diesem Dilemma dürfte Italien so schnell nicht herauskommen, heißt es in dem OECD-Bericht. Denn Rom braucht eine stabile Währung und hohe Zinsen zur Dämpfung der

IMMOBILIEN / Nach vierjährigem Rückgang ziehen in Italien die Preise wieder an

Sanierte Altbauwohnungen gefragt

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Angeführt von großen Städten wie Mailand und Rom zeichnet sich am italienischen Immobilienmarkt nach beinahe vierjähriger Stagnation neuerdings eine leichte Belebung ab. Impulse gehen in erster Linie von der Substitutionsnachfrage aus, während der Neubaumarkt noch immer von Schwächetendenzen gekennzeichnet ist. Experten registrieren eine leichte Preis- und Nachfrageerholung vor allem für zentral gelegene Großraumwohnungen und für kleinere Wohnungen an der Peripherie. Verstärktes Interesse verzeichnen Experten außerdem für sanierte Altbauwohnungen. Nach einem fast vierjährigen Preisverfall haben in diesen Fällen die Preise seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres wieder anzuziehen begonnen. Damit ist aber der reale Stand des Jahres 1981 erst zum Teil wieder erreicht. Im Landesdurchschnitt sanken die Immobilienpreise nach Schätzungen des Verbandes der italienischen Immobilienmakler um real 40 Prozent zwischen 1981 und 1984. Eine überdurchschnittliche Verminderung um beinahe 48 Prozent ergab sich in Mailand, wo 1984

nochmals eine Abnahme von 10,6 Prozent erfolgte. Die Substitutionsnachfrage wird vor allem durch Käufer geführt, die von kleineren oder größeren Eigentumswohnungen umsteigen wollen, sowie von Singles die Kleinwohnungen bevorzugen. Im vergangenen Jahr wurden in Italien nach Verbandschätzungen rund 0,6 Millionen Häuser und Wohnungen gekauft und verkauft und etwa ebenso viel neu vermietet. Gemessen an den ungefähr 17 Millionen Häusern und Wohnungen, die am Jahresende belegt waren, entsprach dies einem Anteil von rund acht Prozent. Damit hielt sich die Mobilität im Rahmen des westeuropäischen Durchschnitts. Eine Rückkehr zu der Immobilienhausse, die zwischen 1979 und 1981 die schon vorher stark gestiegenen Preise noch einmal nach oben schieben ließ, wird von Experten vorerst ausgeschlossen. Übereinstimmend wird hierbei darauf hingewiesen, daß durch die in den letzten vier Jahren gebotenen positiven Realzinsen am Rentenmarkt und neu eingeführte Formen des Alternativesparen die Flucht vor der Inflation eine geringere Rolle spielt. Und die staatlichen Mieterschutzgesetze tragen ein

Chile einigt sich mit Privatbanken

dpa/VWD, New York
Chile hat sich mit dem Lenkungs-ausschuss eines internationalen Bankenkonsortiums über ein neues Finanzierungsabkommen zu günstigeren Konditionen geeinigt. Wie die Manufacturers Hanover Bank mitteilte, gehören zu den wichtigsten Elementen ein Neukredit von 768 Mill. Dollar und eine Kofinanzierung mit der Weltbank in Höhe von 300 Mill. Dollar. Diese Finanzierung wird von den Privatbanken aufgenommen und zur Hälfte von der Weltbank garantiert. Das Abkommen sieht ferner die Umschuldung der zwischen 1985 und 1987 fälligen öffentlichen und privaten Schulden Chiles vor. Die Verhandlungsteilnehmer einigten sich außerdem auf einer Verlängerung von Chiles kurzfristigen Handelskrediten bis Ende 1987. Schließlich wurden die Kreditkonditionen zugunsten Chiles geändert. In dem Umschuldungsabkommen für 1983 wurde ein Zinssatz von 2-1/8 Prozent über Libor (London Interbank Offered Rate) angesetzt. Im neuen Abkommen liegt der Zinssatz 1/8 Prozent über Libor. Im Februar einigte sich Chile mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über ein Wirtschaftsprogramm für 1985. Chile hat im Ausland insgesamt 20 Mrd. Dollar Schulden.

RENTENMARKT / Wenig Aktivitäten

Hoffnungen gedämpft

Am Rentenmarkt spielt sich zur Zeit nicht allzuviel ab. Die Zinservstärkung in den Vereinigten Staaten hat manche in der Vorwoche gehegten Zinssenkungshoffnungen in der Bundesrepublik in den Hintergrund gedrängt. Und es wird jetzt weniger darauf spekuliert, daß die Bundesbank in absehbarer Zeit den für den Zinssenkung irrelevant gewordenen Lombardsatz von sechs auf 5,5 Prozent zurücknimmt. Anlageinteresse besteht derzeit praktisch nur für Papiere mit Laufzeiten bis zu fünf Jahren, die auch bei Ausländern Anklang finden. Gewisse Hoffnungen gelten allerdings den heute bevorstehenden Zins-Kuponterminen per 1. Juli. Die siebenprozentige Nordrhein-Westfalen-Anleihe meldete einen nur zögerlichen Start. Die Durchschnittsrückläufe rutschte auf einen neuen Sechsjahres-Tiefstand von 6,84 Prozent. (cd.)

Table with columns: Emissionen, 28.6, 21.6, 28.12, 30.12, 30.12. Rows include Anleihen von Bund, Bahn und Post, Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände, Schulverschreibungen von Sonderinstituten, Schulverschreibungen der Industrie, Kreditanstalten u. Körperschaften, Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit, Inländische Emittenten insgesamt, DM-Auslandsanleihen.

BRIEFFREUNDE
Ob jung oder alt - die netteste und anregendste Art und Weise Freunde in ihrem eigenen Land oder im Ausland zu gewinnen - für eine finanzielle Auslage von nur DM 5,-.

Daimler-Benz mit allen Extras
500 SEL DM 104.000,-
500 SEL ab Listenpreis
500 SEC ab DM 99.000,-
500 SE unter Listenpreis
380 SE unter Listenpreis
280 SEL weit unter Listenpreis
Tel. 0 27 21 / 8 00 25 Firma

Aufsteiger gesucht
Hier finden Sie keine „Rolltreppen“ zum Erfolg, aber Unterstützung von Stufe zu Stufe, wenn Sie zeigen, daß Sie - als gelebter Einzelkämpfer - mit ein wenig Jahren Berufserfahrung - weiter wollen und können. Diese Aufstiegsmöglichkeiten bietet ein Kaufhaus-Unternehmen 100 Häuser in den fachbereichsreichen Lebensmittel, Textilien oder Hartwaren. Nachwuchskräfte für Führungsaufgaben im Verkauf haben dadurch eine Chance zur systematischen Berufsbildung. Diese und viele andere interessante Stellenangebote finden Sie am Samstag, 2. Juli, im großen Stellenzeitungsanteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

VERSTÄRKERUNGEN
Im Wege der Zwangsversteigerung soll am 2. August 1985, 10 Uhr, auf dem Gelände des Flugplatzes Ganderkesee, 2875 Ganderkesee 1, versteigert werden das im Register für Flugsicherungs- und Luftfahrzeugbesitz beim Amtsgericht Braunschweig, Blatt 2673, eingetragene Luftfahrzeug (Flugsport) Cessna 441, Kennzeichen: D-1AAS, Werknummer der Zelle 425-0012, Luftfahrzeugbesitz Blatt 11 873. Der Versteigerungsvermerk ist in das Flugsicherungsregister eingetragen worden am 21. 1. 1985. Zu diesem Zeitpunkt war als Eigentümer eingetragen: Aquila Luftfahrt GmbH & Co. Betriebs-KG in Kirchheim, Der Versteigerer ist: Aquila Luftfahrt GmbH & Co. Betriebs-KG in Kirchheim, Der Versteigerer ist: Aquila Luftfahrt GmbH & Co. Betriebs-KG in Kirchheim, Der Versteigerer ist: Aquila Luftfahrt GmbH & Co. Betriebs-KG in Kirchheim. (Text is partially illegible)

Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt für den Frieden zwischen den Menschen für den Frieden zwischen den Völkern
VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE
WERNER-HILPERT-STRASSE 2 3500 KASSEL
POSTSCHEKONTO FRANKFURT/M 4300-60 BLZ 50010060

FINANZANZEIGEN
Markt- und Kühlhallen Aktiengesellschaft, Hamburg
Wir geben hierdurch unseren Aktionären bekannt, daß in der Hauptversammlung am 27. Juni 1985 beschlossen wurde, auf 456 058 Stück Inhaberkonten mit einem Nennwert von DM 50,- eine Dividende von je DM 7,- auf die neuen 136 000 Stück Inhaberkonten im Nennwert von DM 50,- eine Dividende von je DM 1,75 und auf die 300 Stück auf den Namen lautende Vorzugsaktien mit einem Nennwert von DM 50,- die zinsungemäße Dividende von je DM 3,- auszusprechen. Die Auszahlung erfolgt gegen Dividendenschein Nr. 1 ab 28. Juni 1985 unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer bei folgenden Zahlstellen:

Philips
Bilanz zum 31. Dezember 1984 (Kurzfassung)
AKTIVA
Anlagevermögen 127.953
Sachanlagen 218.031
Finanzanlagen 1.479.194
Umlaufvermögen 291.081
Vorräte 325.464
Forderungen 6.718
Flüssige Mittel 969.245
PASSIVA
Grundkapital 150.000
Rücklagen und Sonderposten 203.233
Rückstellungen 226.508
Andere Rückstellungen 160.834
Verbindlichkeiten Langfristige Verbindlichkeiten 486
Andere Verbindlichkeiten 163.143
Bilanzgewinn 45.041
Gesamt 969.245
Gewinn- und Verlustrechnung 1984 (Kurzfassung)
ERTRÄGE
Gesamtergebnis 1.409.091
Andere Erträge 70.103
1.479.194
AUFWENDUNGEN
Materialeinsatz 514.846
Personalaufwand 440.993
Abschreibungen und Wertberichtigungen 39.066
Steuern (einschl. Vermögensabgabe) 84.523
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil 323.752
Andere Aufwendungen 1.405.513
Jahresüberschuss 73.681
Gewinnvortrag 110
Einstellung in Rücklagen 28.750
Bilanzgewinn 45.041
Der vollständige Jahresabschluss und der Teilkonzernabschluss sind dem Bundesanzeiger zur Veröffentlichung eingereicht. Diese Abschlüsse tragen den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers.
Philips Kommunikations Industrie AG Nürnberg, den 12. April 1985

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden
Chefredakteur: Wilfried Herz-Diehlmann, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteur: Peter Gilber, Manfred Schell, Dr. Günter Zehn
Beirat der Chefredaktion: Heinz Hatzel, Hamburg-Ausgabe: Dietrich Goss, Klaus Bruns (stellv.)
Chefredakteur (Inland): Joachim Heider
Chefredakteur (Ausland): Thomas L. Kollig
Chefredakteur (Hauptstadt): Walter H. Raab
Auslandskorrespondenten: Berlin: Hans-Rüdiger Karius, Friedemann Diehl, Klaus Grottel, Peter Weiser, Düsseldorf: Dr. Willy Herwig, Joachim Gehlbach, Klaus Grottel, Peter Weiser, Frankfurt: Jürgen Fuchs, Josef Schmitt, Günther Schmitt, Jürgen L. Müller, Maria Weidenbach (stellv.), Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Hübner, (stellv.) München: Hans von Loewenstein, Rüdiger Badger, Günther, Dr. Carl Gustaf Althaus, Zeitungsredaktion: Dr. Leo Fischer (stellv.), Industrie- und Handels-Redaktion: Gold und Kredit, Claus Dittgen, Pauline, Dr. Peter Dürr, Beiratsmitglied (stellv.): Gerd W. W. WELT des Bienen, Alfred Brunsman, Peter Böhm (stellv.), Ferencsik, Dr. Hans-Joachim Witsch, Hans-Joachim Witsch, Dr. Dieter Thierbach, Sport: Frank Gieseler, Aus aller Welt: Kai Tzsch, René WELT und Auto-WELT, Heinz Hartmann, Burgi Creylen, Schumann (stellv.) für Rote-WELT, WELT-Report: Heinz Kluge-Labbe, WELT-Report: Inland: Dr. Peter Dürr, WELT-Report: Ausland: Hans-Herbert Holzmayer, Leserservice: Henk Quacquer, Personal: Inge Urbach, Dokumentations: Beiratsmitglied: Graf Werner Schmidt
Weitere leitende Redaktoren: Dr. Hans-Geske, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlbach
Fotoredaktion: Bettina Bathy
Schulredaktion: Ansa Breyer
Büro: Hamburger Allee 10, im Telebauhaus 101, Tel. 0 20 341 10 11, Anzeigen: Tel. 0 20 341 10 24, Telex: 4 570 106, Fernkopier: Tel. 0 20 341 8 27 29 und 8 27 29
3000 Hamburg 36, Klaus-Wilhelm-Str. 1, Tel. 0 40 24 71, Telex Redaktionen und Vertrieb: 2170 010, Anzeigen: Tel. 0 40 24 71 43 00, Telex: 2 11 001 777
1300 Essen 18, im Telebauhaus 101, Tel. 0 20 341 10 11, Anzeigen: Tel. 0 20 341 10 24, Telex: 4 570 106, Fernkopier: Tel. 0 20 341 8 27 29 und 8 27 29

Philips
Bilanz zum 31. Dezember 1984 (Kurzfassung)
AKTIVA
Anlagevermögen 127.953
Sachanlagen 218.031
Finanzanlagen 1.479.194
Umlaufvermögen 291.081
Vorräte 325.464
Forderungen 6.718
Flüssige Mittel 969.245
PASSIVA
Grundkapital 150.000
Rücklagen und Sonderposten 203.233
Rückstellungen 226.508
Andere Rückstellungen 160.834
Verbindlichkeiten Langfristige Verbindlichkeiten 486
Andere Verbindlichkeiten 163.143
Bilanzgewinn 45.041
Gesamt 969.245
Gewinn- und Verlustrechnung 1984 (Kurzfassung)
ERTRÄGE
Gesamtergebnis 1.409.091
Andere Erträge 70.103
1.479.194
AUFWENDUNGEN
Materialeinsatz 514.846
Personalaufwand 440.993
Abschreibungen und Wertberichtigungen 39.066
Steuern (einschl. Vermögensabgabe) 84.523
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil 323.752
Andere Aufwendungen 1.405.513
Jahresüberschuss 73.681
Gewinnvortrag 110
Einstellung in Rücklagen 28.750
Bilanzgewinn 45.041
Der vollständige Jahresabschluss und der Teilkonzernabschluss sind dem Bundesanzeiger zur Veröffentlichung eingereicht. Diese Abschlüsse tragen den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers.
Philips Kommunikations Industrie AG Nürnberg, den 12. April 1985
Wertpapier-Kenn-Nr. 576700
Die Hauptversammlung vom 28. Juni 1985 hat für das Geschäftsjahr 1984 beschlossen, daß Bilanzgewinn von DM 45.040.535,- wie folgt zu verwenden:
a) Dividende von DM 9,- je Aktie im Nennwert von DM 50,- = DM 27.000.000,-
b) Bonus von DM 6,- je Aktie im Nennwert von DM 50,- = DM 18.000.000,-
Vortrag des verbleibenden Restes auf neue Rechnung DM 40.535,-
Die Auszahlung der Gewinnanteile erfolgt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 4 ab 29. Juni 1985.
Zahlstellen sind die Niederlassungen der folgenden Banken in München, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln und Nürnberg: Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft.
Nürnberg, im Juni 1985
Der Vorstand
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft Jof. Berenberg, Gossler & Co. Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft Berliner Handel- und Frankfurter Bank Aktiengesellschaft Dresdner Bank Aktiengesellschaft Sal. Oppenheim jr. & Cie M. M. Warburg-Birnbaum, Wirtz & Co.
Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 = 56,25% der Dividende einschließlich Bonus verbunden. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer des Aktionärs angerechnet.
Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt bei solchen Aktionären, die ihrer Depotbank eine „Nicht-Veranlagungsbescheinigung“ des für sie zuständigen Finanzamts eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben durch die auszahlende Bank vergütet.
Nürnberg, im Juni 1985
Der Vorstand
Philips Kommunikations Industrie AG
Data Systems TE KA DE F&G Nachrichtenkabel und -anlagen
Formelnetze -anlagen
Die WELT gehört zu den im In- und Ausland am meisten zitierten deutschen Zeitungen. Sie gilt als eine wichtige Stimme Deutschlands in Deutschland und in der Welt.

Was hält Sie flüssig und Ihr Geld stabil?

Wenn Sie Geld als ein Mittel verstehen, sich ein Stückchen mehr persönliche Freiheit zu verschaffen, dann suchen Sie bestimmt auch eine Anlageform, die Ihnen viel Spielraum läßt.

Eine besonders sichere und zur Zeit besonders günstige Möglichkeit ist eine Investition in Gold!

Am besten in Krügerrand. Den können Sie auf jeder Bank ohne große Formalitäten kaufen und genauso schnell und problemlos wieder zu Geld machen. Seine sinnvolle Stückelung in 1/10, 1/4, 1/2 und 1 Feinunze erlaubt Ihnen eine Anlage nach Maß - egal, ob Sie einige hundert oder einige tausend Mark vergolden möchten.

Und weil er Bestandteil des internationalen Goldhandels ist, wird er auch jederzeit akzeptiert. So garantiert Ihnen der Krügerrand außer der langfristigen unübertroffenen Sicherheit des Goldes auch kurzfristige Beweglichkeit. Krügerrand-Goldmünzen erhalten Sie mit einem äußerst geringen Handelsaufschlag bei allen Banken und Sparkassen, die Sie auch über die Möglichkeiten einer individuellen auf Ihre Bedürfnisse abgestimmten Geldanlage beraten. Weitere Informationen sendet Ihnen gerne die International Gold Corporation, Coin Division, Tal 48, 8000 München 2.



International Gold Corporation, Coin Division, Tal 48, 8000 München 2.

BMA / Stützungsmaßnahmen im Beteiligungsbereich

Trendwende zum Positiven

D. SCHMIDT, Braunschweig. Früher als ursprünglich erwartet hat sich bei der Braunschweiger Maschinenbauanstalt AG (BMA) die angestrebte Trendwende eingestellt.

daß der „größere Teil“ der Position „Verluste aus Wertminderungen“ (10,48 Mill. DM) davon betroffen ist.

Im Geschäftsjahr 1984 erhöhte sich der Umsatz der BMA um 22 Prozent auf 99,6 (81,5) Mill. DM.

BMA-Vorstandschef Rolf W. Könecke will zum Umfang der Stützungsmaßnahmen zwar keine näheren Angaben machen, räumt aber ein, Anträge

KKB-Sparbriefe jetzt auf 7,25 %.

Wir reservieren für Sie: KKB-Sparbriefe mit 4jähriger Laufzeit. Ab 100,- DM aufwärts.

0130/4911. Für nur 23 Pfennig. Aus ganz Deutschland.

KKB Bank

Die Bank für den privaten Kunden.

DILLINGER HÜTTE / Vorsicht mit Prognose

Neue Blüte im Stahlgeschäft

J. GEHLHOFF, Düsseldorf. Ihren im Vorjahr getriebenen Ruf als Perle nicht nur der saarländischen Stahlindustrie bekräftigt die AG der Dillinger Hüttenwerke, Dillingen, im 1984er Abschluß gleich zweimal, erstmals wurde der Vorjahresverlust von 35,2 Mill. DM in 25 Mill. DM Jahresüberschuß verwandelt, der freilich fast komplett der Verlustvortrag-Tilgung diente und noch nichts für die Rückkehr zur Dividende (zuletzt mit dem Supersatz von 25,4 Prozent für 1980 gezahlt) brachte.

Erzeugung ihres obendrein einigermaßen gut im Markt liegenden Hauptprodukts Grobblech mit weitem Einsatzbereich von Röhrenproduktion bis zu Schiff- und Apparatebehältern.

Das brachte, auch noch von Preis-erhöhung befreit, einen Umsatzanstieg auf 2,33 (1,79) Mrd. DM.

HANNOVER ZUCKER / Fusionsbemühungen fortgesetzt

Schlechtestes Betriebsergebnis

DOMINIK SCHMIDT, Hannover. Die Hannoversche Zucker AG, Rethen, wird trotz des Einspruchs des Bundeskartellamtes die Bemühungen um eine Fusion mit der Leichter Zucker AG fortsetzen.

versuchen Zucker AG die Brüsseler Beschlüsse zum Abbau des Währungsungleichs, die zu einer Senkung der Zuckereinnahmen um 1.1.1985 führten, hinterlassen: Der Vorstand spricht von dem „schlechtesten Betriebsergebnis seit langem Jahren“.

Die Anbaufläche erhöhte sich um 2,8 Prozent auf 14 523 (14 124) Hektar. Verarbeitet wurden 6,9 (5,2) Mill. Dezentonnen (dt) Zuckerrüben.

NAMEN

Dr. Hans Fahning, geschäftsführender Direktor der Hamburgischen Landesbank, wird heute 60 Jahre alt. Hans Lothar von Salmtal (65), seit über zehn Jahren im Vorstand der Ruhrgas AG, Essen, geht Ende Juni in den Ruhestand.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Beckmann: Fa. Dornhage GmbH, Waderloh; Berlin: Nachl. d. Franz Schuber, Landwehr; Berlin-Mittefeld: Dehmold; Eckhoff GmbH, Bad Salzuflen; Metaxa: REVITUM Mietkonzern Grundstücksverwaltungs-Ges. mbH LL, Niederrhein-Emsenham; Krefeld: Technische Durchführungsges. o. Planungsges. mbH (TE-DU-Plan GmbH); Landau: Cassius-Moden GmbH; Eichelschloß: Behindertentherapie Haus Irongard GmbH, Hainburg; Moers: Nachl. d. Heinrich Gerhard Scholten; Mülldorf a. Im: Horst Schönbeck, Schönberg; Osnabrück: Promotion Service H + P Richter GmbH; Tübingen: Compact-Haus Bauges. mbH, Tübingen-Bühl; Wiesbaden: Elektro-Tele-Service-Center Ernst Cassel GmbH, Wiesbaden-Nordstadt; VAD Video- u. Audio-Dienst Wiesbaden GmbH, Wiesbaden-Nordstadt; Wirsberg: Helmut Tönjes, Thüngen.

NORDMENDE / Gemeinsam mit Facheinzelhändlern Mittelstandskreis gegründet

„Bescheiden erfolgreiches Jahr“

W. WESSENDORF, Bremen. Die Nordmende GmbH, Bremen, hat bis Mai 1985 ein Umsatzplus von 2 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr erzielt.

Das Geschäftsjahr 1984 ist laut Kunkel „ein bescheiden erfolgreiches Jahr“ gewesen. Die Umsatzsteigerung betrug 2 Prozent, das Betriebsergebnis im Inland wurde um einige Millionen Mark verbessert.

ber für mittelständische Unternehmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Großvertriebsformen geschaffen habe.

Die Bremer Hersteller erwarten 1985 einen Inlandsabsatz von 2,2 Mill. Colorgeräten für die deutsche Industrie der Unterhaltungselektronik.

Im Mai wurde die „Nordmende-Spectra-Mittelstandskreis-Gesellschaft bürgerlichen Rechts“, kurz GBR genannt, gegründet.

Zu den Mittelstandsempfehlungen zählen auch die Preisempfehlungen. Die regional organisierten GBR-Gesellschafter werden unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen künftig feste Endverbraucherpreise für ihre empfohlenen Aktionen festlegen.

Allianz von Nestlé und Unilever

J. Sch. Paris. Auf dem französischen Markt für frische Molkereiprodukte (Frischkäse, Joghurt und so weiter) ändern sich die Wettbewerbsverhältnisse: Die Nestlé-Tochter Chamboury und die zur Unilever-Gruppe gehörende La Roche aux Fées sollen einer gemeinsamen Gesellschaft mit der Firma Unifrais unter Leitung von Nestlé übertragen werden.

Verbund-Erfolg für Continentale

J. G. Düsseldorf. Den Neuzugang habe man auch im ersten Halbjahr 1985 auf dem hohen Vorjahresniveau gehalten, die „Verbund-Idee“ zähle sich also aus. Die Continentale Versicherungs-Gruppe, Dortmund, durch die Angliederung von „Europa-Versicherungen“ und Deurg/Rechtsschutz über ihr angestammtes Krankheitskosten-Versicherungsgeschäft hinaus weit in die Lebens- und Sach-Versicherung hineingedrungen, zeigt sich mit solchem Kommentar zum aktuellen Geschäft stark in der Expansion.

Matra sucht neuen Partner

J. Sch. Paris. Der französische Technologiekonzern Matra will seine Kooperation im Autobereich mit dem staatlichen Renault-Konzern lösen. Es geht dabei insbesondere um den von Matra gebauten und von Renault vertriebenen Freizeitsportwagen „Espace“.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Beteiligung neu geordnet

Baden-Baden (dps/VWD) - Die Beteiligungsverhältnisse zwischen der Korf KG, Baden-Baden, und der Badische Stahlwerke AG (BSW), Kehl, die Anfang 1983 aus der zusammengebrochenen Korf-Gruppe ausgegliedert worden war, sind jetzt neu geordnet.

Kooperation mit China

Stuttgart (nl) - Die Zählerfabrik J. Hengstler KG, Aidingen, hat mit dem chinesischen Zähler-Hersteller Qingdao eine Kooperation vereinbart.

Messe Frankfurt gut ausgelastet

INGE ADHAM, Frankfurt. Schneller als erwartet hat die Messe Frankfurt, die in den letzten Jahren erhebliche Ausbaumaßnahmen durchgezogen, die vor der Erweiterung vorhandene Auslastung wieder erreicht.

Wieder im Tritt

Bad Salzuflen (ndt) - Nach endgültiger Trennung vom unrentablen gewordenen Industriezweig zeichnet sich bei der Hoffmann's Stärkefabrik AG, Bad Salzuflen (Umsatz 1984: 73,03 Mill. DM), wieder eine positive Entwicklung ab.

Mitarbeiter-Genußscheine

Lübeck (VWD) - Die Drägerwerk AG, Lübeck, will ihren Mitarbeitern 1985 erneut Genußscheine zu Vorzugsbedingungen anbieten.

Wochenschlußkurse

Table with columns for New York, Toronto, and Tokio, listing various companies and their stock prices.

Leichtathleten laufen hinterher, und bei den Schwimmern macht ein Albatros auch noch keinen Sommer

● Die Niederlagen bei Männer und Frauen im Länderkampf der deutschen Leichtathleten gegen das (ersatzgeschwächte) Team der USA waren erwartet worden. Doch das Debakel von Bremen läßt Rätsel zurückschlagen. „So machen wir unser Image kaputt“, sagt der gerade gewählte Verbandspräsident Eberhard Munzer.

● Selbstverständlich, nach Olympia gibt es immer einen Umbruch. Aber wo bleiben die neuen Talente? Bundestrainerin Hannelore Keydel: „Wenn wir alles schleifen lassen würden, wäre unsere Misere zu erklären. Aber das Frustrierende ist, wir strengen uns riesig an, und es kommt nichts dabei heraus.“

● Noch niemals zuvor wurde die Dominanz von Olympiasieger Michael Groß (21) so deutlich wie bei den deutschen Schwimm-Meisterschaften in Remscheid. Ein Zuschauer flüsterte auf der Tribüne: „Der wird mir langsam unheimlich.“ Michaels Mutter Ursula, die das hörte, sagte darauf: „Da kann ich nicht widersprechen.“

● Fünf Wochen vor den Europameisterschaften in Sofia kann es für den deutschen Verband nur noch besser werden. Der einzige Trost: Auch das Niveau der Titelkämpfe der beiden führenden europäischen Verbände „DDR“ und UdSSR war in der nacholympischen Saison wesentlich schwächer als in früheren Jahren.

Rätsel Groß und Muskeln vom Typ 2 B

Es war alles wie gehabt: Michael Groß trat zu wichtigen Wettkämpfen an - und schwamm Rekorte. Zwei Weltrekorde bei den 97. deutschen Schwimmmeisterschaften in Remscheid. Erwartungsgemäß. Weltrekord Nummer acht über 400 m Freistil (8:47,80), Rekord Nummer neun über 200 m Schmetterling (1:57,01). Nur er selbst behauptete, davon überrascht worden zu sein. Doch auch das wird mittlerweile von ihm erwartet. Nichts Neues also von dem Mann, der „Albatros“ genannt wird.



Geschafft! Trotz und Triumph mischen sich bei Michael Groß nach seinem Weltrekord Nummer neun.



Zum Gähnen langweilig? Die offensichtlich müde Diane Dixon (rechts) gewann wenigstens noch über 400 Meter. Und Brigitte Kraus, 29 Jahre alt, aber eine der Frischesten, über 1500 Meter.

Wort zur Blamage: „Ich kann nicht mehr, denn mehr kann ich nicht“

KLAUS BLUME, Bremen
Kann man dem Fernseh-Zuschauer so etwas noch gutes Gewissens zumuten? Oder müssen angesichts der Unfähigkeit deutscher Leichtathleten künftig Live-Übertragungen von Länderkämpfen vorerst abgesetzt werden? Überlegungen, die nach den kläglichen Vorstellungen beim Vergleich zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland in Bremen nun in den ARD-Sportredaktionen angestellt werden und die etwas über den aktuellen Stellenwert dieser olympischen Kernsportart aussagen. Jedenfalls aus deutscher Sicht.

Nur drei Siege gab es am ersten Tag für das deutsche Team, und das waren allesamt Erfolge der Erfahrenen und Sieggewohnten: Harald Schmid gewann über 400 m Hürden (48,96 Sekunden), Brigitte Kraus über 1500 m, und Alwin Wagner (32,90 m) sowie Olympiasieger Rolf Danneberg (62,16 m) gelang ein Doppelsieg im Diskuswerfen.

Doch ansonsten? Der zweimalige deutsche 1500-m-Meister Uwe Becker aus Wolfsburg, in einem verbummelten Spurtrennen lediglich dritter hinter den beiden Amerikanern Assuma und Harbour, brachte es auf die Formel: „Ich kann nicht mehr, denn mehr kann ich nicht.“

Beckers Aussage wirft mehr als ein Schlaglicht auf die deutsche Leichtathletik-Szene ein Jahr nach den Olympischen Spielen in Los Angeles. Zum kläglichen, wenig athletischen Erscheinungsbild gesellte sich oben drein taktisches Übermögen. Der Doppelsieger der Amerikaner über 1500 m ist dafür ebenso Beweis wie die Niederlage der beiden Langstreckenläufer Herie und Orthmann über 5000 m. Herie, der Olympia-Fünfte von Los Angeles über 10 000 m und schnellste Marathonläufer, verschleppte bis 850 m vor dem Ziel das Tempo, weil er sich für einen

schleunigen 10 000-m-Lauf am Mittwoch in Oslo schonte, um dann von den international unbekannteren Amerikanern Brantley und Sapiezna abgehängt zu werden. Orthmann, dem in den letzten acht Jahren bewußt geworden sein sollte, daß ihm die Schnelligkeit für den Endspurt abgeht, hätte Herie zwar zuvor unterstutzen können - doch er trabte lieber lustlos an letzter Stelle hinterher.

Zwei Stunden lang hatten 10 000 Zuschauer die Veranstaltung mit betretenem Schweigen und allenfalls höflichem Applaus verfolgt - doch nach dieser Vorstellung hallte das Bremer Wessertal von einem gelenden Pfeifton zurück.

Nun schiebe man nichts auf kühle Wetter und die mitunter drehenden Wind. Der 100-m-Läufer Mike Morris, Achter der aktuellen Welttrangliste (10,12 Sekunden), wirbelte die kurze Sprintstrecke in 10,16 Sekunden herunter. Was das wirklich wert ist, erklärte sein Landsmann Tony Rambo, ein 400-m-Hürdenläufer der internationalen Extraklasse: „Training und Wettkämpfe haben wir bei uns zu Hause bei Temperaturen zwischen 32 und 34 Grad Wärme absolviert. Wir kommen uns hier vor wie im Winter.“

Wer will da noch nach Ausreden suchen, auf das nacholympische Zwischenstadium verweisen, wenn andere Athleten zur selben Zeit am selben Ort dies ad absurdum führen? Die Ursachen liegen tiefer: Da sagt zum Beispiel Lothar Pöhltz, der Bundestrainer der Mittelstrecklerinnen: „Ich habe ab Montag zu einem dreiwöchigen Lehrgang nach St. Moritz eingeladen, alles kostenlos und noch dazu im Engadin. Siebzehnfache Prozent der Engländer haben abgelehnt, aus allen möglichen Gründen: Beruf, Studium, Prüfungen, Privates.“ Frauen-Sprint-Trainer Wolfgang Thieler: „Um 100 m in 11,70 Sekunden zu schaffen, braucht man eigentlich nicht mehr

sechsmal in der Woche zu trainieren. Da genügt zweimal.“

Und dann gibt es noch die Ungeheimheiten und Reibereien zwischen Verband, Athlet und Trainer - und deren fatale Auswirkungen. Als Hochsprung-Olympiasieger Dieter Möggenburg wegen einer Nierenleberentzündung absagte, wurde kurzfristig der Frankfurter Gerd Naugetz berufen. Weil zuvor aber kein Wort über dessen mögliche Nominierung verloren wurde, hatte er auf die Schnelle einen Wettkampf zum Wochenanfang in Toronto abgeschlossen. Um deshalb Zeit zu sparen, hat er den Verband, die Reise nach Bremen doch per Flugzeug von Frankfurt aus antreten zu dürfen. Das wurde ihm verweigert, er mußte mit dem Auto fahren, während Thierhardt von Düsseldorf aus mit dem Flugzeug anreiste. Der verärgerte Nagel richte sich auf seine Weise: Eigentlich wollte er schon bei 2,20 m das Handtuch freiwillig werfen, doch dann überquerte er doch noch als zweiter 2,24 m. Beim Einspringen gab es allerdings gut und gerne sechs Zentimeter höher.

Oder da schickte Kugelstoß-Olympiasiegerin Claudia Losch dem Verband einen Brief, der am Samstag vormittag, kurz vor Länderkampf-Beginn, eintraf. Sie müsse wegen einer Verletzung absagen. Am Freitagabend hatte sie in Hamm 63,12 m erzielt, was die drittbeste deutsche Leistung aller Zeiten bedeutet. Eines der Vizepräsidenten des Bundes-Sportwart Otto Klappert: „Eine Athletin, die 63 m werfen kann, ist nicht verletzt.“ Was dahinter steckt? Der Versuch des Losch-Trainees Gehrmann, seine ehemalige Athletin, die jetzige Diskus-Bundestrainerin Eva Wilms, nach dem Motto in Mikrokredit zu bringen: Die Dame versteht nichts von der Materie, sie stellt zum falschen Zeitpunkt die falschen Werferinnen auf.

Erheblicher Rückschlag

Das sind die Chancen der Schwimmer aus der Bundesrepublik, wenn sie in Sofia ins Wasser springen. Michael Groß wird nicht zu besiegen sein, die von ihm getragenen Staffeln und die Krauler über 200 Meter haben Medaillen-Chancen. Das gilt auch für Stefan Pfeiffer und Rainer Henkel über 400 und 1500 Meter Kraul. Selbst wenn er sich doch noch entschließt, in Sofia an den Start zu gehen - für Frank Hoffmeister gilt das im Feld mit den Athleten aus der „DDR“ und der UdSSR nicht. Besonders ernüchternd wird das Abscheiden der Frauen sein (ohne „DDR“ und UdSSR in Los Angeles noch mit einer Silber- und vier Bronzemedallien gefeiert). Im Brustschwimmen rutschte das Niveau gar auf die Stufe von Entwicklungsländern des Sports ab. Internationalen Maßstäben wurden nur die Legen-Schwimmerin Petra Zindler und Rückenschwimmerin Svenja Schlicht gerecht. Aber: Selbst Bundestrainer Niels Bouws spricht im Augenblick nicht von Medaillen. Ein erheblicher Rückschlag im nacholympischen Jahr...

Funktionärs-Streit, Enttäuschung um die Frauen, Stagnation der Talente

sid/dpa, Remscheid
Zwei Weltrekorde (400 m Freistil und 200 m Schmetterling) durch Michael Groß, zwei deutsche Rekorde (100 m und 200 m Rücken) durch Frank Hoffmeister, Weltjahresbestzeit (50 m Freistil) und DSV-Rekord durch den mit ihm nicht verwandten Bernd Hoffmeister, Enttäuschungen durch die Frauen, stagnierende Leistungen des Nachwuchses und grundsätzliche Probleme im Präsidium des Deutschen Schwimmverbandes. Das Fazit der Schwimmwoche in Remscheid, der 97. deutschen Meisterschaft: Frust und Freude.

Die Platzprobleme im Gartenhallenbad Remscheid und die damit verbundene Aufregung wurden beseitigt, die Auseinandersetzungen im Präsidium dagegen weiteten sich aus. Am Samstag nahm erstmals auch einer der Vizepräsidenten des Schwimmverbandes (DSV) Stellung zu den Vorwürfen des Präsidenten Hann Beyer: „Das, was der Präsident an die Öffentlichkeit gebracht hat, kann so nicht stehenbleiben“, forderte Beyer Stelvertreter Wilhelm Schmidt. Es klang wie eine Kriegserklärung an den Präsidenten, der im Vorfeld der Schwimmwoche die mangelnde Zusammenarbeit im DSV-Vorstand kritisiert hatte. Dabei hatte Beyer die Entscheidungen von Schwimmwart Kozel heftig angegriffen und mehr Macht für sich selbst gefordert. Andersfalls hat er seinen Rücktritt für die Jahreshauptversammlung im Frühjahr angekündigt.

Am Ende der Schwimmwoche war die Entscheidungsgewalt von Schwimmwart Jürgen Kozel wieder gefragt. Denn zu seinen Aufgaben gehört die Nominierung des Kadets für die Europameisterschaft in Sofia (4. bis 11. August). Wobei die nächsten Probleme entstanden: Im 28köpfigen Kadet (16 Männer, zehn Frauen) wurden auch Frank Hoffmeister (Bo-

chum-Wattenscheid) und Miroslav Rolko (Heidelberg) genannt, die beiden schnellsten über 100 m und 200 m Rücken. Beide werden jedoch wahrscheinlich auf einen Start in Sofia verzichten, weil sie um ihre Sicherheit bangen. Hoffmeister flüchtete vor 13 Monaten aus der „DDR“, Rolko vor drei Jahren aus der CSSR. Beide fürchten in Bulgarien den Zugriff ihrer Heimatländer und werden vermutlich zu Hause bleiben. Dennoch die Medaillenchancen des DSV sowohl in den Rückenwettkämpfen als auch in der Legenstaffel auf ein theoretisches Minimum reduziert werden.

In den anderen Disziplinen sind die Aussichten erfreulicher, wenngleich mit einer Medaillenchance des erst 16jährigen Brustschwimmers Detlef Stückigt noch nicht zu rechnen ist. Das Talent aus Berlin soll zunächst Erfahrungen sammeln. Er gehört zu jenen Schwimmern, die den „DDR“-Cheftrainer Wolfgang Richter zu anerkennendem Lob veranlassen: „Bei den bundesdeutschen Herren gibt es sehr viele Talente.“

Doch bei den Frauen fehlt im Deutschen Schwimmverband jegliche Perspektive. Schwimmwart Kozel mußte sich deshalb für den relativ großen Frauen-Kader rechtfertigen: „Wir wollen alle Staffeln besetzen. Deswegen müßten wir trotz der schwachen Leistungen zehn Mädchen nominieren.“ Angesichts der jüngsten Leistungen ist in Sofia von ihnen keine Medaille zu erwarten. Allein die Legenschwimmerinnen Petra Zindler (Köln) und Birgit Schulz (Bonn) sowie die Hamburger Rückenschwimmerin Svenja Schlicht erreichten internationales Niveau. Im Brustschwimmen waren die Frauen so schwach wie seit Jahren nicht. Für die beiden neuen Titelgewinnerinnen kam der nationale Erfolg entweder zu spät oder noch zu früh: Die Siegerin

über 100 m, Karin Schwarz (Aachen), war mit 25 Jahren die älteste Teilnehmerin und ist über ihren Leistungshöhepunkt längst hinaus, während die neue 200-m-Meisterin, die erst 14jährige Silke Pritztkow (Köln), mit ihrer Zeit international noch keine Rolle spielt. Völlig unter Normalform präsentierten sich die ehemaligen Meisterinnen im Brustschwimmen, Angelika Knipping und Ute Hasse, sowie die Kölner Freistilschwimmerin Ina Beyer. Sie trat nach erneutem Streit mit Trainer Gerhard Heltz zum Staffeltwettbewerb gar nicht mehr an, hat außerdem seit Wochen Meinungsverschiedenheiten mit Schwimmwart Jürgen Kozel und leidet seit einjährig Jahren an einer Schulterverletzung. Möglicherweise macht sie jetzt endgültig Schluß: „Ich weiß nicht, ob ich noch ein paar Jahre weitermachen will. Vielleicht trainiere ich bei einem Klub in Leverkusen nur noch aus.“

Zum EM-Aufgebot zählt auch der Hamburger Langstreckenspezialist Stefan Pfeiffer, der seinen schon sicher geliebten Titel über 1500 m Freistil und die geforderte EM-Richtzeit wegen eines Mißgeschicks verpaßte: Er wußte sich schon nach 1400 m am Ziel und wollte bereits das Wasser verlassen, bevor er seinen Irrtum bemerkte. Dann reichte es nur noch zum zweiten Platz hinter Rainer Henkel.

Das Aufgebot: Reiner Henkel, René Schaffgans (Köln), Stefan Pfeiffer, Alexander Schowka, Peter Bernel (Hamburg), Rolf Beas, Bert Göbel, Stephan Gläsen (Dormagen), Miroslav Rolko (Heidelberg), Dirk Kortbals, Frank Hoffmeister (Bochum), Detlef Stückigt (Berlin), Michael Groß, Thomas Fahrner (Offenbach), Ralf Diegel (Bonn), André Schacht (Darmstadt). - Frauen: Karin Seick (Wiesbaden), Iris Zecherpe (Berlin), Susanne Schuster (Bietigheim), Christiane Fielke, Susanne Eckert (Hannover), Petra Zindler, Julia Lebek (Köln), Svenja Schlicht (Hamburg), Wenke Hansen (Heidelberg) und Birgit Schulz (Bonn).

Brigitte Kraus - noch aus der alten Garde übriggeblieben

KLAUS BLUME, Bremen
„In erster Linie laufe ich für mich und nicht für die Mannschaft. Ich versuche, auch in Länderkämpfen meine Leistung zu zeigen - so gut es eben geht. Aber auch ich habe schon Länderkämpfe abgesagt. Doch wenn es irgendwie geht, bin ich dabei.“ Eine Aussage von Brigitte Kraus, der Kölner Vize-Weltmeisterin über 3000 m, die beim Länderkampf in Bremen für ihren 52. Einsatz im deutschen Nationaltrikot geehrt wurde. Bislang hielt sie diese Rekordmarke (51 Mal) gemeinsam mit der früheren Diskus-Weltrekordlerin Liesl Westermann. Nun wurde sie von Brigitte Kraus übertroffen.

28 Jahre alt ist die Kölnerin jetzt, 54 Mal gewann sie deutsche Meistertitel, und in Bremen setzte sie sich in einem 1500-m-Spurtrennen gegen die beiden Amerikanerinnen Leann Warren und Darlene Backford durch. Darlene Backford, das ist jene Läuferin, die vor einer Woche überraschend die südafrikanische Weltrekordlerin Zola Budd geschlagen hatte, um festzustellen, daß ihre Nichtnominierung für Los Angeles eine Ungerechtigkeitzur war.

„Darlene Backford? Die ist bei uns mitgelaufen und die hat sogar schon Zola Budd geschlagen?“ fragt Brigitte Kraus erstaunt. Und dann lächelt sie amüsiert. Warum hätte sie sich zuvor darüber den Kopf zerbrochen sollen? Sie ist seit gut zehn Jahren im internationalen Geschäft. Da weiß

man auch, wie man notfalls in einem Rennen zu improvisieren hat, in dem selbst für sie noch unbekanntere Situationen auftreten. Hier hat sie es getan, obwohl auch sie derzeit keine große Motivation treibt. „1985 ist für mich ein relativ unwichtiges Jahr. Selbst eine Niederlage hätte mir hier nicht allzuviel ausgemacht.“ Aber sie hat eben doch gewonnen.

Brigitte Kraus sei eine übriggebliebene aus der alten Garde, sagt einer am späten Abend im dem Bremer Hotel, in dem die Athleten wohnten. Und dann fragte er sie, ob sie sich nun nicht wie eine einsame Leitfigur innerhalb des deutschen Teams vorkäme? „Ich, nein.“ Aber eine Vorbildfunktion habe sie doch? „Das ist wohl so.“ Ob sie deshalb mal mit ihren weniger erfolgreichen Mannschaftskameradinnen reden könne? „Nein.“

Die Dame ist nicht für Auseinandersetzungen, wenn sie einmal außerhalb des sportlichen Wettkampfes stattfinden sollen. Oder? „Wenn ich mal aufhöre, möchte ich ganz gern jungen Mädchen helfen, laufen zu lernen.“ Und wenn diese dann, vielleicht gerade 17 Jahre alt, auch über die Leistungssteigerung per Pille und Spritze diskutieren wollen? „Dann würde ich sagen: Mit mir nicht.“ Und dann, fast resignierend: „Das Zeug bekommen die ja trotzdem irgendwoher.“

28 Jahre alt, 52 Länderkämpfe: Brigitte Kraus - eine Realistin.

800 Meter: Doppelsieg

sid/dpa, Bremen
Mit zwei Doppelsiegen begann der zweite Tag in Bremen für die deutschen Leichtathleten vielversprechend. Im 800-m-Lauf der Männer brandete erstmals echte Länderkampf-Stimmung auf. Nach verbummelter erster Runde übertrante Matthias Afman (Stuttgart) das Feld in 1:50,21 Minuten, während der Tuttlinger Peter Braun in einem furiösen Endspurt in 1:50,81 Platz zwei erkämpfte. Erfolgreiche Ergebnisse auch im Hammerwerfen: Christoph Sahner (Wattenscheid) siegte mit 79,50 m vor dem Leverkusener Klaus Ploghaus (76,82 m) und dem Amerikaner Jud Logan (76,58 m). Gegenüber dem ersten Wettkampftag lag das Niveau gestern allgemein höher. Deutlich wurde das im Hürdensprint, den Olympiasieger Roger Kondom in 13,31 Sekunden gewann. Vor Clemens Clark (13,45) und dem Mannheimer Michael Radzky, der in 13,87 die erste DLV-Jahresbestleistung aufstellte.

Im Hürdensprint der Frauen vergab die Leverkusenerin Ulrike Denk erst an der letzten Hürde die Chance, Amerikas Olympiasiegerin Benita Fitzgerald-Brown zu bezwingen: „Ich kam durch den Wind leicht aus dem Rhythmus, und schon war Benita vorbei“, erklärte sie ihre Unsicherheit, die einen möglichen DLV-Rekord vereitelte. Trotz des Patzers verfehlte sie ihre Rekordzeit in 13,04 nur um sechs Hundertstel Sekunden.

Spencer: „Das Erfolgsgeheimnis bin ich selbst“

Freddie Spencer kam, sah, siegte - und stürzte. Beim Großen Preis der Niederlande in Assen feierte der Superstar der Motorrad-Weltmeister in der Klasse bis 250 ccm seinen fünften Sieg im siebten Rennen, mußte jedoch wenige Stunden später seine Hoffnungen auf einen Doppelsieg nach einem Sturz in der 500er Klasse bereits kurz nach dem Start begraben.

Doch deszenunachtet war Spencer der König von Assen. Vor den allgegenwärtigen Kameras der amerikanischen Fernseh-Anstalten gab er geduldig Interviews. Durch und durch ein Profi, vermittelte er gekonnt das Bild vom netten amerikanischen Jüngling, der vor drei Jahren das heimatische Shreveport verließ, um die Welt der Motorrad-Rennfahrer im Sturm zu erobern. Daß sich hinter der manchmal fast schüchtern wirkenden Fassade des 23jährigen ein enormes Selbstbewusstsein versteckt, manifestierte sich in einem einzigen Satz: „Mein Erfolgsgeheimnis bin ich selbst.“

Die Antwort auf die Frage nach den Ursachen seiner Überlegenheit („das fragt man mich jeden Tag zwanzigmal“) gab Spencer in Assen ohne Worte. Nach dem Abschlusstraining setzte er sich auf eine Honda-Tourenmaschine und spulte Runde um Runde auf dem 6,1 km langen Kurs ab. Ganz langsam fuhr er, um die Strecke mit all ihren Tücken ge-



Ein Schlick für den Zweiten: Spencer, Wimmer (l.).



FOTO: SIMON

Zweiter zu werden.“ Da geriet selbst die Leistung des viermaligen Weltmeisters Anton Mang aus Innung ins Hintertreffen: 29. im Training, nach fünf Runden in Führung, schließlich dritter hinter Spencer und Wimmer. Diesen Platz nimmt er auch in der WM-Wertung ein.

Und selbst wenn den Superstar Spencer das eigene Glück verläßt, eilt ihm das Pech der Konkurrenz zu Hilfe. Als er bei strömendem Regen bereits unmittelbar nach dem Start des 500er-Rennens auf die Grünfläche rutschte, machten es ihm die Mitfavoriten um Titelverteidiger Eddie Lawson (USA/Yamaha) wenig später nach. In der WM-Wertung die Spencer mit 81 Punkten anführt, änderte sich dadurch nichts. Vize-Weltmeister Randy Mamola (40 Punkte) aus den USA, der Sieger von Assen, liegt zu weit zurück, um die Spitzengruppe gefährden zu können.

Angesichts der Dominanz eines Freddie Spencer gerieten die übrigen drei Rennen fast zur Staffage. In der Klasse bis 80 ccm rutschte der Titelverteidiger aus der Schweiz kurz vor dem Ziel aus und mußte dem Österreicher Gerd Kafka den Sieg überlassen. Bei den Seitenwagen, die die Schweizer Bland-Walberg gewonnen, stürzten die Briten Webster/Hewitt in einen Wassergraben. Webster wurde mit gebrochenem Arm und Verdacht auf Rückenverletzungen ins Krankenhaus gebracht.

NACHRICHTEN

Zola Budd in Bestzeit Gateshead (sid) - Die in Südafrika geborene Britin Zola Budd stellte bei einem Drei-Länder-Kampf in Gateshead in 8:44,54 Minuten eine Weltjahresbestzeit über 3000 m auf. Stephanie Caristan sorgte bei den Männern in 13,81 Sekunden für eine europäische Jahresbestzeit über 110 m Hürden. Die französische Männermannschaft kam zu einem überraschenden 155,5-Punkte-Gesamtsieg über Gastgeber Großbritannien (148,5 Punkte). Platz drei belegte die CSSR (118 Punkte).

200-Meilen-Sieg für Bellof Nürnberg (sid) - Erst in der letzten Runde entschied der Gießener Formel-1-Fahrer Stefan Bellof auf einem Brun-Forsche 962 die 200 Meilen von Nürnberg auf dem Norisring für sich. Auf den Plätzen folgten der in Monaco lebende Jochen Mass (Jost-Forsche 854) und der dreimalige Le-Mans-Gewinner Klaus Ludwig (Kremer-Forsche 958). Der Graubauer Hans Stück kam in dem 82-Runden-Rennen um den Bilslein-Cup auf den vierten Rang und verteidigte damit die Führung in der Gesamtwertung zur Deutschen Sportwagen-Meisterschaft.

Präsident wiedergewählt Stuttgart (dpa) - Gerhard Mayer-Vorfelder, Minister für Kultur und Sport des Landes Baden-Württemberg, wurde mit seiner fünfköpfigen Führungsmannschaft als Präsident des VfB Stuttgart wiedergewählt. In der Bilanz des letzten Geschäftsjahres des Fußball-Bundesliga-Vereins schlägt bei den Passiva vor allem das 7,26 Millionen Mark teure Vereinsheim zu Buche. Auf der Aktiva-Seite stehen Sachwerte von über 7,7 Millionen Mark.

Langer vorgerrückt Monte Carlo (sid) - Der Anhauser Golf-Profi Bernhard Langer verbesserte sich am zweiten Tag der mit 150.000 Dollar dotierten offenen Meisterschaften von Monte Carlo um 20. auf den 15. Rang. Der Masters-Sieger liegt damit neun Schläge hinter dem führenden Engländer Robert Lee (129 Schläge) zurück.

Müller zum FC Udinese Rom (sid) - Der ehemalige Stuttgarter Hans Müller soll in der kommenden Saison beim FC Udinese, dem Elften der italienischen Fußball-Liga, spielen. Der ehemalige Nationalspieler war in der vergangenen Spielzeit für den AC Como aktiv, nachdem er von Inter Mailand ausgeliehen worden war.

Judo: Glahn Präsident Wolfsburg (sid) - Der Wolfsburger Klaus Glahn, 1972 Silbermedaillengewinner bei den Olympischen Spielen in München, ist neuer Präsident des Deutschen Judo-Bundes. Der bisherige Präsident Klaus-Jürgen Schulze (Langen) und Vize-Präsident Werner Bräsch (Hamburg) waren aus persönlichen Gründen zurückgetreten.

Röhrl fiel zurück Anskland (sid) - Bei der Rallye Neuseeland hat sich nach 20 von 40 Wertungsprüfungen an der Spitze ein Schlagabtausch zwischen den zweifachen Weltmeister Walter Röhrl/Christian Geistdörfer (Regensburg/München) und dem in der WM-Wertung führenden Peugeot-Werksmann Timo Salonen/Seppo Harjanne (Finland) entwickelt. Kurz vor dem zweiten Etappenziel Rotorua im siebten von zwölf Längen zur Fahrer-Weltmeisterschaft schoben sich die Finnen an dem bis dahin führenden deutschen Audi-Team vorbei und bauten ihren Vorsprung auf 29 Sekunden aus.

Titel für KSV Langen Langen (sid) - Der KSV Langen ist deutscher Mannschaftsmeister im Gewichtheben. Der Aufsteiger konnte auch den Rückkampf gegen Vorjahresmeister AC Mutterstadt gewinnen. Für einen deutschen Rekord sorgte Olympiasieger Karl-Heinz Radetschky mit 208 kg im Stoßen der 82,5-kg-Klasse.

Simmelbauer vor Japok Bad Langsba (dpa) - Sieger der ersten Weltmeisterschafts-Qualifikation im Kunstturnen wurde überraschend der 22jährige Medizinstudent Bernhard Simmelbauer (Mühlviertel) mit 55,60 Punkten vor Andreas Japok (Hannover/55,00) und dem Favoriten Kurt Stöber (Weiskirchen/54,90).

Schumacher verletzt Stuttgart (dpa) - Einen Ellenbogenbruch erlitt die Stuttgarter Straßenrennfahrerin Sandra Schumacher. Die 18jährige Bronzemedaillengewinnerin von Los Angeles stürzte bei einem Kriterium in Schorndorf und muß vermutlich mehrere Wochen pausieren.

Gericht wies Klage ab London (dpa) - Das oberste britische Gericht in London hat die Klage von vier britischen Fußballvereinen und des Verbandes der Fußballprofis abgewiesen. Das Gericht bestätigte das vom englischen Fußballverband nach der Brüsseler Tragödie verhängte Spielverbot. Begründung: „Im Interesse des Spiels und seiner Zukunft“ habe der Verband das Recht, die Teilnahme von Klubs an europäischen Wettbewerben zu verweigern.

WIMBLEDON / Claudia Kohde schon ausgeschieden, Boris Becker schwächer als bisher und ein stiller, unbemerkter Sieger

Maurer traurig: „Zu mir kam fast niemand“

CLAUS GEISSMAR, London „Totgesagte leben länger“, murmelte ein deutscher Rundfunkkorrespondent, als endlich der Sieg des Neussers Andreas Maurer gegen den als Nummer neun gesetzten Johan Kriek feststand. Maurer führte klar mit 6:1, 6:4 und 3:2, als die Sender der ARD eine Niederlage des Deutschen meldeten. Die Falschmeldung war in Wimbledon durch einen Ergebniscomputer ausgelöst worden. Weil der Computer ein Ergebnis in die falsche Zeile gerückt hatte, verbreiteten Nachrichtenagenturen die Fehlinformation. Es dauerte ziemlich lange, bis der 27 Jahre alte Deutsche seinen gleichaltrigen Gegner und den Computer geschlagen hatte. Denn zum Zeitpunkt der Falschmeldung fielen wieder Regentropfen. Die Pause dauerte zunächst nur 25 Minuten, und beide Spieler warteten am Schiedsrichterstuhl, bis der Wimbledon-Rasen seine Feuchtigkeit wieder verloren hatte. Andreas Maurer lief unruhig hin und her, denn er ahnte: Jetzt war sein Rhythmus gestört, jetzt drohte das Match umzukippen. Was die kleine deutsche Kolonie unter den 500 Zuschauern auf Platz sechs befürchtet hatte, trat tatsächlich ein. Andreas Maurer verlor die nächsten vier Spiele und den dritten Satz mit 3:6. Die nächste Regenpause folgte, als der Deutsche auch im vierten Satz mit 3:2 führte. Jetzt mußten die Spieler sogar in die Umkleidekabine zurück. Hätten sich die Wimbledon-Wettgötter gegen Andreas Maurer verschworen? Es war eine große psychische Belastung, das Match ein drittes Mal anzufangen. Aber Andreas Maurer schaffte es. Das 6:3 im vierten Satz garantierte dem Deutschen einen Sieg, der im Herren-Einzel von Wimbledon zu den bisher größten sportlichen Überraschungen gehört. Der Neusser stieg damit zum ersten Mal unter den letzten 16 Spielern von Wimbledon. Sein bitterer Lohn der (Regen-)Angst ist - höchstwahrscheinlich ein Spiel gegen John McEnroe (Dienstag). Doch, so Maurer halb im Scherz, „er muß sich ja erst noch für die vierte Runde qualifizieren“. Der Neusser kann sich dennoch trösten: Auch im Falle einer Niederlage gegen McEnroe im Achtelfinale ist ihm jetzt schon ein Preisgeld von 34.500 Mark sicher. Und noch wichtiger ist wahrscheinlich eine indirekte

sportliche Vorentscheidung: Der Deutsche Tennis-Bund wußte bisher nicht, wer neben Boris Becker am ersten Augustwochenende in Hamburg als Einzelspieler im Davis-Pokal gegen die USA antreten soll. Maurer hat in Wimbledon Schwäche gezeigt und mit Johan Kriek nun die Nummer 14 der Welttrangliste beizugehen. Der DTB wird es schwer haben, Andreas Maurer bei der Davis-Pokal-Auswahl zu übergeben.

Maurer, der still, fast unbemerkt gewinnt: „Jetzt kann ich es ja sagen, traurig stimmte mich schon, daß sich das öffentliche Interesse in Deutschland fast ausschließlich auf Becker konzentriert. Zu meinen Spielen kam fast niemand, auch kein deutscher Journalist.“

Boris Becker erlebte gleichzeitig auf Platz eins vor 6000 Zuschauern, daß gerade in Wimbledon die Bäume nicht in den Tennis-Himmel wachsen. Sein Match gegen den als Nummer sieben gesetzten Schweden Joakim Nyström begann erst um eine Minute vor 19.00 Uhr. Vom ersten, etwas nervösen Spiel abgesehen, gab Nyström in seinem folgenden Aufschlagspiel des ersten Satzes nur zwei Punkte ab. Becker hatte es wesentlich schwerer, seinen Aufschlag zu halten, und verlor den ersten Satz mit 3:6. Erst im zweiten Satz brachte auch Becker alle Aufschlagspiele durch, so daß der Satz im Tiebreak entschieden werden mußte. Beim 3:3 in diesem Tiebreak machte der Schwede seinem einzigen schweren Fehler. Mit einem Doppelfehler gab er die Führung an Becker ab, der den Satz dann mit 7:6 gewinnen konnte. Danach mußte Oberschiedsrichter Alan Mills die Partie nach 86 Minuten in der Abenddämmerung abbrechen.

Für Trainer Günter Bosch („Nyström hat sehr sicher gespielt, Boris nicht so gut, wie er eigentlich kann“) entstand damit die Gelegenheit, Becker noch einmal auf eine Fortsetzung dieses Kampfes vorzubereiten. Nach der Sonntagspause kann das Match erst heute nachmittags beendet werden. Bosch ist sich darüber im klaren, daß Nyström in der ersten Hälfte dieses Kampfes um Nuancen stärker war. Er setzte den Ball immer wieder in so geschickte Winkel, daß sich Boris Becker nach Hechtsprüngen auf dem Rasen tollte.



Tränen nach der Niederlage: Claudia Kohde. FOTO: AP

Zaghaft und ängstlich

Auf unterschiedliche Weise bekamen Claudia Kohde und Bettina Runge die Wirkung des Centre Courts in Wimbledon zu spüren: Er kann lächeln, aber auch heffeln. Meine kleine Schwester hätte wahrscheinlich heute besser, zumindest aber intelligenter gespielt“, meinte Claudia Kohde (20) nach ihrer Niederlage (6:4, 1:6, 2:6) in der zweiten Runde. Ihre Gegnerin Jo Durie, Nummer eins in England, habe ihr „die Bälle um die Ohren geschlagen, daß mir Hören und Sehen verging“. Zu ihrem Überraschungssieg über die an Nummer sechs gesetzte Saarbrückerin sagte die 24jährige Engländerin: „Ich habe gegen eine sehr ängstliche Gegnerin gespielt.“

Zwar verlor auch Bettina Runge ihr Spiel. So couragiert und aggressiv wie beim 6:7, 3:6 gegen Martina Navratilova (USA) war die 22 Jahre alte Deutsch-Amerikanerin aber in letzter Zeit selten aufgetreten. Der erste Tiebreak-Punkt wurde ihr vom Schiedsrichter aberkannt, weil ein Balljunge noch während des Ballwechsels auf den Platz gelaufen war.



Im Schatten von Boris Becker erfolgreich: Donald Budge, 27 Jahre alt. FOTO: DPA

Donald Budge über Becker: Von Cramm war besser...

Donald Budge ist der Amerikaner, der 1897 den deutschen Gottfried von Cramm in seinem letzten Wimbledon-Endspiel schlug. Der inzwischen 70jährige ist eine legendäre Figur der Tennis-Geschichte, weil ihm als erstem Spieler (1938) der „Grand Slam“ (Sieg bei den Meisterschaften von Frankreich, England, USA, Australien in einem Jahr) gelang. Jetzt saß Budge dabei, als Boris Becker in Wimbledon spielte. WELT-Korrespondent Claus Geissmar fragte Budge, ob Deutschland endlich einen sportlichen Erben für den berühmten Tennis-Baron gefunden hat?

Budge: Der Aufschlag ist eine der wichtigsten Waffen im Tennis, und Becker schlägt wirklich mit großer Wucht auf. Es kommt jedoch auch darauf an, gut variieren zu können. Mit Kraft allein kann man nicht alles erzwingen. Ich habe zum Beispiel auch das Match von Becker in Paris gesehen, das er gegen Wilander verlor. Gottfried von Cramm wäre diese Niederlage nicht passiert.

WELT: Kann sich Becker noch verbessern?

Budge: Er ist ja erst 17. Und in diesem Alter kann man mit Sicherheit noch viel lernen. Ich möchte auch betonen, daß ich mir noch kein abschließendes Bild von ihm gemacht habe. Ich möchte Boris Becker noch einige Turniere lang beobachten, ehe ich ein endgültiges Urteil fälle. Und obwohl ich ihn nicht mit Gottfried von Cramm vergleichen möchte, kann es durchaus sein, daß er international ähnliche Erfolge erzielen wird. Die größte deutsche Begabung seit Gottfried von Cramm ist dieser junge Mann bestimmt.

Budge: Ich glaube, nein. Von Cramm Spiel war eleganter. Sein Tennis war ästhetischer, schöner. Und in seinem Spiel steckte zugleich eine sportlich größere Finesse. Sogar sein Aufschlag war stärker. WELT: Hat Beckers Aufschlag nicht viel mehr Kraft?

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

Table with sports results: TENNIS, FUßBALL, LEICHTATHLETIK, KUNSTTURNEN, GALOPP, SCHWIMMEN. Lists winners and scores for various events.

Neuland in der Leichtathletik

Mit 104,80 m erzielte Uwe Hohn auf der DDR im Sommer 1984 einen Weltrekord im Speerwurf. Diese Marke blieb während des ganzen Sommers praktisch unangefochten - in einer Saison, in der es nur ganz wenige Begegnungen von Sportlern aus Ost und West gab. In diesem Jahr haben die besten Leichtathleten sechzehnmal die Chance, im Rahmen des „IAAF Mobil Grand Prix“ aufeinander zu treffen. Dieses Programm - als Ergebnis einer Partnerschaft zwischen Mobil und dem Internationalen Amateur-Leichtathletikverband - ist das erste seiner Art auf internationaler Ebene. Der Startschuß fiel am 25. Mai in San Jose (Kalifornien) und das große Finale wird am 7. September in Rom stattfinden. Die jetzt bevorstehenden Grand Prix-Veranstaltungen sind das „DN-Galan“-Sportfest in Stockholm am 2. Juli und die „World Games“ in Helsinki am 4. Juli. Die Sportler erhalten für ihre Leistungen Grand Prix-Punkte. Weltrekorde werden durch Sonderpunkte honoriert. Beim Finale in Rom werden die Grand Prix-Sieger in den Einzeldisziplinen und in der Gesamtwertung ermittelt. Mit dem Grand Prix betreten wir Neuland in der Leichtathletik. Das ist der entscheidende Punkt.

IAAF Mobil Grand Prix advertisement featuring a spear thrower illustration and a table of event dates and locations.

FUSSBALL

Erfolge für Düsseldorf und Braunschweig

Die Fußball-Bundesliga-Absteiger Eintracht Braunschweig und Fortuna Düsseldorf sicherten sich die Tabellenführung zum Auftakt der jeweils 15.000 Zuschauer...

Die einzige Niederlage erlitt Bundesliga-Absteiger Arminia Bielefeld beim 1:2 gegen den israelischen Meister Maccabi Haifa...

Nur etwa 2600 Zuschauer verfolgten die bisher drei Begegnungen der DFB-Klubs auf dem Neuenburger Platz des Düsseldorfer Rheinstadions...

Trotz der Niederlage in Israel sorgte die neuformierte Bielefelder Elf für Positivschlagzeilen. Die Ostwestfalen, die nach dem Bundesliga-Abstieg...

Verfolger der Niedersachsen in der Gruppe fünf sind UEFA-Pokal-Teilnehmer Wisnuta Aue und die norwegische Elf von Viking Stavanger...

Erstmals in seiner Vereinsgeschichte wurde der KBC Duisburg Deutscher Meister im Damen-Fußball. Vor 5200 Zuschauern im Endspiel gegen Bayern München...

GALOPP / Hydros, der größte Außenseiter, gewann Otto-Schmidt-Rennen

Lontano Achter. Bocskai: Plötzlich hat er die Beine durcheinandergeworfen

Zwei heiße Favoriten aus dem Stall des in den letzten Wochen in einer wahren Erfolgsgorgie badenden 34-jährigen Champion-Trainers Heinz Jentzsch (65) aus Köln gingen am Samstag zum Auftakt der Derby-Woche auf der Galopprennbahn in Hamburg-Horn an den Start...

Da ging zunächst der 20:10-Favorit Lontano im Otto-Schmidt-Rennen, dem allerletzten Test für das am nächsten Sonntag anstehende 116. Deutsche Derby, kläglich unter. Nach 2200 Metern entdeckten ihn alle Zuschauer, die auf ihn gewartet hatten...

Für den Sieger des Rennens rührte sich unter den 6000 Zuschauern (Wettumsatz 930 040 Mark) kaum eine Hand zum Applaus. Nicht verwunderlich, denn Hydros ging als letzter Außenseiter ins Rennen...

belegten Fellini und Cassis die Plätze zwei und drei. An den Auswahlschaltern trafen sich nur einige wenige, die viel Mut zum Risiko bewiesen hatten. Aus der unteren Leistungsklasse hat sich Hydros nach oben gearbeitet...

Woodburn ist eigentlich die Joker-Einblendung der Saison, obwohl der 27-jährige Engländer schon seit Jahren in Deutschland reitet, aber eher durch flapsiges Auftreten als durch Klischee im Rennsattel auffiel.

Im Derby wird Woodburn Hydros nicht reiten, denn er ist für Ephialtes verpflichtet, der im Stall des Krefelder Trainers Jupp Kappel steht.

für den Derby-Ritt mit Hydros verpflichtet. Im Grunde waren sich die Experten einig, daß man kein sonderlich hochklassiges Otto-Schmidt-Rennen gesehen hätte...

Die Niederlage von Lontano lag sicher noch im Bereich des Möglichen. Daß aber die Stute Padang aus dem Gestüt Fährhof im Preis des Casino Travemünde verlieren würde, schien unter normalen Umständen ausgeschlossen...

Für das Derby wird mit einem Feld von 18 Pferden gerechnet. Das Favoritenfeld mit Lüru und Acathenango ist klar, der monatlang hochgehandelte Kamros hat dagegen am Kredit eingebüßt...

Bei der Internationalen Regatta von Duisburg sechs Wochen vor der Weltmeisterschaft im belgischen Hazewinkel belegte der Olympiasieger von Los Angeles, Uli Eicke, im Canadier-Einer über 1000 m den sechsten Platz...

Auf der falschen Strecke - Schüler starb

Ein Todesfall überschattete die deutschen Kanu-Wildwasser-Meisterschaften auf dem Inn bei Haiming in Tirol. Jens Buschhausen aus Oberhausen starb am Samstagmorgen in der Universitätsklinik von Innsbruck an den Folgen eines schweren Unfalls.

Der 14-jährige Schüler hatte mit einem Verenskamerad vor Wettkampfbeginn noch einmal den reisenden Fluß hinunterfahren wollen, obwohl für diesen Zeitpunkt kein Training vorgesehen war.

Da sich die Rettungsschwimmer am Ufer noch nicht formiert hatten, blieb der Junge fast 15 Minuten unter Wasser, ehe er gefunden und mit einem Rettungshubschrauber auf die Intensivstation der Unfallklinik gebracht wurde.

Die Ärzte konnten nur noch feststellen, daß die Gehirnfunktionen von Jens Buschhausen zum Stillstand gekommen waren.

Erfolgreichster Verein bei den Meisterschaften waren die Freien Fahrer Brühl mit drei Titeln. Nach den Siegen von Thomas Klatt im Canadier-Einer sowie Thomas Schöffel und Manfred Harzheim im Canadier-Zweier holten sich die Brüder auch die Mannschafts-Meisterschaft im Canadier-Zweier.

Das Team der FF Brühl gewann in der Besetzung Schöffel, Harzheim, Kraack, Buhn, Berghausen, Klatt deutlich vor Tielerfeldiger WW Süderelbe und KFH Kassel. Meister im Canadier-Einer wurde die Mannschaft des WW Süderelbe (Albers, Berngruber, Libuda).

dorf-Hamm mit dem Team-Weltmeister Rolf Kilian und Jörg Wifried sowie Dirk Druschke, der Einzelmeister geworden war, durch.

Bei der Internationalen Regatta von Duisburg sechs Wochen vor der Weltmeisterschaft im belgischen Hazewinkel belegte der Olympiasieger von Los Angeles, Uli Eicke, im Canadier-Einer über 1000 m den sechsten Platz...

Wenn man das Jahresheft und die Pressemitteilungen dieses Vereins durchblättert, fällt auf, daß Klappern wahrlich zum Handwerk der Künstler gehört. Man liest von der MTB-Big-Band, den MTB-Singern, der MTB-Beschallungsanlage und dem privaten MTB-Videofilm-Anbieter, der beim vierten Wettbewerb dem SWF für dessen dritte Programmreihe einen neunzigminütigen Fernsehmitschnitt frei Anstalt lieferte.

Eine Chance für den künstlerischen Nachwuchs? - Die „Mainzer Talentbörse“

Den meisten blieb nur eine „Leiter“

Hinter dem Begriff „Talent“ verbarg sich bei den alten Griechen eine Gewichts- und Geldeinheit. Heute reduziert sich der Gehalt des Wortes auf eine besonders auffällige „Befähigung“.

Die Niederlage von Lontano lag sicher noch im Bereich des Möglichen. Daß aber die Stute Padang aus dem Gestüt Fährhof im Preis des Casino Travemünde verlieren würde, schien unter normalen Umständen ausgeschlossen...

Eine überaus positiv zu bewertende Aufgabe, die sich rund 30 Vereinsmitglieder gestellt haben: dem künstlerischen Nachwuchs eine Brücke zu bauen, auf der er sich, wie an diesem Wochenende in Mainz geschehen, dem Publikum präsentieren kann.

Wenn man das Jahresheft und die Pressemitteilungen dieses Vereins durchblättert, fällt auf, daß Klappern wahrlich zum Handwerk der Künstler gehört. Man liest von der MTB-Big-Band, den MTB-Singern, der MTB-Beschallungsanlage und dem privaten MTB-Videofilm-Anbieter...

der vergangenen Wettbewerbsjahre geworden? Haben sie den Sprung ins Profifläger geschafft? Wie viele Schallplatten haben die Preisträger aufgenommen und verkauft? - Schweigt sich der Talentbörsenkatalog leider aus.

Benötigt man dazu wirklich einen solch aufblühenden Vereinsapparat? Borg: „Es geht darum, seriöse Namen zu bekommen, die sich in den Dienst der Sache stellen. Außerdem brauchen wir viel Personal während der öffentlichen Veranstaltung“.

Kein Einzelfall. Anja Schweiger, ausgebildete Sängerin, bestätigt die Schilderung über den Empfang nach der Präsentation im Großen Haus von Mainz. „Ich hatte zwar keinen Preis gewonnen, was aber für mich keine Rolle spielte, weil es hieß, man könnte dort namhafte Vertreter der Musikbranche treffen. Leider war niemand von den ersten, zweiten oder dritten Garnitur erschienen.“

haupte nicht für diese Wettbewerbsbörsen Interessieren. Uns wurde was vorgemacht von wegen Sprungbrett zur großen Karriere“.

„Außer Spesen nichts gewesen“, so lautet auch das Urteil des Goldgewinners der Sparte Musik, Gerd Spies, damaliger Leiter des 17 Mann starken Trierer Swing-Orchesters. Seinen Männern und ihm brachte die Beteiligung am 84er Wettbewerb einen einzigen Auftritt ein. Trotzdem hat sich der 84er Goldpreisträger in diesem Jahr mit einem Saxophon-Ensemble wiederum beworben.

Das Demoklessschwert der finanziellen wie künstlerischen Pleite schwebt über der MTB. Es scheint, als habe ein Architekt bei diesem Bauwerk mit dem Dach angefangen und dabei das Fundament vergessen. Schuld an der Misere ist aber auch die deutsche Schallplattenindustrie.

Und so lebt er seinen Traum: er sucht eine Fernsehstation, die die besten Nachwuchskünstler aus der Endrunde auswählt und mit ihnen eine abendfüllende, preiswerte Sendung produziert.

ROLF PETERS

KIELER WOCHE / Nur Wolfgang und Joachim Hunger siegten in einer olympischen Bootsklasse

Mit Zelt und Auto ab zur Europameisterschaft

Sie haben sich noch einmal unarmt, wie Brüder das oft machen, wenn sie sich verabschieden. Joachim sagt: „Bis Freitag“, und Wolfgang fügte hinzu: „Vergiß nichts.“

Man kann sich auf solchen Erfolgen nicht ausruhen“, weiß Wolfgang, „wenn man erst einmal vorne dabei ist, wird man immer gefordert. Man muß den Erfolg konservieren, neue Kraft tanken.“

Joachim (27) sagt: „Jeder macht jetzt Jagd auf uns. Aber wir waren ja schon öfter Kieler-Woche-Sieger und anschließend wurde es sehr schwer.“

„Mit dieser Niederlage konnten wir nicht abtreten“, sagt Joachim, „natürlich hatten wir auch schon aus Aufhören gedacht. Aber wir finden bis auf den Tornado kein anderes olympisches Boot, in dem wir segeln könnten.“

Nach Olympia folgte eine achtmonatige Pause, in der sie überlegten, wie es weitergehen soll. Sie entschlossen sich, im 470er weiterzuzugehen.

Wolfgang: „Wir planen unsere weitere Zukunft nicht ganz fest, aber die Olympischen Spiele sind so interessant, daß man immer wieder daran teilnehmen möchte.“

Pusan 1988 ist das Ziel. In Südkorea finden die nächsten Olympischen Spiele statt, auf die die Hunger-Brüder bereits heute hinarbeiten. Das beginnt mit der Europameisterschaft. Es geht um Geld, um Sporthilfe, um vielfache Fördermaßnahmen.

Freitagabend geht es los: „Wir fahren immer die ganze Nacht durch“, sagt Joachim, „es gibt Leute, die denken, wir steigen in ein Flugzeug, und irgendwelche bezahlte Helfer machen den Rest.“

1500 Mark haben sie in ihrer Reisekasse. Weil der Deutsche Segler-Verband (DSV) eine neue Förderungspolitik betreibt, bekommen die beiden Kieler-Woche-Sieger auch nur dann Reisegeld, wenn sie unter den ersten vier nach der letzten Regatta landen. Der Sportdirektor des DSV, Hans Sendes, sagt dazu: „Wir fördern erst, wenn die Leistung gebracht wurde.“

Und so werden die strahlenden Sieger, sollten sie nun doch unter die ersten vier kommen, ein paar Mark Reisegeld bekommen: 68 Mark pro Tag und 34 Pfennige pro Kilometer.

Förderungssystem: Erst Leistung, dann Geld

Fast ein Jahr ist es jetzt her, daß die Flotte des Deutschen Segler-Verbandes bei den olympischen Regatten vor Long Beach glücklich unterging - doch geändert hat sich nicht viel. Bei der Kieler Woche, der größten Segelveranstaltung der Welt auf der Kieler Förde, waren wieder die Starboote die 470er, die Paradedasseln des DSV, während Tornado, Solings, Flying Dutchmen und die Finn-Dinghy hinterhersegelten.

Wieder einmal waren es die Brüder Wolfgang (24) und Joachim Hunger (27), in Los Angeles nur um wenige Meter an der Bronzemedaille vorbeigesegelt, die im 470er für den einzigen deutschen Kieler-Woche-Sieger eines Bootes aus der Bundesrepublik Deutschland in den olympischen Klassen sorgten (siehe nebenstehenden Bericht). Mit Ludger Hiltnermann und Niels Körte und Joachim und Stefan Oetker gingen auch die Plätze zwei und drei der Gesamtwertung an den DSV.

Besonders erfreulich war auch das Abschneiden der 470er Seglerinnen Sabine Hellmich und Cornelia Ehrenburg auf dem zweiten Platz hinter der Italienerin Paula Porta. Zusammen mit Barbara Hartung/Susanne Bergmann ruhen auf Sabine Hellmich, die als erste Frau in den Olympia-Ausschuß des DSV berufen wurde, und ihrer Vorschoterin die Hoffnungen des DSV, daß die deutschen Damen in der neugegründeten olympischen Disziplin in den nächsten Jahren international mithalten können.

Bei den Starbooten gab es durch Weltmeister Giorgio Goria zwar einen italienischen Gesamtsieger, doch liegen auf den ersten zwölf Plätzen neun deutsche Boote.

Mit dem Motto: „Erst Leistung, dann Geld“ will der Verband eine gleichmäßige Präsenz in allen Klassen erreichen und nicht wie in anderen Nationen nur mit den Klassen antreten, in denen er starke Segler hat.

viel zu schön, um damit zu wehben“) finanziert wird. Beim DSV wird daher zur Zeit nach Möglichkeiten gesucht, auch den anderen Kadersegelern ein ähnliches Training zu ermöglichen.

Problemkinder des DSV sind Soling und Tornado. Thomas Jungblut und seiner Crew fehlt die Konstanz, Erich Hirt, als bester Deutscher auf Platz sieben, noch an Erfahrungen, und Willi Kuhweide segelt nur „noch aus Spaß“. Allerdings ist der olympische Status der Dreimann-Boote über 1988 hinaus ohnehin stark umstritten.

Bei den Tornado sorgten Ekke Trost und Manfred Böse. In Los Angeles noch Vorschoter bei Eckhart Kapengast, auf Rang sieben für die beste Platzierung. In dieser Klasse gibt es zur Zeit auch noch Probleme mit dem neuen Trainer. Mehr als einen vierten Platz hatte man bei den Finns von Roland Gähler erwartet, da das Feld wegen der Weltmeisterschaft, die am Freitag in Schweden begann, nicht stark besetzt war.

Insgesamt zeigte sich Bundestrainer Klaus Peter Stohl aber zufrieden, da vor allen Dingen der Nachwuchs für den Kiel Zielwettkampf“ ist vielversprechende Leistungen zeigte. Nach dem neuen Förderungsprogramm des DSV gibt es für die A-, B- und C-Kader-Mitglieder jeweils einen Zielwettkampf (WM, EM und Kieler Woche). Die Teilnahme wird vom DSV finanziert. Für einen A-Kader-Segler gibt es aber für die Kieler Woche nur dann Kostenerstattung, wenn er unter den ersten drei, und zu fünfzig Prozent, wenn er unter den ersten acht platziert ist.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM. WEST. NORD. HESSEN. BAYERN. SAT 1. 3SAT. Includes program listings for various channels and regions.

JOURNAL

Neuer Vorstand bei Berliner Philharmonikern

Die Berliner Philharmoniker haben die Cellisten Klaus Haussler und Alexander Wedow zu ihren beiden Vorständen gewählt.

Nürnberg zeigt Goldschmiedekunst

Wenzel Jamnitzer, der wohl bedeutendste deutsche Goldschmied, und über 700 seiner Berufskollegen arbeiten während zweier 'goldener Jahrhunderte' in Nürnberg.

Eintrittsgelder als Spende versüßt

Das Victoria & Albert-Museum wird ab Oktober zwar kein Eintrittsgeld erheben, aber ein System 'freier Spenden' einführen.

Umgang beim Frankfurter Goethe-Institut

Der Präsident des Goethe-Instituts, Klaus von Bismarck, wird morgen die neuen Räume des Goethe-Instituts Frankfurt, Barkhausstr. 1-3, ihrer Bestimmung übergeben.

Bürt choreographiert für Stuttgart

Vor mehr als 20 Jahren hat Maurice Béjart zum letzten Mal mit der 'Reise' in Köln ein Originalballett für eine deutsche Tanzkompanie geschaffen.

THEATER-KALENDER

- 1. Bad Bentfeld, Festspiele; Gräbe: Don Juan und Faust (R: Roth)
4.7. Kitzingen, Schloßfestspiele; Shakespeare: Wie es euch gefällt (R: Barlog)
München, Residenztheater; P. Schneider: Totoloue (U) (R: Mifkin)
9.7. Wiesbaden, Schauspielhaus; Shakespeare: König Lear (R: Grüber)
19.7. Meersburg, Sommertheater; Walsen: Ein fliehendes Pferd (U)
20.7. Kitzingen, Festspiele (bis 18. August)
21.7. Wiesbaden, Festspiele (bis 18. August)
26.7. Berlin, Freie Volksbühne; Brecht: Herr Puntila und sein Knecht Matti (R: Fittz)
Göteborg, Schloßfestspiele (bis 15. August)
27.7. Salzburg, Festspiele; Claudel: Der seltsame Schuh (R: Lietzau)
3.8. Regensburg, Festspiele; Albee: Wer hat Angst vor Virginia Woolf? (R: Everding)
18.8. Salzburg, Festspiele; Bernhard: Der Theatermacher (U) (R: Feymann)

Pankraz, Peter Gorsen und die Gulaschkanone

Die Diskussion beim Berliner 'Horizonte'-Festival über das Echo der chinesischen Kulturrevolution in der Linken Intelligenzia des Westens hat es wieder entzündet.

ne gerade zwischen ihm und Gorsen diskutierte These seiner Meinung nach interessant illustriert wurde. Aber Gorsen weigerte sich, den Gehlen auch nur anzufassen, den Grundzug von dessen Argumentation auch nur zu skizzieren.

Daß man auf diese Weise allmählich freiwillig verblödete, begriff als erste die Schriftstellerin Susan Sontag. Auf einem intellektuellen-Meeting in New York anlässlich der Ausrufung des Kriegrechts in Polen konstatierte sie voller Bitterkeit, daß man auch im Falle Polens wieder einmal nichts gewußt habe.

Und gerade erschienen bei Piper in München die längst überfällige Ausgabe von 'Cat's Cradle', deutsch 'Katzenwiege', eine bitterbisse Geschichte von möglichem Untergang und der wissenschaftlichen Verantwortung.

Scherze wie im Stummfilm: WELT-Gespräch mit dem amerikanischen Schriftsteller Kurt Vonnegut

„Ich weiß, daß Männer nicht lesen“

Suchte man nach einer Zweitbesetzung für diesen Mann, so käme eigentlich nur Walter Matthau in Frage. Tatsächlich ähneln sich die beiden nicht nur im griesgrämig genervten Gesichtsausdruck, sondern auch in der Art, wie sie ihre Körpergröße in einen zu kleinen Sessel verstauen.



Ich ziehe das Lachen dem Weinen vor, da gibt es hinterher nicht soviel aufzuräumen: Kettensucher Kurt Vonnegut. FOTO: FRIEDRICH RAUCH

klärung dafür gibt es nicht. Seine Themen sind so aktuell wie nie, sie reichen von allgemeiner Vereinsamung, computerisierter Massenarbeitslosigkeit und unbewältigter Kriegserfahrung bis hin zum Alltag des American Way of Life.

Bei soviel Interesse für den Leser, wen wundert es nach der große Erfolg Kurt Vonneguts in den Vereinigten Staaten. Als ich mich meinem fünfzigsten Geburtstag näherte, war ich immer stärker aufgebracht und verwirrt durch die idiotischen Entscheidungen, die meine Landesteile trafen.

In Gesprächen erweist sich Kurt Vonnegut als ebenso gewinnend gläubig, wie er es durch den persönlichen Ton seiner Romane schon ist. Doch der Aufstieg vom wenig bekannten zum vielgelesenen Autor läßt in Deutschland weiter auf sich warten.

arbeiten suchte, studierte er Chemie und Anthropologie. Er arbeitete erst einige Zeit als Public Relations Manager bei der General Electric Company.

und er dauerte auch noch fast zwei Jahrzehnte, fünf Romane und etwa fünfzig Kurzgeschichten lang, bevor ihm mit 'Slaughterhouse - Five' der endgültige Durchbruch zum großen Erfolg an der Spitze der amerikanischen Gegenwartsliteratur gelang.

Kurt Vonnegut, 1922 als Sohn deutsch-amerikanischer Eltern in Indianapolis, einem der Zentren deutscher Einwanderung, geboren, begann seine berufliche Karriere in einem Bereich, der nichts mit Literatur zu tun hat.

„Ich möchte Bücher schreiben, die von Männern gelesen werden können, und das beunruhigt mich. Ich wäre gern ein Mitglied meiner Gesellschaft, doch Männer in unserer Gesellschaft schätzen die Dienste eines Schriftstellers gewöhnlich nicht hoch ein.“

Vorsichtige Schätzungen kommen inzwischen auf anderthalb bis zwei Millionen verkaufte Exemplare - jedes Jahr. Mein Verleger sagt mir, ich wäre am dem Punkt angekommen, wo absolut alles, was ich schreibe, sich extrem gut verkaufen wird.

Erfolg für Rolf Hochhuth: Deutsche Erstaufführung des Schauspiels „Judith“ bei der Kieler Woche

Präsidentenmord oder: Das Parfümflakon als Waffe

Die Uraufführung in Glasgow wurde als Katastrophe kolportiert, die deutsche Erstaufführung ist ein unausgesprochenes Erfolg. So läßt sich das unerwartete Ergebnis der Günther-Tabor-Inszenierung von Rolf Hochhuths Transpiel „Judith“ am Kieler Schauspielhaus zusammenfassen.

Es ist die alte Judith-Geschichte aus den Apokryphen des Alten Testaments, tausendmal in der abendständischen Malerei und Dichtung dargestellt: eine schöne jüdische Witwe lockt den ihr Volk unterdrückenden Feldherrn ins Bett und ermordet ihm. Sie betört ihn nicht nur mit ihren Reizen, sondern mit vorgetäuschtem Verrat so lange, bis er ihr verfallt.

Rolf Hochhuth verkürzt bei seiner drastischen amerikanischen Judith des zweiten Teils entschieden die Täter-Opfer-Beziehung. Und da mögen auch die Gründe für die Schwächen des Stückes liegen: Hier kommt die Täterin dem Unentschiedenen, aber erwarteten Präsidenten nur in beruflicher Distanz als Journalistin, beziehungsweise Freundin eines Präsidentenberateres nahe, statt dessen wird die Beziehung der Heidin zu ihrem Verlobten, einem schönen Karrieremann (Volker Conradt), ausgebaut, der offiziell Historiker ist, im Hauptberuf aber Geheimagent.

in jeder Szene Spannung herrscht. Der Erfolg kam natürlich auch durch die schöne Hauptdarstellerin Jane Hempel, zuerst als Russin, dann als Journalistin im Pressebataillon des Weißen Hauses verkleidet. Als Schwester eines durch ein „Entlaubungsmitglied“ zum Krüppel gewordenen jungen Chemikers (im Rollstuhl: Peter Bernhard) schmiedet sie ihre Rachepläne, um zu verhindern, daß das Teufelszeug auf Anweisung des unehelichen Präsidenten erneuert produziert wird.

Von Kino-Krise war nur in den Diskussionen die Rede: Eine Bilanz des Dritten Münchner Filmfests

Mit Bob Hopes altem Hut einen Coup gelandet

Als am gestrigen Sonntag in München das 3. Filmfest zu Ende ging mit seinem Angebot von 250 Filmen in 12 Kinos innerhalb von 9 Tagen, da hatte man ein „Kino total“ hinter sich, das sich auf den ersten Blick in nichts von den Ochsen-Touren in Cannes oder in Berlin unterscheidet.

Aber: Dieses reichhaltige Angebot lief ohne Wettbewerbszwang. Da hat das Münchner Filmfest vielleicht einen Vorsprung gegenüber allen anderen Festivals: Daß man gekommen war, um Filme zu sehen, nicht um bei Premieren dabei zu sein.

Wohlgefallen des Publikums. Die ausverkauften Kinokassen beweisen, daß es doch nicht so weit her ist mit der Krise des Films. Die gehörte beim Münchner Filmfest, das nicht nur die unverwundlichen Freaks aktivierte, nur in die begleitenden Diskussionen von der Zukunft des Dokumentarfilms bis zur Benachteiligung von Schauspielern gegenüber Regisseuren (nebenbei und a propos Schauspielerei: Die Darstellungspreise des Verbands der Fernseh- und Filmregisseure gingen an Maria Bruener für „Heimat“ und Götz George für seinen Schimanski).

Ansonsten herrschte Gelassenheit. Ein Star-Regisseur wie der Briten Ken Russell wußte das zu schätzen: „Ich habe den Konkurrenzkampf um Jury-Preise. Und ich freue mich, daß mein Film 'China blue' hier in der vollständigen Fassung läuft - in Amerika hat man ihn zum Mickey-Mouse-Entertainment verstümmelt.“

Wichtiger war der sonst nirgends so gebotene Überblick über die derzeitige Filmlandschaft. International renommierte Namen wie Carlos Saura, Jean-Luc Godard, Paolo und Vittorio Taviani, Krzysztof Zanussi, Peter Bogdanovich und Robert Altman standen auf dem Programm.

Die Münchner müssen ihn manchmal teilen mit der Wiener Burg, wo er die fettesten Bissen bekommt („Trafesties“, „Amadeus“). Achim Benning wünscht sich Pekny für seine Abschiedsinszenierung, und die österreichische Fernsehsehensitzung sonntags wie ein Mann vor seinem virtuosen Abraham a Santa Clara.

Bayerisch dagegen ist, daß man etwas gegen „Larmoyanz“ hat. Das Münchner Filmfest verordnete der Branche positives Denken. Auf dem absoluten Willen zur Unterhaltung bis zum Prädikat, besonders wertvoll. Der Schritt zurück in „eine Zeit, wo Kino etwas Besonderes war“, den Hauff probierte, ist nicht zuletzt deshalb gelungen, weil in Bayern bekanntermaßen die Uhren anders gehen. Hier hat man sich nie „in aetheticis“ so verbissen exponiert wie anderswo.

Die beste Förderung für den Film bleibt eben doch das interessierte

Romuald Pekny 65

Auch der Rücken kann sprechen

Silberne Hochzeit zu feiern mit einem der besten deutschen Theater, den Münchner Kammerspielen, das heißt etwas - zumal für einen Wiener.



Tanz und Plättchenfahrt Romuald Pekny. FOTO: VIRGINIA SCHMIDT

Er ist ein prägender Schauspieler für sein Haus; das läßt sich auch daran ablesen, daß er im letzten Jahr seinen vielen stücktragenden Rollen zwei aufregende neue zugefügt hat: den Cyprian in Dieter Dorn's „Park“-Inszenierung und den König Philipp in Schillers „Don Karlos“, abgerungen einer für beide Teile überblühenden Probenarbeit mit dem „DDR“-Regisseur Alexander Lang.

ist der Spaß des Zuschauers am Entschlüsseln von Zeichen noch größer. Unwiderstehlich ist er in komischen Rollen (Feydeau), denn sie nimmt er ernst, spielt sie mit ruhigem Charme: Nicht er soll lachen, sondern wir.

BEATE KAYSER



James Ramsauer bei seiner Verhaftung...

Eines der Goetz-Opfer verhaftet

DW, New York. Einer der vier Jugendlichen, die der New Yorker U-Bahn-Schütze Bernhard Goetz Ende vergangenen Jahres zum Teil schwer verletzt hatte...

Glanzvolle Einweihung der Sonnen-Observatorien auf den Kanarischen Inseln / Der Bundespräsident unter den Gästen

Hoch über den Wolken der Ewigkeit auf der Spur

Es war ein außergewöhnliches Ereignis, das sich am Wochenende auf den Kanarischen Inseln abspielte. Noch nie zuvor waren so viele gekrönte Häupter auf diese spanischen Ferieninseln gekommen...

Spanien will aber nicht nur der internationalen Forschung die Landschaft oder die Infrastruktur zur Verfügung stellen. Regierung und Wissenschaft errichteten bei Santa Cruz auf La Palma ein Wissenschaftsinstitut für Astrophysik...

Der Blick durchs Teleskop - ein Blick in die Zukunft

Der Stern, der als brennende Gaskugel seine Hitze aus einem nuklearen Schmelzofen im Zentrum bezieht, ist mit seinen 109,2 Erdurchmessern und einer fast 12 000mal größeren Oberfläche im Verhältnis zu anderen Himmelskörpern unserem blauen Planeten „recht nahe“...

Neueste Spekulationen zur Jumbo-Katastrophe

Der Pilot des abgestürzten Air-India-Flugzeugs hat möglicherweise ein Päckchen für einen Sikh mit ins Cockpit genommen. Dies berichtete am Wochenende die angesehene kanadische Zeitung „Globe and Mail“ (Toronto)...

LEUTE HEUTE

Affig, die „Blaue Periode“

Das Londoner Auktionshaus Sotheby wählte am Samstag einen ungewöhnlichen Versteigerungsort: den Zoologischen Garten der englischen Stadt Chester...



Ein Symbol für Licht und Schatten: Der 72 Millionen Mark teure illuminierte Glasportal auf der Hohenberg bei Dortmund.

Von WILM HERLYN

Der Gegensatz konnte größer nicht sein: Ein Häuflein Demonstranten gegen Arbeitslosigkeit pfiffen Herren in Smoking und Damen in großer Abendrobe...

„Die Spielbank wird das beste Flöz der Stadt“

Spielbanken GmbH & Co. KG, mit Sitz in Münster hofft auf 2000 Besucher pro Tag. Diese sollen hier um 60 Millionen Mark lassen. Vom Bruttoerlös erhält die Stadt Dortmund 15 Prozent...

nicht gleichzeitig Glück im Spiel und in der Liebe haben, und darum seine junge Frau als Einsatz verspielt?

Spieler können Dutzende dieser Anekdoten erzählen. Und Dostojewski wusste, worüber er schrieb. Er war selber ein hemmungsloser Spieler...

Justizirrtum

Wegen eines Justizirrtums hat der heute 66jährige französische Buchhalter Guy Mauvillain aus La Rochelle sechseinhalb Jahre unschuldig hinter Gittern verbracht...

Zehn Verkehrstopfer

Zehn Todesopfer und neun Verletzte forderten in der Nacht zum Sonntag vier Verkehrsunfälle in Bayern. Der schwerste Unfall ereignete sich auf der Bundesstraße 12 in der Nähe von Mühlhof am Inn in Oberbayern...

Arzt in den Schlagzeilen

Anklage wegen Millionenbetrugs wird die Kölner Schwerpunktsstaatsanwaltschaft für Wirtschaftsverbrechen in Kürze gegen einen Röntgenfacharzt erheben...

200 Porsche gestohlen

Der Diebstahl von mindestens 200 Luxusautos der Marke Porsche geht auf das Konto einer Autoknackerbande, der jetzt in Miami das Handwerk gelegt wurde...

ZU GUTER LETZT

Seit 1980 eremitiert, gehörte er 1983 zu den Beratern des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel. Aus einem Bericht der WELT am SONNTAG über die „Erben der Weizsäcker“...

WETTER: Heiter bis wolkig

Wetterlage: Während atlantische Tiefdruckgebiete streifen, bleibt das obere Bundesgebiet unter Hochdruckeinfluß.



Vorhersage für Montag:

Table with 2 columns: City and Temperature. Includes Berlin, Bonn, Dresden, Essen, Frankfurt, Hamburg, etc.

Wetter: 12-tägige Wetter- und Temperaturprognosen...

Sotheby's London: Wir sprechen Ihre Sprache.

Advertisement for Sotheby's featuring currency conversion rates for Lot 888: US\$ 5.501, French Francs 51.701, Italian Lire (1000s) 10.815, Deutschmarks 16.947, Japanese Yen (1000s) 1.377, Swiss Francs 16.947.

Wenn Sie zu Sotheby's nach London oder New York kommen, glauben Sie vielleicht, einige sprachliche Schwierigkeiten zu haben, denn auch die Kunst hat ja ihre „Fachsprache“...

Registration form for Sotheby's Germany, including fields for Name, Street, PLZ, Ort, and contact information for Sotheby's Deutschland GmbH.